



20./21. April 2018  
6. Kulturpolitische Jahrestagung  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

## **Kulturpolitik im Welt(en)Wandel**

Zusammenhalt und Teilhabe  
in einer vielfältigen Welt

**Dokumentation**

**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**  
Forum Berlin



20./21. April 2018

6. Kulturpolitische Jahrestagung  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

## **Kulturpolitik im Welt(en)Wandel**

Zusammenhalt und Teilhabe  
in einer vielfältigen Welt

**Dokumentation**



# Vorwort

Was ist die Aufgabe von Kultur in einer Zeit drastischer politischer und kultureller Umbrüche? In einer Zeit, geprägt von wachsender sozialer Ungleichheit, zunehmendem Populismus und gegenseitiger Abschottung sind wir herausgefordert, diese Frage neu zu beantworten.

Kunst und Kultur können Vielfalt sichtbar machen, Respekt und Toleranz einfordern, Grenzen überwinden und Wandlungsprozesse mitgestalten.

Und wie ist eine Kulturpolitik zu gestalten, die Kunst und Kultur Freiräume gewährt und Strukturen zu ihrer Stärkung bereitstellt? Welche Weichenstellungen sind hier nötig?

Diese und andere Fragen diskutierten am 20./21. April 2018 Akteur\_innen der Kulturpolitik, Kulturschaffende aus allen Sparten und Verbandsvertreter\_innen im Rahmen der **6. Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung**.

Wir können zurückblicken auf zwei Tage mit spannenden Impulsen und Debatten mit über 80 Referent\_innen und über 200 Teilnehmenden.

Am ersten Tag diskutierten wir den Wandel der Kultur- und Kreativbereiche und fragten, welche Instrumente der Kulturpolitik vonnöten sind. Am zweiten Tag standen ausgewählte neue Wirklichkeiten der Kunst- und Kulturlandschaft in Deutschland sowie Europa und die sich daraus ableitenden Aktionsräume im Fokus. In insgesamt zwölf Laboratorien und zwei Podiumsdiskussionen schufen wir damit gemeinsam einen Raum des Austausches, der Debatte und der vielfältigen Ideen!

Die vorliegende Dokumentation fasst wesentliche Aspekte der Diskussionsrunden zusammen.

Mein herzlicher Dank geht an alle Teilnehmenden der Fachtagung, an alle Impulsgeber\_innen und Moderator\_innen, die mit ihrer Energie, ihren Ideen und ihrem Engagement entscheidend zum Gelingen dieser Tagung beigetragen haben!

Ich wünsche Ihnen interessante Erkenntnisse und viel Vergnügen bei der Lektüre!



Franziska Richter  
Referentin für Kulturpolitik im Forum Berlin  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

# Inhalt

10 **Grußwort**

von Dr. Roland Schmidt

---

14 **Keynote**

von Michelle Müntefering

---

22 **Eröffnungsdiskussion**

**Zur Neuvermessung der Kulturpolitik in Zeiten des Umbruchs**  
mit Olga Grjasnowa, Thorsten Schäfer-Gümbel,  
Dr. Ina Hartwig und Philipp Ruch

---

30 **I. Wege im Wandel.**

**Der Kultur- und Kreativbereich im Umbruch**

30 **LAB** Institutionen in Bewegung I:

Zielgruppen, Agenda und Personal

40 **LAB** Alt, jung, bunt und divers:

Wie wir auf den demografischen Wandel  
in der Kulturellen Bildung reagieren

48 **LAB** Im Welt(en)Wandel:

Wie politisch darf/sollte Kunst sein?

54 **LAB** Institutionen in Bewegung II:

Digitale Beteiligungs- und Vermittlungsformate

60 **LAB** Kultur vor Ort:

Regionen stärken und Empowerment ermöglichen

68 **LAB** WeltKultur(en):

Neue Perspektiven auf koloniales Erbe

76 **LAB** Kreativwirtschaft:

Globale Vernetzung und lokale Anker

## 93 **II. Neue Wirklichkeiten und Aktionsräume**

- 94 **LAB** Neue Wirklichkeit Europa:  
Kultur verbindet? Zwischen Anspruch und Wirklichkeit
- 104 **LAB** Neue Wirklichkeit Ostdeutschland:  
Was wir aufheben
- 118 **LAB** Neue Wirklichkeit Gleichstellung:  
Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbetrieb
- 126 **LAB** Neue Wirklichkeit Kulturelle ArbeitsWelt(en):  
Zwischen Avantgarde und Prekariat
- 

### 134 **Abschlussdiskussion** Kulturpolitik als Welt(en)Wandler? Was wir dafür brauchen ...

mit Dr. Carsten Brosda, Lena Krause,  
Raisan Hameed und Bartosz Wielński

### 144 **Ausblick** Kulturpolitische Aufgaben: Wege in die Zukunft von Dr. Carsten Brosda

### 154 **Impressum**





*/ Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender des Kulturforum der Sozialdemokratie e.V.,  
im Gespräch mit Dr. Manuela Erhart, Leiterin der Abteilung Politischer Dialog der FES  
und Burkhard Blienert, ehem. MdB (v.l.n.r.).  
/ ZwischenTöne mit Charles Frechette (Gitarre) und Roland Satterwhite (Violine).*







/ Dr. Roland Schmidt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der FES, begrüßt Staatsministerin Michelle Müntefering. / Franziska Richter, Referentin für Kulturpolitik im Forum Berlin der FES, im Gespräch mit Hortensia Völckers, Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes, und Silvia Fehrmann, Leiterin des Berliner Künstlerprogramms des DAAD.



# Grußwort

---

Dr. Roland Schmidt  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
Friedrich-Ebert-Stiftung



/ Dr. Roland Schmidt

## Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf Sie sehr herzlich zu unserer 6. Kulturpolitischen Jahrestagung begrüßen und freue mich, Sie in unserem Haus willkommen zu heißen.

Was ist die Aufgabe von Kulturpolitik in Zeiten drastischer politischer und kultureller Umbrüche? Digitalisierung, Globalisierung, demografischer Wandel, Migrations- und Fluchtbewegungen, soziale Ungleichheit oder auch zunehmender Rechtspopulismus - das sind nur einige Schlagworte, die diese Entwicklung charakterisieren. Viele Menschen fühlen sich von diesen tiefgreifenden Wandlungsprozessen verunsichert. In einer Zeit von Ungewissheit und Unsicherheit suchen sie nach Sicherheit und Identität.

Genau dieses auch kulturelle Vakuum versuchen Populisten mit konservativen und ausgrenzenden Gesellschaftsbildern zu füllen, mit gefährlichen Folgen für die Gesellschaft. Wir sehen das in vielen Ländern Europas, auch bei uns und auch in den Vereinigten Staaten.

Kultur kann Menschen auf einer anderen Ebene erreichen, kann kreative Resonanzräume für Widerspruch und Streit schaffen und dabei zugleich integrativ wirken. Kunst und Kultur können Vielfalt sichtbar machen und dabei helfen, Grenzen zu überwinden.

Fast wie beim Wirkungsziel der antiken griechischen Tragödie, das in der Katharsis bestand, die Athener Bürger von seelischen und sittlichen Verunreinigungen zu befreien, damit sie als gefestigte Mitglieder der Polis entlassen werden können.

Kultur hatte damit schon immer eine zentrale Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und reicht mithin weit über den reinen kunstästhetischen Rahmen hinaus.

In diesem Verständnis richten wir seit 2007 Kulturpolitische Jahrestagungen in der Friedrich-Ebert-Stiftung aus, die sich an Kreative, Kulturschaffende wenden, die den Anspruch haben, gesellschaftspolitische Prozesse mit zu gestalten. Wir wollen aber auch die Vertreterinnen und Vertreter der Kulturpolitik einbinden, die schließlich wichtige Rahmenbedingungen hierfür schafft.

Für diese 6. Kulturpolitische Jahrestagung haben wir das Motto „Kulturpolitik im (Welt)enwandel. Zusammenhalt und Teilhabe in einer vielfältigen Welt“ gewählt.

Meine Damen und Herren, jetzt müsste eigentlich eine umfangreiche Begrüßung erfolgen, denn wir haben in der Tat eine Vielzahl an wirklich hochkarätigen Mitwirkenden aus der Politik sowie aus dem Bereich der Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen, die es alle verdient hätten, persönlich begrüßt zu werden. Das würde allerdings den Rahmen eines Grußwortes sprengen, und deswegen bitte ich Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich stellvertretend für alle Mitwirkenden zwei Persönlichkeiten begrüße.

Ich begrüße sehr herzlich die Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt: Michelle Müntefering, die diese Keynote zu dieser Tagung übernommen hat - vielen Dank dafür und herzlich willkommen bei uns in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ebenso herzlich begrüßen möchte ich den stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden und Vorsitzenden des Kulturforums der Sozialdemokratie: Thorsten Schäfer-Gümbel. Schön, dass du bei uns bist.

Die anschließende Diskussionsrunde zur Neuvermessung der Kulturpolitik im Zeichen des Umbruchs hat die Journalistin Tanja Samrotzki übernommen – vielen Dank dafür und Ihnen ebenfalls ein herzliches Willkommen.

Hinweisen möchte ich noch darauf, dass viele Künstlerinnen und Künstler im Rahmen unserer Tagung ihre Werke präsentieren, darunter sind auch einige Stipendiatinnen und Stipendiaten unserer Stiftung. Das macht uns natürlich besonders froh.

Wir können also auf eineinhalb Tage mit vielfältigen künstlerischen und kulturpolitischen Anregungen gespannt sein!

Ich übergebe jetzt das Wort an Michelle Müntefering, Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort. Und Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich fürs Zuhören.

---

# Keynote

## Wege im Wandel.

### Der Kultur- und Kreativbereich im Umbruch

---

Michelle Müntefering, MdB,  
Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik  
im Auswärtigen Amt

/ Es gilt das gesprochene Wort /



/ Michelle Müntefering

## Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der FES!

„Die schöpferischen Kräfte des Menschen müssen sich in einem reich gegliederten und vielfältigen kulturellen Leben frei entfalten können. Die Kulturpolitik des Staates soll alle kulturwilligen Kräfte ermutigen und fördern. Der Staat muss alle Bürger vor den Macht- und Interessengruppen schützen, die das geistige und kulturelle Leben eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.“

Wer kennt den Text?

Diese Worte stehen im Godesberger Programm, der vielleicht wichtigsten politischen Neuvermessung der Sozialdemokratie 1959, das den Weg der Sozialdemokratie zur Volkspartei geebnet hat. Heute sind sie vielleicht wieder aktueller denn je. Die 6. Kulturpolitische Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt heute mit ihrem diesjährigen Leitsatz „Kulturpolitik im Welt(en)Wandel“ eben diese Frage – nach Beständigkeit und Veränderung. Ich komme heute als erste Staatsministerin für internationale Kulturpolitik. Ein Amt, das die SPD



mit der Entscheidung der Auflage einer neuen Großen Koalition in besonderer Weise betont hat und das eine Weiterentwicklung dessen darstellt, was Gerhard Schröder vor 20 Jahren mit der Einrichtung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien als nationale Ansprechpartnerin entwickelt hat. Dabei ist die internationale Kulturpolitik, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, die Kulturdiplomatie, schon 100 Jahre alt!

Warum also jetzt diesen Bereich so deutlich hervorheben?

Ich will es heute aus meiner sozialdemokratischen Sicht beschreiben: Das liegt nah.

## „Arbeit an der Weltvernunft“

Willy Brandt war es, der die internationale Kulturpolitik einst als Außenminister zur gelebten sozialdemokratischen Friedenspolitik und zur dritten Säule deutscher Außenpolitik entwickelt hat – gleichberechtigt neben der klassischen Diplomatie und den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Er bezeichnete sie als „Arbeit an der Weltvernunft“. Da gibt es – das ist offensichtlich – heute wieder eine Menge zu tun.

Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel haben das bereits in ihren Amtszeiten erkannt und stetig weiter ausgebaut. Unsere so genannten Mittlerorganisationen, unsere Kulturbotschafter, wie das Goethe-Institut, das Institut für Auslandsbeziehungen, der Deutsche Akademische Auslandsdienst, das DAI, die AVH, aber auch alle unsere Schulen im Ausland, arbeiten als verlässliche Partner in der ganzen Welt.

In dieser Welt verschieben sich zunehmend die Koordinaten, Autokratie und Nationalismus sind auf dem Vormarsch, der Populismus hat seinen Höhepunkt vermutlich noch nicht erreicht. In einer solchen Welt ist die internationale Kulturpolitik Hoffnungsarbeit – so hat es Frank-Walter Steinmeier formuliert. Heiko Maas steht in dieser Tradition und unterstützt mit seiner Arbeit im Auswärtigen Amt mit besonderem Gespür für die Zusammenhänge der Gesellschaft eine Politik, die nicht allein auf geostrategische Fragen ausgerichtet ist, sondern ebenso auf den lebendigen Austausch der Zivilgesellschaften.

Ganz ohne Naivität will ich anfügen: Der offene Austausch der Gesellschaften, kritische Diskurse und letztlich Kooperation und Koproduktion statt „Deal-Making“ zeichnen unsere Politik aus – und liegen in unserem ureigenen Interesse! Aber Interessenwahrung allein reicht längst nicht aus angesichts – zumindest nicht geringer werdenden Risiken – von Konflikten, auch zwischen Staaten.

Menschen, die sich begegnen, die miteinander arbeiten und leben und schaffend tätig sind, entwickeln ein Verständnis füreinander, das tiefer liegt, als die Spitzendiplomatie es in Artikel fassen kann.

## Internationale Kulturpolitik stärkt Freiheit und Kooperation

Internationale Kulturpolitik stärkt die Freiheit und Kooperation, die wir heute so dringend schützen müssen – und die sich nicht zuletzt in der multilateralen Weltordnung und ihrer Institutionen abbildet. Deswegen gehört Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik zum sozialdemokratischen Selbstverständnis.

Lassen Sie mich eine wunderbare Passage aus dem politischen Programm Vaclav Havels vorlesen, das – wie ich finde – deutlich macht, was Kultur ist.

„Für außerordentlich wichtig halte ich die Sorge um die Kultur nicht als konkrete Tätigkeit unter anderen konkreten Tätigkeiten, sondern um Kultur im wirklich weitesten Sinne des Wortes, nämlich um die ‚Kultur von allem‘, allgemeine Kultur.“

Vor allem denke ich an die Kultur der Beziehungen der Menschen untereinander, der Beziehung des Stärkeren zum Schwächeren, des Gesunden zum Kranken, der Jüngeren zu den Älteren und der Erwachsenen zu den Kindern, der Unternehmer\_innen zu den Kunden, der Männer zu den Frauen, der Lehrer\_innen zu den Schüler\_innen, der Offiziere zu den Soldat\_innen, der Polizist\_innen zu den Bürger\_innen und so weiter.

Doch nicht nur das: Ich denke dabei auch an die Kultur der Beziehungen des Menschen zu der Natur, zu den Tieren, zur Atmosphäre, zur Landschaft, zum Dorf, zur Stadt, zum Garten, zum Haus, die Kultur des Bauens, des Wohnens, der Bewirtung, die Kultur der großen Unternehmen und des kleinen Verkaufs, die Kultur der Arbeit und der Reklame, die Kultur der Bekleidung, des Verhaltens und des Vergnügens. Doch nicht einmal das ist alles, im Gegenteil: Kaum ist dies vorstellbar ohne juristische, politische und Verwaltungskultur, ohne Kultur des Staates zum Bürger und zur Bürgerin.

In diesem Sinne kann man sagen: Kultur umfasst das gesamte Selbstbewusstsein eines Staates und alle Regeln des Miteinanderumgehens, aber auch alle Gestaltungsmomente im Umgang mit Natur, Umwelt und den Gegenständen des Alltags.

Kultur ist nicht einmal a priori ein positiver Begriff, denn auch alle negativ gewerteten Ausmaße und Auswüchse des gesellschaftlichen Verhaltens sind Spuren einer kulturellen Entwicklung.

Selbstverständlich kann das Normen- und Wertesystem, das Menschen für ihre Gesellschaft entwickeln, auch negative Auswirkungen und bedrohliche Ideologien hervorbringen.

Das Gefüge Kultur ist ein feinmaschiges Netz, das allem politischen und Gemeinschaftshandeln zugrunde liegt. Das Verantwortungsbewusstsein der

Politik muss sich daran messen lassen, wie die Politik die Erziehungs-, Bildungs- und Selbstfindungsprozesse in der Gesellschaft steuert. Das für die Zukunftsbildung wichtigste Ziel einer demokratischen Gesellschaft muss es sein, „einen geistigen Staat zu errichten.“ Ein geistiger Staat – ich füge hinzu: Eine geistige Demokratie!

## **Internationale Kulturpolitik als Welt-Gesellschaftspolitik**

Internationale Kulturpolitik ist also Welt-Gesellschaftspolitik.

Diese Haltung ist es, die unserer Politik zugrunde liegt. Es geht dabei eben nicht um den Export von Kultur, sondern um die Begegnung mit anderen – und um den Schutz derjenigen Räume, in denen Freiheit möglich ist.

Das ist nicht immer einfach, denn Menschenrechte oder Meinungsfreiheit werden nicht nur von gefährlichen Autokraten weltweit in Frage gestellt. Auch im digitalen Raum ist ein Wettbewerb der Narrative entbrannt – Staaten schreiben mehr denn je ihre eigene Geschichte: Russland, USA, China – alle erzählen ihre eigenen Wahrheiten.

Mit dem Einzug der AfD in den Bundestag ist auch bei uns die Gefahr gewachsen, dass sich der Grundkonsens in der Gesellschaft mehr und mehr auflöst.

Das Grundvertrauen der demokratischen Parteien untereinander – selbst wenn sie unsere politischen Gegner sind – hat sich gegenüber der AfD in ein Grundmisstrauen verkehrt. Anders gesagt: Auch wenn ich Frau Merkel und die CDU nicht in der Regierung sehen wollte – ich weiß doch: Deutschland wird nicht daran zugrunde gehen. Diese Sicherheit habe ich gegenüber den Rechtspopulisten nicht.

Denn: Um Frieden zu wahren, ist die Rückkehr zum Nationalen, das Bauen von Mauern, das sich Abschotten und Ausgrenzen nicht die richtige Antwort.

Im Gegenteil! Wir müssen gerade da, wo es schwierig wird, im Gespräch sein und bleiben. Und wir müssen aktiv helfen, wo die Not am größten ist. Humanitäre Hilfe braucht auch Hilfe zur Humanität. Auch Menschen in Not brauchen mehr als ein Brot, ein Bett und ein Zelt. Wir müssen verstehen: Nur wenn es anderen gut geht, geht es auch uns langfristig gut.

Was können wir also tun?

Ich habe mir vier Schwerpunkte gesetzt, die Bundesminister Maas fördert und aktiv unterstützt. Ich will das an Beispielen zeigen:

1.) Wir werden Programme für verfolgte Künstler\_innen und Wissenschaftler\_innen fortsetzen. Türkischen oder syrischen Wissenschaftler\_innen etwa geben wir mit der Philipp Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung Möglichkeiten, an deutschen Universitäten weiter zu forschen.

Übrigens: Auch die Stiftungen, die unser Verständnis anderer Länder fördern, brauchen diese Freiräume – sie sind Think-Tank, Brückenbauer und nicht zuletzt ein fester Bestandteil unserer politischen und demokratischen Kultur!

2.) Jugendaustausch und die Unterstützung einer kritikfähigen Generation! Wir sehen heute – zu oft in erschreckender Weise –, wie auch das historische Bewusstsein schwindet. Und wir fragen uns, wie die nächste Generation mit dem Erbe umgehen wird, welchen eigenen Zugang zu Erinnerungskultur sie findet, wenn es einmal keine Zeitzeugen mehr gibt. Wir diskutieren darüber, ob Jugendliche verpflichtend an Gedenkstättenfahrten teilnehmen sollen. Dabei können sich das viele Schulen gar nicht leisten. Deswegen werden wir ein Programm „Jugend erinnert“ auflegen, das Schulen unterstützen soll, diese pädagogische Arbeit möglich zu machen.

3.) Afrika! Wir müssen begreifen, dass alle Chancen und alle Gefahren unseres europäischen Nachbarn auch die unseren sind. Deswegen will ich vor allem die Kreativität der Jugend und das Potential der Frauen zu einer Priorität meiner Arbeit machen. Menschen eine Perspektive, Frauen eine Stimme geben, Teilhabe an Bildung ermöglichen ist wirksame Hilfe. Denn: Politik, die von kurzfristigen Interessen allein bestimmt ist, wird langfristig keine wünschenswerte Wirkung erzielen.

Auch der Umgang mit unserem kolonialen Erbe wird uns bei unserer Arbeit mit diesem vielfältigen Kontinent begleiten. Auch das ist letztlich keine rein nationale Aufgabe, sondern eine, die sich einordnen muss in einen europäischen Rahmen.

4.) Europa! Wie es mit uns weitergeht, ob wir weiterhin wirtschaftlichen Erfolg, Wachstum und letztlich Wohlstand und Frieden sichern können, entscheidet sich nicht zuletzt daran, ob wir es schaffen, die Idee des Zusammenhalts und der europäischen Integration zu festigen.

Dieser Zusammenhalt wird nicht zuletzt über die Zustimmung der Menschen zu Europa gelingen – oder an ihr scheitern.

Wir sind in der historischen Verantwortung – durch Interessenausgleich, Aufgabenteilung und europäischen Geist –, gemeinsam Antworten zu finden auf die großen, Herausforderungen: Flucht, Migration, Klimawandel, Armut, demografische Entwicklung – um einige zu nennen.

Es geht darum, Antworten zu finden auf die großen Fragen der Zeit und sie Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln. Dabei wird es nicht ohne die Auseinandersetzung um den richtigen Weg gehen. Demokratie braucht diese Auseinandersetzung wieder stärker als bislang, weil erst die demokratische Auseinandersetzung Politik, ihre Prozesse und Entscheidungen, möglich macht.

Die Kraft der Kultur kann dabei helfen, Menschen wieder Orientierung zu geben. In Nachbarschaftsregionen Menschen zusammenbringen etwa. Oder indem Kulturinstitute stärker als bislang gemeinsam arbeiten. Der deutsch-französischen Zusammenarbeit kommt dabei eine besondere Rolle zu, die wir bis 2020 durch zehn gemeinsame Kulturinstitute aus Goethe-Institut und Institut français fördern wollen.

## **Kultur ist längst global**

Es geht darum deutlich zu machen: Kultur macht an Grenzen nicht Halt, sie speist sich in der Auseinandersetzung mit anderen, sie ist längst global, und sie verbindet durch einen wechselseitigen Austausch des Vertrauten mit dem Fremden.

Für all das ist aber entscheidend, was Macron vorgestern formuliert hat: „Die Antwort ist nicht die autoritäre Demokratie, sondern die Autorität der Demokratie.“

Die „Heimat“ hat Herr Seehofer dabei nicht für sich gepachtet. Ich denke dabei an Angeln am Kanal, an die Gesänge der Bergmannstraditionsvereine, den Geruch von gebrannten Mandeln auf der Cranger Kirmes.

## **Heimat schafft Kultur, Kultur schafft Heimat**

Heimat schafft Kultur, Kultur schafft Heimat. Bei uns – und in der Welt.  
Vielen Dank und Glück auf!

---



/ Michelle Müntefering: "Internationale Kulturpolitik ist auch Welt-Gesellschaftspolitik."

# Eröffnungsdiskussion

## Zur Neuvermessung der Kulturpolitik in Zeiten des Umbruchs

---

Gesprächspartner innen

**Olga Grjasnowa**

Schriftstellerin

**Stadträtin Dr. Ina Hartwig**

Dezernentin für Kultur und Wissenschaft, Frankfurt a. Main

**Thorsten Schäfer-Gümbel**

Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie e.V.

**Heba Ledwon**

Kiron Open Higher Education,  
ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Philipp Ruch**

Gründer des Zentrums für Politische Schönheit

Moderation **Tanja Samrotzki**

Journalistin und Moderatorin



/ Eröffnungsdiskussion mit: Dr. Ina Hartwig, Heba Ledwon, Thorsten Schäfer-Gümbel, Olga Grjasnowa, Philipp Ruch, Tanja Samrotzki (v.l.n.r.).

Der Keynote von Staatsministerin Michelle Müntefering schloss sich die Podiumsdiskussion zum Thema „Neuvermessung der Kulturpolitik in Zeiten des Umbruchs“ an. Auf dem Podium begrüßte die Moderatorin **Tanja Samrotzki** zunächst die Schriftstellerin **Olga Grjasnowa**, die in Aserbaidshan geboren ist, mit elf Jahren nach Deutschland migrierte und mittlerweile ihren dritten Roman auf Deutsch veröffentlicht hat. Zudem stellte sie **Heba Ledwon** vor, die sich bei Kiron Open Higher Education für Studienmöglichkeiten für Geflüchtete einsetzt und ehemalige Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung ist. Ein weiterer Gast war der Gründer des Zentrums für Politische Schönheit, **Philipp Ruch**, der mit seinen künstlerischen Aktionen einen aggressiven Humanismus vertritt und es sich zum Ziel gesetzt hat, gegen die westliche Handlungsunfähigkeit angesichts der aktuellen menschlichen Katastrophen zu kämpfen. Als Vertreter der Politik war **Thorsten Schäfer-Gümbel** zu Gast, der nicht nur den Vorsitz des Kulturforums der Sozialdemokratie e.V. inne hat, sondern auch Fraktions- und Landesvorsitzender der hessischen SPD sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD ist. Die kommunale Perspektive der Kulturpolitik vertrat die Kulturdezernentin der Stadt Frankfurt am Main sowie Autorin und Literaturkritikerin **Dr. Ina Hartwig**.



## Zum Verhältnis von Kunst, Kultur und Politik

Frau Samrotzki stellte zunächst den Teilnehmenden der Diskussion die Frage nach den Triebkräften, die auf Kunst und Kultur wirken und wie diese wiederum auf die gesellschaftlichen Entwicklungen zurückwirken können. Mit Blick auf die derzeitige Verfassung unserer Gesellschaft und Demokratie sprach Herr Ruch von einer Ohnmacht der Zivilgesellschaft angesichts autokratischer Bewegungen und eines global aufkeimenden Faschismus. Gerade weil die nächsten Jahre womöglich so verheerend werden würden, beschäftigten diese Kräfte die Kunst sehr stark. Dabei würden Fragen nach den Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft und einer wehrhaften Demokratie aufgeworfen werden. Ruch zufolge könne dieser intellektuelle Kampf einer geistigen Demokratie jedoch nur in Foren einer Anwesenheit, in einem Raum des Austausches stattfinden. Digitale Sphären seien dafür nicht der passende Ort, so seine Einschätzung.

Olga Grjasnowa ging in ihrem Statement auf den Bereich der Kulturförderung ein. Sie schätze die bereits vorhandenen Systeme der Kunst- und Literaturförderung in Deutschland, halte aber ein neues Bekenntnis seitens der Politik für notwendig. Schließlich gehe es um grundsätzliche Fragen, die die Form und Offenheit unserer Gesellschaft betreffen. Dass z.B. auch Menschen mit Migrationsgeschichte Teilhabe und Zugang ermöglicht und ihren Stimmen Gehör verschafft werde, sehe sie als wichtigen Bestandteil einer offenen Gesellschaft.

Dieser Sichtweise schloss sich auch Hartwig an. Als Kulturdezernentin müsse sie die Schnittstelle zwischen Kunst und Politik gestalten und sehe ihre Aufgabe in erster Linie darin, Räume für Künstler\_innen in Frankfurt zu sichern. Angesichts enorm steigender Mieten und Verdrängungsprozessen gehe es der kommunalen Kulturpolitik darum, Kunstschaaffende auch nach ihrer Ausbildung in der Stadt zu halten und ihnen gute Rahmenbedingungen zu bieten. Da sie die Künstler\_innen als Herzstück einer Gesellschaft betrachte, fördere sie vor allem die freie Kultur- und Theaterszene in Frankfurt. Neben der Sicherstellung vom Status Quo sei es gleichzeitig auch wichtig, auf gegenwärtige Wandlungsprozesse in allen Sphären zu reagieren. Das gelte insbesondere für Museen, die sich mehr der Digitalisierung annehmen müssten, um einerseits eine gewisse Transparenz des kulturellen Reichtums sicherzustellen und andererseits die junge Generation der „Digital Natives“, etwa in Form einer digitalen Außenpräsentation, anzusprechen. Was Hartwig außerdem hervorhob, war die Tatsache, dass sich die Sammlungen der Museen gerade selbst in einem Bewusstseinswandel befänden. Das bedeutet, dass zunehmend der moralische Status der Ausstellungsstücke, etwa hinsichtlich des kolonialen Erbes, überprüft werde. Nicht zuletzt seien Museen ein wichtiger Raum für eine Stadtgesellschaft, die stark von Migrationsbiografien geprägt ist.



/ Räume für Künstler\_innen müssen erschwinglich und gesichert sein!  
Dafür setzt sich Dr. Ina Hartwig ein.

/ Olga Grjasnowa, Philipp Ruch, Tanja Samrotzki (v.l.n.r.).





/ „Kulturelle Vielfalt muss auf allen Ebenen sichtbar gemacht werden.“ betont Heba Ledwon.

/ Kunst wirft derzeit verstärkt Fragen nach den Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft und einer wehrhaften Demokratie auf, so Philipp Ruch.



## Kulturpolitik ist auch Gesellschaftspolitik

Daran anschließend unterstrich Heba Ledwon nochmals, dass Kulturpolitik auch Gesellschaftspolitik sei. Sie forderte, dass die Bundesrepublik ihren Fokus nicht allein auf eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik legen solle, sondern auch Vorreiterin in der Gesellschaftspolitik werden könne. Dabei sei entscheidend, dass die bestehende kulturelle Vielfalt, die eigentlich omnipräsent sei, auf jeder Ebene sichtbar gemacht und nicht künstlich getrennt werde. Auch für Ruch wäre das ein Akt politischer Schönheit. Bisher spiegele sich jedoch, wie Schäfer-Gümbel anmerkte, die Veränderung unserer Einwanderungsgesellschaft und somit die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht in den Kulturinstitutionen wider. Genau diese Diskrepanz sei eine Herausforderung und zugleich Triebkraft der Diskussion um Kulturpolitik. Digitalisierung werde die Auseinandersetzung in diesem Zuge nochmals beschleunigen, denn auch die Kommunikationsräume wandeln sich. Denn letztlich, so Schäfer-Gümbel, verändere Digitalisierung nicht nur Kunst und Kultur, sondern auch unsere Gesellschaft in einer fundamentalen Weise. Das wirke wiederum unmittelbar auf die Kulturpolitik zurück. Nichtsdestotrotz stellte er fest, dass Kulturpolitik noch immer als ein Nischenthema und als ein vollständig von der Gesellschaftspolitik getrennter Bereich betrachtet werde.

Des Weiteren berichtete Ruch von dem von ihm beobachteten neuen Ressentiments gegen die Kunst. Als Beispiel nannte er eine Performance auf der *documenta*, welche aufgrund ihres politisch nicht korrekten Titels abgesagt worden sei („Auschwitz on the Beach“). Was ihn daran störe, ist, dass sich die Kunst weniger erlauben dürfe als die Politik und entsprechend sanktioniert werde. Gleichzeitig gebe es viele Erwartungen und Anforderungen an die Kunst, allen voran möglichst korrekt zu sein. Er kritisierte den Rückgang in der Kulturförderung, der größtenteils die störende und aneckende Kunst betreffe. Aus diesem Grund plädierte er, selbst ein Vertreter einer radikal politischen Kunst, für mehr Mut und unangepasste politische Kunst, denn Kunst könne die Gesellschaft revolutionieren und als eine Kritik der Macht dienen. Seiner Ansicht nach seien die Künstler\_innen und Intellektuellen weiterhin präsent, doch die Kunstförderung unterbinde in ihrer Auswahl, dass Kunst gesellschaftlich wirksam werden könne. Diese Meinung zur künstlerischen Zensur stieß auf Widerspruch, sowohl auf dem Podium seitens der Kulturpolitik als auch aus dem Publikum. In der weiteren Debatte wurde herausgearbeitet, dass das Phänomen der „Political Correctness“ einen weiteren Treiber darstelle, der auf die Kunst- und Kulturbranche - sei es hinsichtlich der Sprache oder künstlerischer Ausdrucksformen - zurückwirke.

Als Schäfer-Gümbel an die Kunstschaaffenden appellierte, sich stärker politisch zu positionieren, entgegnete ihm Ledwon, dass die Kritik weniger an die Künstler\_innen gehen solle, sondern sich vielmehr an die staatlichen Insti-

tutionen richten müsse, damit dort die gesellschaftliche Vielfalt repräsentiert werde. Digitalisierung sehe Ledwon als eine große Chance, um Zugänge in vielen Bereichen offener zu gestalten. Bei Kiron Open Higher Education, einem gemeinnützigen Start-Up, würden beispielsweise mithilfe eines Online-Studienprogramms bestehende Barrieren auf dem Weg zur Hochschulbildung für Geflüchtete abgebaut werden. Eine weitere Möglichkeit, um Zugänge und gleichzeitig Vielfalt zu schaffen, sah Grjasnowa in Förder- und Stipendienprogrammen für verfolgte Schriftsteller\_innen wie dem Writers-in-Exile-Programm des deutschen PEN-Zentrums. Sie wünsche sich, dass solche Programme ausgebaut und globaler werden, auch in dem Sinne, dass sie sich nicht nur auf die sogenannte deutsche Staatskunst beschränkten. Auch Kulturinstitute im Ausland, wie etwa das Goethe-Institut oder das Institut français, spielten eine wichtige Rolle sowohl bei der Förderung als auch beim politischen Schutz von Kunstschaffenden. Hinsichtlich des Schutzes der Kunstfreiheit in Deutschland hob Ruch hervor, dass auf justizieller Ebene künstlerische Freiräume erfolgreich verteidigt würden. Bei den Gerichten sehe er demnach keine Zensur, wohl aber bei den Gremien und Förderstiftungen.

Worauf letztlich alle Diskutant\_innen zu sprechen kamen, war das problematische Verhältnis der deutschen Gesellschaft zu den Begriffen Leitkultur und Einwanderungsland. Hartwig hielt ein Plädoyer gegen die deutsche Leitkultur und erklärte, warum es keine nationale Kunst aus sich heraus geben könne. Wenn es überhaupt eine Staatskunst gebe, dann nur aus ideologischen Gründen. Die Kunst selbst stehe jedoch seit jeher für kulturelle Bewegung und hätte nie Grenzen gekannt. Museen hätten in diesem Prozess eine besondere Funktion, weil sie privilegierte Orte seien, um das auszutragen, was in der Welt des Wandels gerade geschehe. Als Repräsentanten dieser kulturellen Bewegungen richteten sie sich gleichzeitig an die Gesellschaft, die sich im Wandel befinde.

Als die Runde geöffnet wurde und Teilnehmer\_innen aus dem Publikum zu Wort kamen, wurden Defizite in der politischen Debattenkultur angeprangert, die sich auch auf den Kulturbetrieb selbst beziehen. Ledwon und Hartwig schlossen sich der Problemanalyse an und betonten, dass es wichtig sei, möglichst viele Mitglieder unserer Gesellschaft an der Debatte teilhaben zu lassen und dadurch auch das Narrativ der Vielfalt einzuschließen. In diesem Zusammenhang bemerkte Ruch besorgt, dass viele Intellektuelle noch nicht verstanden hätten, dass der Kampf um eine offene oder geschlossene Gesellschaft im Digitalen längst tobte und oft von rechts dominiert werden würde. Demokratische Debatten bräuchten Räume, aber im gleichen Zuge auch die Ächtung menschenfeindlicher sowie antidemokratischer Positionen, die nicht Teil dieser Debatte sein sollten. Diese Grenze zu ziehen, sei jedoch nicht einfach, so Grjasnowa, da sich durch bestimmte Diskursereignisse, wie sie beispielsweise von Sarrazin hervorgerufen wurden, die Grenzen des Sagbaren verschieben

würden. Schäfer-Gümbel versuchte die Problemlage in einen größeren Zusammenhang einzuordnen und verwies auf die Unsicherheiten, die aufgrund der Unübersichtlichkeit durch Globalisierung oder auch Digitalisierung entstünden. Seiner Ansicht nach würden in der heutigen pluralistischen Medienlandschaft Grenzverletzungen ausdrücklich eingefordert, wodurch sich der Diskurs strukturell nach rechts verschiebe. Den Linken falle es zunehmend schwer, eine adäquate Antwort darauf zu finden und mit den strukturellen Veränderungen umzugehen. Uneins waren sich Schäfer-Gümbel und Ruch bei den Erklärungen, warum sich rechtspopulistische oder -extreme Parteien zu bestimmten Zeiten durchgesetzt haben. Während sich Schäfer-Gümbel auf Untersuchungen des Marshall Funds berief, denen zufolge eine gute wirtschaftliche Lage jenen Parteien ein Möglichkeitsfenster biete, weil die beiden großen, ideologischen Blöcke aufgehört hätten, über die großen Themen zu streiten, sah Ruch das genaue Gegenteil, also eine Wirtschaftskrise, als ausschlaggebend.

Zum Abschluss wurden die Gäste auf dem Podium zu ihren Wünschen an die Politik und Kultur befragt. Philipp Ruch nannte Heiko Maas' Auftritt bei einer Talkshow mit Günther Jauch, in der er Björn Höcke Kontra gegeben hatte, als einen Triumph des Scharfsinns. Er bedauerte, dass davon in den Medien zu wenig berichtet wurde und wolle mehr solcher Auftritte sehen. Hartwig unterstrich, dass die Kunst frei sei, weshalb sie sich als Kulturpolitikerin von ihr nichts wünschen wolle. Ihrer Ansicht nach sei die zentrale Bedeutung der Kunst noch nicht vollständig erkannt worden, weshalb sie ihr eine größere Sichtbarkeit wünsche. Dass Kulturpolitik mehr als Gesellschaftspolitik verstanden werde und sich die Institutionen dafür öffnen, war Ledwons zentrales Anliegen. Grjasnowa sprach sich für mehr internationale Programme aus, die den Austausch förderten. Thorsten Schäfer-Gümbel äußerte abschließend den Wunsch, dass Politik und Kultur mehr in den Dialog treten und es weitere solcher kulturpolitischen Jahrestagungen geben solle. Diesen Wunsch aufgreifend entließ Moderatorin Samrotzki das Publikum in die Laboratorien, in denen es in verschiedenen Formaten mit Kulturschaffenden, Kulturpolitiker\_innen, Verbandsvertreter\_innen und Multiplikator\_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen in einen intensiven fachlichen Austausch treten konnte.

---

# I.

## Wege im Wandel. Der Kultur- und Kreativ- bereich im Umbruch

### LAB

## Institutionen in Bewegung I: Zielgruppen, Agenda, Personal

---

Diskutierende

**Mustafa Ahaikh Hasan**

Architekturstudent und Realisator von Kulturprojekten,  
Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Ulrich Khuon**

Präsident des Deutschen Bühnenvereins,  
Intendant Deutsches Theater Berlin

**Barbara Lison**

Bundesvorsitzende Deutscher Bibliotheksverband (dbv),  
Direktorin der Stadtbibliothek Bremen

**Hortensia Völckers**

Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes

Moderation **Franziska Richter**

Referentin für Kulturpolitik im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung



/ Im Gespräch: Ulrich Khuon, Barbara Lison, Mustafa Ahaikh Hasan und Hortensia Völckers.  
Moderation: Franziska Richter (v.l.n.r.).

## Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf den Kulturbetrieb

Der gegenwärtige gesellschaftliche Wandel ist stark von demografischen Faktoren, weltweiten Migrationsbewegungen und Digitalisierungsprozessen bestimmt, hinzu kommen wachsende soziale Ungleichheit und zunehmender Populismus. Mit diesen Entwicklungen sind erhebliche Herausforderungen für Gesellschaft und Politik verbunden. Im LAB wurde diskutiert, wie sich der gesellschaftliche Wandel auf den Kulturbetrieb auswirkt und wie er innerhalb der Kulturinstitutionen gestaltet werden kann. Wichtige Fragen waren, wie mehr Diversität im Kulturbetrieb erreicht werden kann, welche Rolle die sogenannten Dritten Orte bei der Erreichung neuer Zielgruppen spielen und wie sich die Kulturlandschaft durch die Digitalisierung verändert.

Der Dresdener Architekturstudent Mustafa Ahaikh Hasan, der auch Kulturprojekte durchführt, schilderte aus seiner Perspektive als Kunstschaffender, wie die Kultur- und Kunstszene auf die aktuellen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse reagiert. Themen wie Diversität, Integration, Migration und Flucht würden gesellschaftlich und politisch eine immer größere Rolle spielen, auch



in Kultureinrichtungen. Dort finde eine intensive Auseinandersetzung statt, die von fachlichen Diskussionen bis hin zu Kunstaktionen reiche. In den Programmen verschiedener Kulturhäuser seien diese Themen präsent und somit Ausdruck einer Kulturlandschaft, die sich kritisch mit dem aktuellen Geschehen in Gesellschaft und Politik auseinandersetzt.

## **Diversität und Digitalisierung in Kultureinrichtungen**

Kritisch merkte Hasan jedoch an, dass sich Diversität in deutschen Kultureinrichtungen oft auf das Programm beschränkt und sich kaum auf personeller Ebene oder im Publikum widerspiegelt. Es sei wichtig, dass sich die Kultureinrichtungen personell stärker der Diversität öffnen, meinte Hasan.

Tatsächlich finde die kulturelle Diversität und die heterogene Zusammensetzung der Bevölkerung in deutschen Städten oftmals keinen Ausdruck in den Kulturangeboten, erklärte Hortensia Völckers, Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes, die das Projekt 360° ins Leben gerufen hat. Mit dem Projekt soll der Wandel hin zu mehr thematischer und personeller Diversität innerhalb von Kultureinrichtungen angeregt und unterstützt werden.<sup>1</sup>

## **Mehr thematische und personelle Diversität**

Hortensia Völckers erläuterte, dass das Change-Management zu mehr Diversität dabei mit Hilfe einer externen Person umgesetzt wird. Grundvoraussetzung für einen nachhaltigen und erfolgreichen Wandlungsprozess ist aus ihrer Sicht, dass der Wille zum Wandel in den Institutionen vorhanden ist und alle relevanten Akteure an der Entwicklung beteiligt werden. Als Hürden benannte sie die oftmals hohen personellen Anforderungen an die externen Change-Manager\_innen, die mangelnde Bereitschaft der Einrichtungen zur Veränderung, aber auch die Langwierigkeit solcher Prozesse. Zudem sei die Unterstützung eines nachhaltigen Wandels durch die Politik bisher noch unzureichend, da sie tendenziell eher kurzfristige Projekte fördere, statt eine langfristige Finanzierung sicherzustellen. Völckers betonte die Notwendigkeit von Wandlungsprozessen: Kulturinstitutionen müssten – wie auch Kultur generell – die Diversität ihres Umfelds widerspiegeln, wenn sie aktuell und gesellschaftlich relevant bleiben wollen.

<sup>1</sup> Kulturstiftung des Bundes: Projekt 360° – Fonds für Kulturen der neuen Stadtgesellschaft, [https://www.kulturstiftung-des-bundes.de/de/projekte/nachhaltigkeit\\_und\\_zukunft/detail/360\\_fonds\\_fuer\\_kulturen\\_der\\_neuen\\_stadtgesellschaft.html](https://www.kulturstiftung-des-bundes.de/de/projekte/nachhaltigkeit_und_zukunft/detail/360_fonds_fuer_kulturen_der_neuen_stadtgesellschaft.html) (10.8.2019).

## Strukturelle Veränderungen durch Digitalisierung

Doch nicht nur die gesellschaftliche Diversität, auch die Digitalisierung erfordert strukturelle Veränderungen in Kulturinstitutionen, meinte Völckers. Zum einen verändere sich dadurch die Arbeitsweise – weg von einer isolierten, hierarchischen Arbeitsteilung hin zu mehr kooperativen Formen der Zusammenarbeit. Zum anderen solle die Internetpräsenz der Einrichtungen für einen intensiveren Austausch mit ihrer Umwelt.

## Chancen und Hindernisse im Wandel der Kulturinstitutionen

Eine Kulturlandschaft müsse den gesellschaftlichen Wandel auf jeden Fall aufnehmen und gestalten, betonte Ulrich Khuon, Intendant des Deutschen Theaters und Präsident des Deutschen Bühnenvereins. Es sei Aufgabe der Kultur, einen kritischen Diskurs in der Gesellschaft über aktuelle Entwicklungen zu initiieren und Innovationen zu fördern. Allerdings müsse dabei beachtet werden, dass Kultureinrichtungen im Hinblick auf ihre begrenzten Kapazitäten und ihre Reaktionsfähigkeit auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse nicht überbelastet werden. So sei es zum Beispiel aufgrund des Ausmaßes der Diversität in der Gesellschaft bzw. der Vielzahl an gesellschaftlichen Gruppen kaum möglich, allen gleichzeitig gerecht zu werden. Wenn Diversität in einer Institution angemessen umgesetzt wird, könne jedoch Umdenken befördert, Kreativität angeregt und das Klima der Einrichtung verändert werden.

In den Kultureinrichtungen sind nach Khuon zwar vielfältige Instrumente und Möglichkeiten vorhanden, um Veränderungen in der Gesellschaft aufzunehmen und passende Angebote für interessierte Besucher\_innen zu entwickeln. Doch würde diese Fülle manchmal auch zur Überforderung werden, weil der zerstreute Fokus zielgerichtetes und effektives Arbeiten erschwert. Insgesamt hält es Khuon für wichtig, innerhalb der Institutionen für eine gute Stimmung zu sorgen und alle Interessen fair zu berücksichtigen. Ein wichtiger Punkt sei auch, Kultureinrichtungen nicht als Sozialdienstleistende zu missbrauchen. Den Wandel in der Kulturlandschaft betrachtet er als einen umfassenden Prozess, der schon bei der Kinder- und Jugendförderung beginnt und die Eigeninitiative der Kulturakteure ebenso erfordert wie die Unterstützung von Politik und Zivilgesellschaft. Grundsätzlich müsse man sich bewusst machen, dass tiefer gehende Veränderungsprozesse in Institutionen nicht immer leicht umzusetzen sind. Für kulturelle Institutionen sei es oft schwer, auf gesellschaftliche Prozesse nicht nur zu reagieren, sondern sie aktiv mitzugestalten.



/ Kennenlernen mal anders! Auch die Podiumsdiskutant\_innen bekommen anhand einer Publikumsaufstellung einen kurzen Eindruck darüber, wer ihnen gegenübersteht.  
 / Der Dresdener Student und Stipendiat der FES Mustafa Ahaikh Hasan eröffnete die Diskussion.  
 Beiträge von Barbara Lison (links) und Hortensia Völckers (rechts) folgten.





/ Hortensia Völckers (links) im Gespräch mit der Moderatorin Franziska Richter (rechts)  
 „Grundvoraussetzung für einen nachhaltigen und erfolgreichen Wandlungsprozess ist der Wille  
 zum Wandel in den Institutionen und die Beteiligung aller Parteien.“  
 / Blick auf das Fish-Bowl.



## Die neuen „Dritten Orte“<sup>2</sup>

Über die Möglichkeiten der Dritten Orte im Zuge des gesellschaftlichen Wandels sprach Barbara Lison, Bundesvorsitzende des Deutschen Bibliotheksverbands und Direktorin der Stadtbibliothek Bremen. Sie verdeutlichte das Potenzial von Bibliotheken als Orte der Begegnung und des sozialen Geschehens. In einer Zeit, in der die Gesellschaft zunehmende Spaltungstendenzen aufweise, sei eine Renaissance der Bibliotheken wahrzunehmen – und dies vor dem Hintergrund, dass diese Einrichtungen angesichts der digitalen Transformation von manchen Prognostiker\_innen schon totgesagt worden waren. Wichtige Gründe für den neuen Bedeutungszuwachs der Bibliotheken sind nach Barbara Lison ihre konsequente Innovationsorientierung und funktionelle Neuausrichtung. Inzwischen seien Bibliotheken viel mehr als nur Häuser zum Entleihen von Literatur, sie seien zu Dritten Orten geworden. Der Begriff Dritter Ort soll verdeutlichen, dass es sich um soziale Treffpunkte und Anker des Gemeindelebens handelt, die ein Zusammengehörigkeitsgefühl schaffen und eine breitere und kreativere Interaktion zwischen Menschen ermöglichen. Das Besondere der Dritten Orte sind nach Barbara Lison ihre sozialen Komponenten, die in einer polarisierten Welt Brücken schlagen können.

Bibliotheken könnten in der Gesellschaft wichtige Bindeglieder sein, indem sie soziale, kommunikative und inhaltliche Aspekte miteinander verbinden. Sie seien nicht nur Orte der Begegnung, sondern immer mehr auch stark frequentierte außerschulische Lernorte, Arbeitsorte und Inspirationsorte in der Stadtgesellschaft. Ein Vorteil besteht nach Barbara Lison zudem darin, dass Bibliotheken neben dem Zugang zu klassischen Medien auch einen freien Internetzugang und diverse digitale Inhalte anbieten – und dies alles ohne Konsum- oder Legitimationszwang. Somit würden Bibliotheken ganz neue Anreize insbesondere für jene Zielgruppen schaffen, die bis dato von klassischen Kulturangeboten eher wenig erreicht wurden.

Der Wandel der Bibliotheken ist nach Barbara Lison ein Musterbeispiel der Anpassung kultureller Einrichtungen an den gesellschaftlichen Wandel. Durch die gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung und Tendenzen der Individualisierung sei bei den Menschen ein Bedürfnis nach Gemeinschaft geweckt worden, das insbesondere Bibliotheken in ihrer neuen Rolle als Dritte Orte stillen könnten. Um dieser neuen Aufgabe gerecht zu werden, bräuchten Bibliotheken aber auch eine besondere Aufenthaltsqualität, die gezielt und konsequent umgesetzt werden sollte. Dazu gehört nach Lison zum Beispiel

<sup>2</sup> Vgl. dazu: Vielfältige Begegnungen am „Dritten Ort“, ZAK NRW Zukunftsakademie, Bochum, [https://www.zaknrw.de/files/redaktion/dossier07\\_zak\\_01apr2019.pdf](https://www.zaknrw.de/files/redaktion/dossier07_zak_01apr2019.pdf) (10.8.2019).

eine Reform der Öffnungszeiten, indem diese dem Alltag und den Arbeits- und Freizeitgewohnheiten der Menschen angepasst werden. Bibliotheken sollten auch an Sonntagen geöffnet werden können, was in Deutschland durch die Regelungen des Bundesarbeitszeitgesetzes bisher nicht möglich ist.

## **Kultur in ländlichen Räumen**

In der Diskussion wurde auch die mangelnde Kulturversorgung auf dem Land thematisiert. Ulrich Khuon unterstrich die Bedeutung von Kulturangeboten im ländlichen Raum, da Kultur persönlich erfahrbar sein müsse. Die Lust an Kunst oder Theater entstehe nicht durch das Lesen einschlägiger Literatur, sondern durch direkten Kontakt. Hierfür seien Dritte Orte in ländlichen Gebieten genau das Richtige. Hortensia Völckers meinte, dass Kulturinstitutionen in ländlichen Regionen viel stärker als bisher demografische Entwicklungen aufnehmen müssten, wenn sie überleben wollten. Dazu merkte ein Diskussionsteilnehmer kritisch an, dass sich die derzeitige Kulturpolitik in Deutschland eher auf öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Kulturbauten in großen Städten konzentriere und die ländlichen Gebiete aus dem Blick verliere. Es wäre jedoch wichtig, die verschiedenen Formen der Kultur in ihrer Vielfalt und Breite zu fördern und die Weichen für den notwendigen Wandel im gesamten Kulturbereich zu stellen. Ein wichtiger Grund für die derzeitigen kulturpolitischen Mängel sei, dass keine konzeptbasierte Kulturpolitik umgesetzt wird. Auch fehle es auf politischer Ebene oft an einem Verständnis für die große Bedeutung und die wichtigen Funktionen von Kultur für die Gesellschaft. Hier bedürfe es dringend eines Bewusstseinswandels.

## **Freie Kulturszene – Kulturinstitutionen**

Kritisch gesehen wurde auch die ungleiche Wertschätzung und Förderung von freier Kulturszene und institutionalisiertem Kulturbereich. Im öffentlichen Diskurs werde die freie Szene kaum wahrgenommen, obwohl sie einen Großteil der Kulturlandschaft ausmache. Im Unterschied zu den etablierten Kulturinstitutionen habe die freie Szene den gesellschaftlichen Wandel bereits auf vielfältige Weise aufgenommen und befinde sich seit Längerem in einem Veränderungsprozess. Von diesem Know-how könnten die festen Kultureinrichtungen profitieren. Deshalb sollten der Dialog und Austausch untereinander zu diesen Fragen gezielt gefördert werden.





/ Barbara Lison im Gespräch mit Dr. Norbert Sievers, Leiter des Instituts der Kulturpolitischen Gesellschaft.

## Aufgaben der Politik

Nach Ansicht von Khuon ist auch ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs notwendig, um die innere Bereitschaft aller Beteiligten zu erhöhen, die gesellschaftlichen Veränderungen aufzunehmen und den Wandel der kulturellen Einrichtungen positiv, konstruktiv und angemessen zu gestalten. Völckers meinte, dieser Diskurs sei zwar notwendig, reiche aber nicht aus. Es fehle noch flächendeckend an der erforderlichen Infrastruktur und Finanzierung, um den Wandel zukunftsfähig zu gestalten. An die Politik richtete sie den Appell, die finanziellen Mittel für diesen Bereich zu erhöhen und gleichzeitig eine Reform der Kulturförderung in Deutschland voranzutreiben, die eine bessere Vernetzung der verschiedenen Ebenen von Kommunen, Ländern und Bund ermöglicht.

Lison wies darauf hin, dass auch in einer zunehmend digitalisierten Welt ein analoges Verhältnis zur Kultur unverzichtbar ist, wenn ihre wichtigen Funktionen nicht verloren gehen sollen. Die Politik sei gefordert, mehr Dritte Orte im Kulturbereich zu schaffen, sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum. Hasan betonte die positive Bedeutung der staatlichen Kulturförderung in Deutschland. Er machte auf die problematischen Positionen der Partei AfD hinsichtlich einer rein nationalen Kulturförderung und den damit verbundenen möglichen Konsequenzen aufmerksam. Bei einem Erstarken undemokratischer Kräfte laufe die Kultur Gefahr, zum Spielball der politischen Machtverhältnisse zu werden. Dies müsse mit aller Kraft verhindert werden.

---



# LAB

## Alt, jung, bunt und divers: Wie wir auf den demografischen Wandel in der Kulturellen Bildung reagieren

---

Diskutierende

**Özlem Canyürek**

Universität Hildesheim, Institut für Kulturpolitik

**Herbordt/Mohren**

Künstler\_innenkollektiv, Die Institution

**Almuth Fricke**

KUBIA (Kompetenzzentrum für kulturelle Bildung im Alter und Inklusion)

**Martin Rabanus**

MdB, Sprecher AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion  
für Kultur und Medien

Moderation **Dr. Peggy Mädler**

Autorin, Dramaturgin und Dozentin



/ Wie kann in Zukunft Teilhabe für alle ermöglicht werden?  
Dieser Frage gingen die Teilnehmenden des LABs nach.

## Soziale und kulturelle Teilhabe

Im Mittelpunkt des LABs stand die Frage, wie in Zeiten tief greifender gesellschaftlicher Wandlungsprozesse soziale und kulturelle Teilhabe für alle erreicht werden kann. Erhebliche kulturpolitische Herausforderungen ergeben sich insbesondere aus demografischen Entwicklungen, Digitalisierung, Migration und wachsender sozialer Ungleichheit. Welche Handlungsräume hat Kultur, um auf diese Entwicklungen zu reagieren? Und welche Partizipationsformen in der Kunst und der Kulturellen Bildung können dazu beitragen, allen Menschen kulturelle Teilhabe zu ermöglichen?

Das Kunstprojekt „Das Theater“ des Künstler\_innenkollektivs Herboldt/Mohren kann als erfolgreiches Beispiel für die Teilhabe der Bürger\_innen an künstlerischen Prozessen gelten. Ausgangspunkt für die Projektidee war das „Aussterben“ der ländlichen Kommunen und das damit verbundene Verschwinden kultureller Institutionen, wie Bibliotheken, Theater und Kinos. In der Folge dieses Prozesses entstehen ein zunehmender Gebäudeleerstand und ein „entdichteter Stadtkern“, der von den wenigen übrig gebliebenen Bewohner\_innen nicht mehr belebt werden kann. Im Rahmen ihres Kunstprojekts beispiel-

ten Herboldt/Mohren von 2015 bis 2017 im baden-württembergischen Dorf Michelbach an der Lücke genau diese leer stehenden Räume um den zentralen Dorfplatz. Sie luden das Publikum ein, einen Ausflug zwischen Bühne und Alltag, Bürgerinitiative und Kunst zu machen. Melanie Mohren und Bernhard Herboldt berichteten, dass das Kunstprojekt von den Anwohner\_innen mit großer Begeisterung aufgenommen wurde und die Kultureinrichtungen dadurch (wieder-)belebt wurden. So eröffnete dort das erste Museum für zeitgenössische Kunst und ein Theater, ein Archiv und ein Kino wurden neu gegründet oder wieder neu bespielt.

## **Zielgruppen von Kunst und Kultureller Bildung**

Um die kulturelle Teilhabe zu erhöhen, sind Geflüchtete sowie Kinder und Jugendliche, die in schwierigen sozialen Zusammenhängen aufwachsen, wichtige Zielgruppen. Aus einer aktuellen Studie zu interkulturellen Projekten in Nordrhein-Westfalen sowie einer Studie des Bundesverbands Freie Darstellende Künste zur kulturellen Bildung geht hervor, dass die Erreichbarkeit dieser Zielgruppen und der Vertrauensaufbau in Projekten der Kunst oder der kulturellen Bildung sehr viel Zeit brauchen. Umso mehr wünschen sich die engagierten Akteur\_innen hier die Möglichkeit zu mehr Nachhaltigkeit für ihre künstlerische und kulturelle Arbeit. Das bedeutet auch, eine Kontinuität der Arbeit über mehrjährige Fördermodelle zu erreichen – und nicht nur die kurzfristige Förderung von befristeten Projekten, die mit der Problematik verbunden sind, dass die Beteiligten gerade dann aufhören müssen, wenn sich die Gruppe gefunden hat, der Prozess der Selbstermächtigung einsetzt und gemeinsame Arbeits- und Kommunikationsstrukturen entwickelt wurden.

Auch nach Auffassung von Martin Rabanus, Sprecher der AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion, stellt die Kurzfristigkeit von Fördergeldern in kulturellen oder künstlerischen Projekten ein erhebliches Problem dar. Als Politiker sei es ihm ein wichtiges Anliegen, Kunst und Kulturelle Bildung auch langfristig über die Einzelprojektförderung hinaus zu unterstützen und so zu stärken, dass sie sich nach Ablauf der Förderzeit selbst tragen kann. Im Hinblick auf die partizipative Ausrichtung von Kunst und Kultur habe sich schon einiges getan: So würden zahlreiche Kunst- und Kulturprojekte realisiert, die Beteiligung ein größeres Gewicht geben und Menschen aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Herkunftsfamilien einbeziehen.

## **Teilhabe an kulturellen Angeboten**

Aus Perspektive der Wissenschaftlerin Özlem Canyürek, die sich mit Fragen der Bildungsintegration beschäftigt, ist auf Landes- und Bundesebene zwar die Bestrebung spürbar, Menschen aus allen soziokulturellen Kontexten kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. In Studien werde jedoch deutlich, dass nur

ungefähr 50 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen kulturelle Angebote wahrnehmen. Einen wichtigen Grund dafür sieht Özlem Canyürek im konventionellen Angebot der Kultureinrichtungen. So zeigten zum Beispiel die Programme und die Personalstruktur der Theaterhäuser eine starke Diskrepanz zu Diversitätskonzepten: Kein großes Staatstheater – mit Ausnahme des Gorki Theaters in Berlin – repräsentiere die gesellschaftliche Vielfalt in adäquater Weise. Anders liege der Fall in der freien Theaterszene: Hier seien viel mehr Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten vertreten und auch Genderdiversität vorhanden.

## Finanzierung der freien Szene

Allerdings bestehe in der freien Theaterszene das Problem, dass die finanzielle Förderung und Unterstützung im Vergleich zu den Staatstheatern relativ gering ist. Offenbar orientierten sich die Fördermaßnahmen der Kulturpolitik an einem traditionellen Kulturbegriff. Nach Özlem wäre es sehr wichtig, den dominierenden Kulturbegriff kritisch zu reflektieren. Es müsse deutlich werden, wer den Kulturbegriff wie definiert und welche Konsequenzen sich daraus für die Finanzierung sowie den Ein- und Ausschluss von Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Milieus ergeben. Wenn keine Orte der interkulturellen Begegnung geschaffen werden, drohe die Zivilgesellschaft immer stärker auseinanderzudriften, meinte Canyürek.

Daraus ergibt sich wiederum die wichtige Frage, wie künftig mehr Orte der Begegnung geschaffen werden können, die sowohl interkulturelle als auch alters- und geschlechterübergreifende Zusammenkünfte ermöglichen. Eine Diskussionsteilnehmerin verwies auf die engagierte Arbeit der soziokulturellen Zentren, die schon heute wichtige Orte dieser Art der Begegnung seien.

## Stärkung von kultureller Teilhabe

Nach Auffassung von Almuth Fricke vom Kompetenzzentrum für Kulturelle Bildung im Alter und Inklusion (KUBIA) kann vor allem eine systematische Zielgruppenförderung dazu beitragen, kulturelle Teilhabe zu stärken.

Ihre Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Senior\_innen hätten gezeigt, dass die Teilhabe an Kulturangeboten einen nachhaltigen positiven Effekt auf ältere Menschen hat. Kulturelle Teilhabe biete ihnen eine Möglichkeit, der Vereinsamung und dem Gefühl des „Abgehängtseins“ entgegenzuwirken, sie ermögliche Begegnungen zwischen den Generationen und befördere die individuelle Ermächtigung und Aneignung neuer Themen. Für das gesellschaftliche Zusammenleben und eine lebendige Demokratie sei es sehr wichtig, dass ältere Menschen weiterhin am kulturellen Leben teilnehmen. Fricke und Canyürek



/ Kulturangebote sollten Generationsbegegnungen und individuelle Ermächtigung schaffen, so ein Fazit der Diskussion.



plädierten für einen weit gefassten Kulturbegriff, der Alters-, Geschlechts- und Kulturdiversität einschließt und sich auch in den Fördermaßnahmen der Kulturpolitik widerspiegeln sollte.

In diesem Zusammenhang betonte Martin Rabanus die Bedeutung, nicht nur Theaterhäuser und bildungsbürgerliche Kulturangebote in Städten zu fördern, sondern auch kommunale Kulturinstitutionen wie Kinos und Jugendzentren auf dem Land. Hier sieht Rabanus die Kulturpolitik in einer gesellschaftlichen Verantwortung, da sie die Potenziale besitzt, um einen nachhaltigen Strukturwandel zu unterstützen.

Canyürek betonte das Recht auf kulturelle Teilhabe jedes Menschen in einem demokratischen Land. Die Kulturpolitik habe die Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen für die Realisierung kultureller Angebote und die kulturelle Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Auf einer solchen Grundlage könne die Zivilgesellschaft agieren, soziale bzw. kulturelle Prozesse hervorbringen und befördern.

## **Engagement von Politik und (Zivil-)Gesellschaft**

Kulturelle Prozesse könnten nur in einem wechselseitigen Engagement von Politik und Gesellschaft entstehen, meinte Canyürek. Die Diskussionsteilnehmer\_innen nannten zwei gelungene Beispiele, wie kulturelle Partizipation zu einer Mitgestaltung der Gesellschaft führen kann: In einem kommunalen Theater in Hessen schreiben ältere Menschen selbst Theaterstücke und werden dabei von der Gemeinde finanziell unterstützt. Ein Kulturzentrum in Leipzig erarbeitet ein generationsübergreifendes Angebot, an dem unterschiedliche Zielgruppen mitwirken können.

In der Diskussion unterstrich Almuth Fricke die schon erreichten Fortschritte und plädierte dafür, nicht nur über Defizite der Kulturpolitik zu sprechen. Das Kulturministerium in Nordrhein-Westfalen fördere zum Beispiel seit Jahren mit erheblichen Mitteln interkulturelle Projekte. Auch viele Einrichtungen der sogenannten Hochkultur hätten sich inzwischen für unterschiedlichste Zielgruppen geöffnet. So habe zum Beispiel das Schauspielhaus Köln in seinem Intenrimsquartier im Arbeiterviertel Mülheim ganz bewusst die Nähe zur vielfältigen Bevölkerung im Quartier gesucht und sei zu einem Dritten Ort geworden, an dem sich unterschiedliche Milieus begegnen können.

Konsens in der Diskussion war, dass es für ein diverses und buntes kulturelles Bildungsangebot nachhaltiger Strukturen bedarf. Notwendig seien Fördermodelle, die auf Langfristigkeit angelegt sind. Nur dann könnten erfolgreiche Projekte der Kunst und Kulturellen Bildung nach einer begrenzten Förderperiode weiter bestehen. Unverzichtbar sei zudem ein breiter Kulturbegriff, der unterschiedliche Aspekte von Herkunft, Religion, Geschlecht, politischer Ge-

sinnung und Alter berücksichtigt. Diese Diversität sollte sich nicht nur in den Programmen, sondern auch in der Personalstruktur der Kulturinstitutionen widerspiegeln.

Zielgruppenorientierte Angebote könnten die kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft befördern, doch seien darüber hinaus auch zielgruppenoffene Förderformate wichtig, um zu verhindern, dass die künstlerische Arbeit auf einen bestimmten gesellschaftlich-sozialen Auftrag beschränkt wird. Künstlerische und kulturelle Prozesse könnten sich nur in einem engen Wechselspiel mit der Gesellschaft entwickeln, bräuchten aber auch Freiräume. Die Politik habe die Aufgabe, die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

.





/ Die Diskutant\_innen teilen ihre Zukunftsvisionen.



# LAB

## Im Welt(en)Wandel: Wie politisch darf/sollte Kunst sein?

---

### Diskutierende

#### **Yevgenia Belorusets**

Fotografin, Aktivistin und Autorin,  
ehem. Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung

#### **Dr. Stefan Bläske**

Chefdramaturg am Theater NTGent,  
International Institute of Political Murder (IIPM)

#### **MD (Ministerialdirektor) Dr. Andreas Görgen**

Leiter der Kultur- und Kommunikationsabteilung des Auswärtigen Amtes

#### **Moritz Rinke**

Dramatiker und Schriftsteller

### Moderation **Kristina Volke**

Kunst- und Kulturwissenschaftlerin



/ Die Moderatorin Kristina Volke im Gespräch mit Ministerialdirektor Dr. Andreas Görgen, Dr. Stefan Bläske, Yevgenia Beloruts and Moritz Rinke (v.l.n.r.).

## Öffentliche Debatten zum Thema Kunst und Politik

Im Mittelpunkt des LABs stand die Frage, wie politisch Kunst sein darf und sein sollte. Gegenwärtig werden verschiedene öffentliche Debatten zum Thema Kunst und Politik geführt. Anlass für eine kontroverse Diskussion war zum Beispiel die von Kulturschaffenden unterzeichnete flüchtlingskritische „Gemeinsame Erklärung 2018“<sup>3</sup>. Erstunterzeichner\_innen waren unter anderem der Schriftsteller Uwe Tellkamp, die DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld und der Publizist Henryk M. Broder. Der Aufruf richtete sich gegen eine „Beschädigung Deutschlands“ durch eine „illegale Masseneinwanderung“<sup>4</sup> und zielte auf eine Beendigung der bisherigen Migrationspolitik der Regierung. Die Initiative, die vor allem von Intellektuellen, Kulturschaffenden und Akademiker\_innen unterstützt wurde, stieß in Medien, Kultur und Politik auf scharfe Kritik. Der Schriftsteller Durs Grünbein bezeichnete die Erklärung als islamophob und Pegida-nah, andere sahen darin eine Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts.

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.erklaerung2018.de/> (9.8.2019).

<sup>4</sup> Ebd.

Ein weiteres Beispiel ist die öffentliche Debatte um die „Echo“-Verleihung an die beiden Rapper Kollegah und Farid Bang, deren Texte als sexistisch und antisemitisch kritisiert wurden.<sup>5</sup> Hier stellt sich die Frage, wie weit Kunst eigentlich gehen darf und wo ihre Grenzen liegen. Wird womöglich die Freiheit der Kunst bedroht, wenn die Einhaltung bestimmter politischer Werte von Künstler\_innen gefordert wird? Für Rinke hat sich Kunst innerhalb eines bestimmten Wertekanons zu bewegen. Deshalb könne er die Auswahl der Echo-Jury nicht nachvollziehen und befürworte die Entscheidung verschiedener Künstler\_innen, ihre Preise als Reaktion darauf zurückzugeben. Der Leiter der Kultur- und Kommunikationsabteilung im Auswärtigen Amt, Dr. Andreas Görden, meinte, dass es bei diesem Streit nicht um die Freiheit der Kunst gehe, da niemand das Recht auf Veröffentlichung der umstrittenen Liedtexte in Frage gestellt habe. Allerdings sei es ein Skandal, dass ein im Rahmen des Kulturkorporatismus so bedeutsamer Verband wie der „Echo“-verleihende Bundesverband Musikindustrie ausgerechnet an diese beiden Rapper einen Preis verleihe.<sup>6</sup>

Aus Sicht des Dramatikers und Schriftstellers Moritz Rinke melden sich viele Kulturschaffenden heute mehr als vor einigen Jahren politisch zu Wort. Bei der „Gemeinsamen Erklärung 2018“ sei zu beachten, dass es sich dabei nicht um Kunst handle, sondern dass sich Künstler\_innen gemeinsam mit anderen als Bürger\_innen zu politischen Fragen äußerten. Politik und Kunst würden mit ganz anderen Instrumenten und Methoden arbeiten. Auch die Rolle von Künstler\_innen unterscheide sich erheblich von der Rolle politischer Aktivist\_innen.

## Politische Dimensionen künstlerischer Arbeit

Wie finden politische Inhalte in der Kunst ihren Ausdruck? Die ukrainische Künstlerin Yevgenia Belorusets sieht den wesentlichen Inhalt ihrer künstlerischen Arbeit darin, Veränderungen in der Bedeutung des Alltags durch sich wandelnde gesellschaftliche Rahmenbedingungen sichtbar zu machen. Diesen Ansatz erläuterte die Künstlerin an einem Beispiel: In einem ihrer Fotoprojekte werde die harte, vermeintlich monotone Arbeit in ostukrainischen Bergwerken angesichts des dortigen militärischen Konflikts und der ständigen Unsicherheit für die porträtierten Menschen zu einem Anker der Stabilität. Eine weitere politische Dimension erhalte ihre Kunst dadurch, dass es ihr erst aufgrund von

<sup>5</sup> Vgl. Tomasz Kurianowicz: Kollegahs Raptexte sind nicht das größte Problem, Die Zeit, 17. April 2018, <https://www.zeit.de/kultur/musik/2018-04/echo-verleihung-kollegah-farid-bang-reaktionen-kritik>

<sup>6</sup> Am 25. April 2018 gab der Bundesverband Musikindustrie bekannt, den Musikpreis „Echo“ künftig nicht mehr verleihen zu wollen und kündigte einen „Neuanfang für den Deutschen Musikpreis“ an [Anmerkung der Redaktion].

Ausstellungen in Westeuropa gelungen ist, ihre Werke auch in der Ukraine auszustellen. Kritische Künstler\_innen seien dort regelmäßig der Gewalt rechter Gruppen ausgesetzt und – unter dem Vorwand des Schutzes vor eben dieser rechten Gewalt – von staatlichen Repressionen betroffen.

Um die Nutzbarmachung künstlerischer Freiräume für politische Aktionen geht es dem Dramaturgen Dr. Stefan Bläse. Er arbeitet am belgischen Theater NTGent und für die von Milo Rau gegründete Theaterproduktionsgesellschaft International Institute of Political Murder (IIPM). Die Projekte von Milo Rau, wie zum Beispiel „Die Moskauer Prozesse“, „Das Kongo Tribunal“ oder die in der Berliner Schaubühne aufgeführte „General Assembly“ (Generalversammlung) werden als Möglichkeit gesehen, politische Themen zu setzen, Problembewusstsein zu schaffen und Lösungsmöglichkeiten vorzustellen. Zwar werden diese „nur“ im geschützten Raum der Kunst und des Theaters durchgeführt, aber sie eröffneten symbolische Räume und zeigten Handlungsmöglichkeiten auf, erläuterte Stefan Bläse. Der Entwurf von Utopien könne Mut machen, sich für eine Verwirklichung dieser Utopien in der Wirklichkeit einzusetzen. Rau gehe davon aus, dass die durch Kunst ausgelösten medialen Debatten und die Beteiligung von real Betroffenen in die künstlerischen Projekte – Aktivist\_innen, Anwält\_innen, Politiker\_innen usw. – Einfluss auf die reale Politik nehmen könnten. So würden im Ergebnis Künstler\_innen zu politisch Aktiven, verdeutlichte Bläse. Theaterarbeit sei immer auch politisch, selbst wenn in den Stücken keine explizit politischen Themen behandelt werden: In der künstlerischen Darstellung würden Themen auf die Agenda gesetzt und bestimmte Bilder und Vorstellungen von „kultureller Identität“ produziert und reproduziert. Ein wichtiges Thema sei dabei auch die Repräsentation gesellschaftlicher Diversität innerhalb des Theaters, auf und hinter der Bühne.

Nach Ansicht von Belorusetz gehen Künstler\_innen grundsätzlich mit einer künstlerischen Motivation an ihre Arbeit heran. Doch wie sie selbst in der Ukraine erlebt habe, könnten sie schnell zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden. Ungeachtet dessen ist es in ihren Augen eine wichtige Aufgabe der Kunst, gesellschaftliche Probleme zu thematisieren und Verborgenes sichtbar zu machen.



/ Die Künstlerin und Aktivistin Yevgenia Belorusets berichtet aus eigener Erfahrung, dass auch Künstler\_innen schnell zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden können.

/ Ein Blick ins LAB: Yevgenia Belorusets und Moritz Rinke.



## Gesellschaftliche Relevanz von Kunst und Kultur

Dr. Andreas Görgen benannte als wichtiges Ziel seiner kulturpolitischen Arbeit im Auswärtigen Amt, anderen Staaten das Verständnis der Rolle von Kultur in einer demokratischen Gesellschaft nahezubringen. Er unterstrich die Bedeutung künstlerischer Freiräume und die gesellschaftliche Relevanz von Kunst und Kultur. Auch wenn Kunst und Kultur vermeintlich nur einen rein ästhetischen Anspruch verfolgten, hätten künstlerische Freiräume immer auch politische Implikationen. Vor diesem Hintergrund sei es sehr problematisch, dass autoritäre Staaten die notwendigen künstlerischen Spielräume immer mehr einschränken.

Darauf Bezug nehmend berichtete Moritz Rinke von seinen Erfahrungen bei Theateraufführungen in verschiedenen Ländern, etwa mit dem Berliner Ensemble in der Türkei. Ein und dasselbe Stück könne eine ganz neue Bedeutung erhalten, wenn es in einem anderen gesellschaftlichen Kontext aufgeführt wird. Die Kunst in der Bundesrepublik genieße zwar große Freiheiten, doch sei sie dadurch auch oft beziehungslos und vertrete keine radikalen Positionen mehr. Grundsätzlich befinde sich die Kunst in Deutschland in einer sehr guten Lage angesichts der großzügigen staatlichen Subventionen. Diese Sichtweise wurde allerdings auch infrage gestellt: Freie Künstler\_innen würden wenig von diesen Subventionen profitieren und gerieten deshalb oft in eine schwierige finanzielle Situation und prekäre Lebensverhältnisse. An dieser Stelle erinnerte Andreas Görgen an die große Errungenschaft der Künstlersozialversicherung, die ganz wesentlich zur sozialen Absicherung der freiberuflichen Künstler\_innen in Deutschland beitrage.

## Aufgaben einer zukunftsfähigen Kulturpolitik

Stefan Bläske brachte die Idee ein, einen Fonds einzurichten, mit dem die Übersetzung und Übertitelung von Inszenierungen in andere Sprachen finanziert werden kann. Interessant wäre auch, den verfolgten Künstler\_innen aus Osteuropa und Russland Räume für ihre Arbeit zu bieten, die ihnen aus politischen Gründen dort verwehrt bleiben. Auch die Unterstützung von geflüchteten Künstler\_innen aus anderen Ländern der Welt sei sehr wichtig. Zentrale inhaltliche Herausforderungen für das Theater der Zukunft sind für Bläske insbesondere die Auseinandersetzung mit Fragen lokaler Identität, globaler Ungerechtigkeit und Umweltverschmutzung. Systemisch sollten auch Fragen der Diversität und Internationalisierung des Theaters thematisiert werden.

## Institutionen in Bewegung II: Digitale Beteiligungs- und Vermittlungsformate

---

### Diskutierende

#### **Christoph Deeg**

Berater und Speaker für die Bereiche Gamification und digital-analoge Gesamtstrategien

#### **Christian Henner-Fehr**

Kulturberater, Kulturmanagement Blog

#### **Jens Janssen**

Referent „Digitalisierung“ der Abteilung Medien und Digitales der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

#### **Léontine Meijer-van Mensch**

Programmdirektorin und Stellvertretende Direktorin Jüdisches Museum Berlin<sup>7</sup>

#### **Jörg Müller**

Geschäftsführer Konzeptlabor für kommunale Pressesprecher, NeulandQuartier Leipzig

### Moderation **Christina Quast**

Journalistin

<sup>7</sup> Léontine Meijer-van Mensch war bis zum 31. Januar 2019 Stellvertretende Direktorin des Jüdischen Museums Berlin. Vgl. <https://www.jmberlin.de/presseinformation-vom-27-November-2018> (9.8.2019).



/ Offene Diskussion: durch das Fishbowl-Format kommen Teilnehmer\_innen und die eingeladenen Gesprächsgäste gleichermaßen zu Wort.

## Verhältnis von analogem und digitalem Raum

Im LAB wurde darüber diskutiert, vor welchen Herausforderungen die (Kultur-)Institutionen im Zuge der digitalen Transformation stehen und welche Zusammenhänge zwischen analogem und digitalem Raum bestehen. Christoph Deeg, Berater und Speaker für die Bereiche Gamification und digital-analoge Gesamtstrategien, formulierte in seiner Keynote die These, dass der digitale Raum von vielen (Kultur-)Institutionen bisher lediglich als Marketingstrategie für den analogen Raum genutzt wird. Die zahlreichen Ressourcen, die mit der Digitalisierung erschlossen werden können, würden somit bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Die Kulturinstitutionen sollten deshalb darauf hinwirken, die damit verbundenen Potenziale in Zukunft vielfältiger zu nutzen.

Léontine Meijer-van Mensch, Programmdirektorin und Stellvertretende Direktorin des Jüdischen Museums Berlin, vertrat die Ansicht, dass eine verstärkte Digitalisierung innerhalb von Institutionen als programmatische Entscheidung zu sehen ist. Es bedürfe personeller Ressourcen, um konsequent digitale Transformationsprozesse steuern und vorantreiben zu können. Der analoge und digitale Raum müsse künftig stärker miteinander verzahnt werden. Als Beispiel





/ Digitale Transformationsprozesse müssen in Institutionen gesteuert und vorangetrieben werden, betont Léontine Meijer-van Mensch.

/ Intensive Arbeit im LAB



nannte sie Roboter, die per Videoübertragung durch Museen und Ausstellungen führen können, ohne dass die Besucher\_innen anreisen müssen.

Für den Kulturberater Christian Henner-Fehr ist die Unterscheidung zwischen analogem und digitalem Raum irreführend. Beides seien soziale Räume, in denen Interaktion stattfinden kann, doch erforderten sie eine andere Gestaltung. Eine alleinige Abbildung des analogen Raums im digitalen Raum, wie es momentan in vielen Kultureinrichtungen üblich ist, bringe aus seiner Sicht nicht viel. Vielmehr sollten künftig sehr viel mehr interaktive Angebote entwickelt werden, bei denen die Besucher\_innen partizipieren können. Solche interaktiven Ansätze würden bisher meist als Pilotprojekte durchgeführt und vor allem die Bereiche Barrierefreiheit und Inklusion betreffen.

Christian Henner-Fehr schlug vor, in der Kunstvermittlung eine Differenzierung zwischen dem reproduktiven und dem transformativen Diskurs vorzunehmen: Beim reproduktiven Diskurs erklärten die Kultureinrichtungen den Menschen die Arbeit ihres Hauses, während sich beim transformativen Diskurs der analoge und digitale Raum im Wechselspiel miteinander entwickeln können.<sup>8</sup> Die Ausgestaltung dieses Wechselspiels sei Aufgabe der Kultureinrichtungen. Man müsse sich bewusst machen, dass das bloße Vorhandensein eines neuen technischen Kanals nicht automatisch mehr Interesse an Kultur und Kunst generiert, meinte Henner-Fehr. Deshalb sei es unabdingbar, dass die Kulturinstitutionen sich mit der Frage beschäftigen, welche Ziele mit digitalen Ver-

<sup>8</sup> Diese Unterscheidung der Diskurse geht auf die vier Formen der Kunstvermittlung nach Carmen Mörsch zurück, die zwischen affirmativem, reproduktivem, dekonstruktivem und transformativem Diskurs unterscheidet. Im affirmativen Diskurs werden die Aufgaben, Ziele und Inhalte der Kulturinstitutionen nach außen an eine Fachöffentlichkeit kommuniziert. Der reproduktive Diskurs zielt darauf, mit pädagogischen Ansätzen die Menschen an die Kunst heranzuführen und Zugang für eine breite Öffentlichkeit zu schaffen. Der reproduktive Diskurs konzentriert sich auf die kritische Hinterfragung der Kulturinstitutionen und der Kunst. Dem transformativen Diskurs liegt ein Verständnis von Kulturinstitutionen als veränderbare Institutionen zugrunde, die sich in die umgebende Welt öffnen und zu Plattformen für unterschiedliche Öffentlichkeiten werden. Hier sind Kulturvermittler\_innen konzeptionell arbeitende Projektentwickler\_innen und Organisator\_innen, die Angebote und Projekte werden in Zusammenarbeit mit dem Publikum bzw. gesellschaftlichen Akteuren entwickelt, gestaltet und durchgeführt. Vgl. Carmen Mörsch: Am Kreuzungspunkt von vier Diskursen: Die documenta 12 Vermittlung zwischen Affirmation, Reproduktion, Dekonstruktion und Transformation. In: Carmen Mörsch und Forschungsteam der documenta 12 Vermittlung (Hrsg.): Kunstvermittlung II. Zwischen kritischer Praxis und Dienstleistung auf der documenta 12. Ergebnisse eines Forschungsprojektes. Zürich/Berlin 2009.

mittlungsformaten überhaupt erreicht werden sollen: ob es beispielsweise um die Steigerung von Teilhabe, um die Erhöhung von Besucher\_innenzahlen oder um mehr Beteiligung der Bürger\_innen geht.

## Stärkung und Qualität von Bürger\_innenbeteiligung

Wie kann die Beteiligung von Bürger\_innen durch digitale Formate gestärkt werden? Nach Auffassung von Jörg Müller, Geschäftsführer Konzeptlabor für kommunale Pressesprecher von NeulandQuartier Leipzig, kann eine höhere Beteiligung nur dann erreicht werden, wenn die Menschen wissen, wie sie sich beteiligen können. Es müsse klar sein, welche verschiedenen Möglichkeiten der Beteiligung vorhanden sind.

Auch die Qualität der Beteiligung von Bürger\_innen in digitalen Formaten wurde angesprochen. Hier sollte man sich nicht allein von der Sorge leiten lassen, dass die Möglichkeit zur Beteiligung vor allem zu negativen Kommentaren (z.B. in sozialen Netzwerken) führt. Notwendig sei vielmehr ein Vertrauen in die Fähigkeit der Bürger\_innen, sachliche Diskussionen zu führen.

Jörg Müller verdeutlichte, dass der digitale Raum zunächst als Abbild des analogen Raumes zu begreifen ist: Die Diskussionen auf analogen Bürger\_innenversammlungen würden sich qualitativ nicht von digitalen Formaten unterscheiden. Letztlich werde im sozialen digitalen Raum sichtbar, was auch im analogen sozialen Raum schon vorhanden ist. Müller machte aber auch auf Unterschiede aufmerksam: Wenn die Menschen zum Beispiel bei Bürger\_innenversammlungen präsent sind, könnten sich Mehrheiten besser gegen die Meinungen von extremen Minderheiten zur Wehr setzen und die Diskussion demokratisch „zurückholen“. Bei digitalen Diskussionen bestehe die Gefahr, dass extreme Positionen die anderen Positionen dominieren und verdrängen.

## Erfolg digitaler Angebote

Ein weiteres Thema war, wie der Erfolg digitaler Angebote gemessen werden kann. Es stelle sich die Frage, ob die Legitimation von (Kultur-)Institutionen noch ausreichend von analogen Methoden wie Besucher\_innenzahlen abgeleitet werden kann und ob nicht neue Kennzahlen definiert werden müssten, um digitalen Räumen gerecht zu werden. Nach Ansicht von Meijer-van Mensch könnte zum Beispiel evaluiert werden, welchen transformativen Effekt die Angebote bei den Besucher\_innen auslösen. Dies sei aber nicht in kurzen Projektphasen von zwei Jahren zu erfassen, sondern es brauche langfristige Evaluationsmethoden.

## Potenziale und Gefahren

In der Diskussion wurde betont, dass der digitale Raum große Potenziale im Kulturbereich birgt, vor allem durch seine hohe Flexibilität und die Möglichkeit, ständig viele Menschen zu erreichen und eine größere Beteiligung zu ermöglichen. Die digitalen Möglichkeiten könnten auch dazu genutzt werden, um über neue Beteiligungsformen mehr Begeisterung für die Demokratie zu wecken. Wichtig sei jedoch, dass alle Menschen Zugang zu den digitalen Möglichkeiten erhalten und die Chance auf gleichberechtigte Teilhabe an kulturellen Angeboten haben.

Nach Ansicht von Jens Janssen, Referent „Digitalisierung“ der Abteilung Medien und Digitales der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, ist Digitalisierung eine große Chance, mit den Auswirkungen des demografischen Wandels umzugehen und den gesellschaftlichen Wandel zu gestalten. Dies betreffe insbesondere den ländlichen Raum: Im Zuge der digitalen Transformation solle nicht nur an Smart Cities gedacht werden, sondern auch an „digitale Dörfer“, um die Teilhabe an Kultur in ländlichen Regionen zu ermöglichen und zu stärken.

Mit der fortschreitenden Digitalisierung sind aber auch Ängste und Risiken verbunden. So wurde auf die Befürchtung vieler Kultureinrichtungen verwiesen, durch digitale Angebote überflüssig zu werden bzw. sich selbst abzuschaffen. Auch bestehe die Gefahr, dass ältere Menschen, die vor allem analoge Medien und Beteiligungsveranstaltungen nutzen, von Kulturangeboten ausgeschlossen werden. Herausforderungen bestünden aber auch bei Zielgruppen, die sich in den digitalen Welten selbstverständlich bewegen: So müsse für Digital Natives eine geeignete Ansprache gefunden werden, um sie in ihrer Lebenswelt abzuholen und für Kulturangebote zu interessieren.

Angesichts fortschreitender Digitalisierung sei es wichtig, weiterhin analoge Angebote in hoher Qualität anzubieten und der Gefahr einer Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen entgegenzuwirken. Die Kulturinstitutionen müssten digitale Kompetenzen aufbauen und sich stärker für die Ideen junger Menschen öffnen, die sich einbringen und etwas verändern wollten.

Meijer-van Mensch meinte, dass die Abstimmungs- und Kommunikationsprozesse in vielen Kulturinstitutionen nach wie vor durch Inflexibilität und mangelnde Agilität gekennzeichnet sind. Hier sei dringend ein Wandel nötig, der von der Basis ausgehen müsste: Das Change Management müsse „von unten nach oben“ stattfinden.

# LAB

## Kultur vor Ort: Regionen stärken und Empowerment ermöglichen

---

Diskutierende

**Katrin Budde**

MdB, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien

**Peter Grabowski**

der kulturpolitische reporter

**Dr. Norbert Sievers**

Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

**Mona Schlüter**

Oderbruch Museum Altranft – Werkstatt für ländliche Kultur

Moderation **Arne Lietz**

SPD-Europaabgeordneter und Leiter des Kulturforums  
der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalt



/ Arne Lietz moderierte das Gespräch mit Katrin Budde, Peter Grabowski, Norbert Sievers und Mona Schlüter.

## Kulturelle Infrastruktur in der Region

Das LAB widmete sich Fragestellungen regionaler Kulturpolitik. Deutlich wurde, dass sich in den Regionen durch vielfältige gesellschaftliche Transformationsprozesse zahlreiche Herausforderungen ergeben. Dr. Norbert Sievers, Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, verwies auf Unterschiede strukturschwacher Regionen in Ost und West, vor allem in Bezug auf die kulturelle Infrastruktur. Um die konkrete Problemlage vor Ort einschätzen zu können, bedürfe es zunächst einer Bestandsaufnahme und Strukturanalyse. Kleinere Orte und ländliche Regionen seien oftmals durch eine schlecht ausgebaute kulturelle Infrastruktur gekennzeichnet. Auf dem Land verändere sich aber auch die Sozialstruktur aufgrund des demografischen Wandels und Abwanderungsbewegungen, insbesondere von Frauen und Personen mit höherem Bildungsabschluss. Für die Kultur vor Ort sei besonders problematisch, dass mit dem Schließen kultureller Einrichtungen oft auch die engagierten Leitungspersonen die strukturschwachen Regionen verlassen, obwohl sie genau dort gebraucht werden.

## Aufrechterhaltung des Kulturangebots

Katrin Budde, MdB und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, war der Auffassung, dass das wesentliche Problem der regionalen Kulturpolitik weniger im Mangel an Kulturangeboten besteht, sondern vielmehr in der Überforderung der Kommunen in Bezug auf die Finanzierung und Instandhaltung kultureller Einrichtungen. Eine Fülle von Kulturangeboten stelle viele Kommunen vor Schwierigkeiten, weil die Orte bzw. Spielstätten instandgesetzt, erhalten und darüber hinaus auch kulturell bespielt werden müssten. Mona Schlüter vom Oderbruch Museum Altranft – Werkstatt für ländliche Kultur meinte, dass auch ihre Einrichtung von diesen kommunalen Herausforderungen betroffen ist: Das Museum habe im Zuge der institutionellen Transformation zahlreiche Aufgaben zu bewältigen, unter anderem Folgefinanzierungen zu sichern, eine Organisationsentwicklung umzusetzen und – insbesondere im Bildungsbereich – eine wirksame Ansprache junger Menschen zu erreichen.

## Heterogenität der Regionen

Aus Sicht des kulturpolitischen Reporters Peter Grabowski unterscheidet sich Nordrhein-Westfalen grundsätzlich von allen anderen Regionen in Deutschland, vor allem weil das Bundesland einen enormen Ballungsraum darstellt: Im Dreieck zwischen Dortmund, Duisburg und Bonn wohnen knapp zehn Millionen Menschen. Schon allein wegen dieser Bevölkerungsdichte sei dieses Bundesland viel urbaner als andere. Gleichzeitig wohnten in Nordrhein-Westfalen aber auch acht Millionen Menschen im ländlichen Raum. Das führe innerhalb des sehr großen Bundeslandes zu einer Spaltung, die noch dadurch verstärkt werde, dass sich der Kern des politischen und kulturellen Lebens in Düsseldorf und Köln bzw. an der Rheinschiene abspielt. Dadurch habe die Landespolitik weniger im Blick, vor welchen Herausforderungen das übrige, strukturell heterogene Land steht, meinte Grabowski. Hinzu komme die finanzielle Überlastung vieler Kommunen. Der tief greifende wirtschaftliche Strukturwandel im Westen der Republik und die gleichzeitig stetig wachsende Zahl von kommunalen Aufgaben führe zu stark wachsenden Sozialausgaben der Kommunen, aus deren Kassen in Nordrhein-Westfalen auch der Löwenanteil der Kulturförderung stammt. Eine Auswirkung davon sei, dass die kulturelle Infrastruktur, insbesondere in den ländlichen Regionen, in diesem Bundesland strukturell unterfinanziert ist.

Die Diskutierenden waren sich einig, dass die vorhandenen kulturellen Infrastrukturen und Problemwahrnehmungen in den Regionen sehr unterschiedlich sind und die kulturpolitischen Handlungsansätze deshalb an den spezifischen Kontext angepasst werden müssen. Die Wahl der Strategien für die jeweilige

Region sei darauf abzustimmen, welchem Strukturwandel sie ausgesetzt ist und wie sie die Herausforderungen zu bewältigen versucht.

Darüber hinaus spielen auch die Geschichte und aktuelle Situation der Kulturinstitutionen eine Rolle. Von besonderer Bedeutung seien in diesem Zusammenhang kulturelle Ankerpunkte. Nach Ansicht von Norbert Sievers haben die kulturellen Einrichtungen in strukturschwachen Regionen eine Schlüsselrolle, da sie für die Bevölkerung als Anlaufstelle dienen und weitere kulturelle Aufgaben übernehmen können. In Regionen, in denen diese Strukturen nicht mehr vorhanden sind, sei es umso wichtiger, engagierte Personen aus dem Kulturbereich in ihrer Rolle als regionale Kulturakteur\_innen zu fördern und die kulturpolitischen Instrumente auf die konkrete Situation vor Ort auszurichten. Nur wenn es nicht mehr möglich sei, Kulturförderung auf diese Weise zu organisieren, sollte zumindest eine projektbezogene Förderung gewährleistet werden.

## Kulturförderungsstrategien in ländlichen Regionen

In der Diskussion wurde kritisch angemerkt, dass bei öffentlichen Kulturförderstrategien derzeit urbane Diskurse dominieren. Dies würde zu einer problembehafteten Wahrnehmung von ländlichen Räumen als „Sorgenkind“ oder „Restgröße“ führen. Nach Grabowski wäre hier eine Selbstorganisation von Künstler\_innen und Kulturakteur\_innen von zentraler Bedeutung. Dadurch könnten sie nicht nur ihre Interessen besser vertreten, sondern würden auch von der Politik aufmerksamer wahrgenommen werden.

Projektbasierte Förderung für freie Kunstschaffende ist nach Grabowski zwar ein wichtiger Bestandteil der Förderpolitik im Kulturbereich, stellt aber zugleich ein strukturelles Problem dar, da die Einrichtungen und Akteur\_innen dadurch keine Weiterförderungsperspektive haben. Aus seiner Sicht sollten auf bundespolitischer Ebene langfristige Stärkungs- und Finanzierungsprogramme für den Kulturbereich aufgelegt werden, die sich nicht nur auf ein bestimmtes Projekt beschränken, sondern die gesamte regionale Situation berücksichtigen. Die Politikerin Katrin Budde merkte dazu an, dass die Bundesfinanzierung von Kultur nie eine Förderung auf Dauer ersetzen könne, sondern immer nur darauf ziele, Initiativen anzustoßen. Dabei sei es wichtig, auch kleinere Initiativen zu unterstützen, die ohne Bundesmittel nur geringe Chancen auf Förderung hätten. Auch sei eine Mindestlaufzeit der Förderung von drei bis fünf Jahren anzustreben. Buddes Verständnis von Regionalförderung basiert auf der Auffassung, dass die Regionen so kleinteilig und differenziert wie möglich unterstützt werden sollten. Es gelte, die Impulse aus den Regionen aufzunehmen, statt ihnen von außen ein kulturpolitisches Konzept aufzuzwingen.





/ Das LAB „Kultur vor Ort“ u.a. mit Katrin Budde, Peter Grabowski und Dr. Norbert Sievert. Arne Lietz moderierte. (v.r.n.l.)

/ Konzentrierte Stimmung bei den Teilnehmer\_innen des LABs.



## Good Practice

Norbert Sievers stellte Beispiele für eine gelungene regionale Kulturpolitik vor. In zwei Thüringer Modellregionen wurde im ersten Schritt eine Bedarfsanalyse für die jeweilige Region erstellt. Auf dieser Basis wurden dann gemeinsam mit dem Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft und den Akteur\_innen vor Ort zwei verschiedene Kulturentwicklungskonzeptionen erarbeitet, die eine gute kulturelle Entwicklung in der jeweiligen Region unterstützen sollen. Das von Norbert Sievers geleitete Institut für Kulturpolitik hat den gesamten Planungsprozess begleitet, der in der Studie „Transformation kooperativ gestalten“<sup>9</sup> festgehalten ist. Sievers betrachtet es als großen Erfolg, dass der Prozess beteiligungsintensiv gestaltet war und den Bürger\_innen damit Teilhabemöglichkeiten eröffnet wurden. Dadurch liege Kulturentwicklungsplanung nicht nur in der Verantwortung der Verwaltung, sondern beziehe die Bürger\_innen mit ein, die das Gemeinwesen mitgestalten können. Ein solches Vorgehen könne das gesellschaftliche Interesse und Engagement der Menschen erhöhen und wirke sich auf die Entwicklung der gesamten Region sehr positiv aus.

## Kultureller Wandel in den Regionen

Für Mona Schlüter ist es wesentlich, Kultureinrichtungen so zu stärken, dass sie eine aktive Rolle in den Regionen spielen können. Das Oderbruch Museum Altranft sei ein Werkstattort, zu dem auch die Bewohner\_innen des Oderbruchs eingeladen werden, um gemeinsam eine Selbstbeschreibung der Region zu entwickeln. Dadurch befinde sich die Region in einem Prozess der Neufindung, an dem die Bürger\_innen aktiv teilhaben. Ein wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit sei darüber hinaus die Landschaftliche Bildung für Kinder und Jugendliche. Dabei soll jungen Menschen gezeigt werden, wie sie lokale Ressourcen erfahren und nutzen können. Diese Angebote werden im Austausch mit verschiedenen Akteur\_innen der Region und mit einem großen Netzwerk an lokalen Partnern umgesetzt.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Freistaat Thüringen (Hrsg.): Transformation kooperativ gestalten. Kulturentwicklungsplanung in den Modellregionen Kyffhäuserkreis/Landkreis Nordhausen und Landkreis Hildburghausen/Landkreis Sonneberg. Erfurt: Selbstverlag 2015, <https://www.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1605.pdf> (20.8.2019).

<sup>10</sup> Oderbruch Museum Altranft, Lernen und Erleben, <https://oderbruchmuseum.de/lernen-und-erleben/bildung.html> (1.8.2019).

Das Regionalmuseum zielt in verschiedenen Bildungsprojekten darauf, Wissen über die Zusammenhänge von Landnutzung, Landschaftswandel und Heimatbeziehung zu vermitteln. Das Museum, das sich auch als Werkstatt für ländliche Kultur versteht, betrachtet Landschaften als Räume. Die darin lebenden Bewohner\_innen sollen die Möglichkeit haben, diese Räume mitzugestalten. Nach Ansicht von Mona Schlüter kann das Oderbruch Museum dadurch eine Brücke zwischen dem Historischen, dem Bestehenden und dem Zukünftigen bauen. Das Museum in Altranft stellt sich seit 2016 unter dem neuen Namen „Oderbruch Museum Altranft“ neu auf und öffnet sich dabei für die Auseinandersetzung mit aktuellen Fragestellungen der Region. Derzeit wird das Transformationsprojekt im Oderbruch von Mitteln des Programms „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“ unterstützt, einer Initiative der Kulturstiftung des Bundes, die sich an modellhafte Transformationsvorhaben in ländlichen Regionen richtet.<sup>11</sup>

In der Diskussion wurde kritisch angemerkt, dass die besondere Förderung der sogenannten Hochkultur häufig zu einer Benachteiligung anderer kultureller Leistungen führe. Damit sei die Gefahr einer Monokulturalisierung verbunden. Gefordert wurde, die bestehenden ehrenamtlichen Strukturen, Vereine und Organisationen vor Ort stärker als bisher zu würdigen. Sie seien wertvolle Partner und Netzwerke für die Kulturakteur\_innen und bei der kulturellen Entwicklung der Regionen sehr nützlich.

---

<sup>11</sup> TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel, URL: [https://www.trafo-programm.de/regionen/882\\_oderbruch](https://www.trafo-programm.de/regionen/882_oderbruch) (10.9.2019).



# LAB

## Weltkultur(en): Neue Perspektiven auf koloniales Erbe

---

### Diskutierende

#### **Pélagie Gbaguidi**

Künstlerin (Kunstwerk „The Missing Link“, Documenta14)

#### **Helge Lindh**

MdB, Mitglied der AG Kultur und Medien  
der SPD-Bundestagsfraktion

#### **Prof. Dr. Lars-Christian Koch**

Abteilungsleiter Ethnologisches Museum  
der Staatlichen Museen zu Berlin

#### **Konradin Kunze**

Schauspieler, Regisseur, Autor (Schädel X/ Flinn Works)

#### **Dr. Uwe Hartmann**

Leitung des Fachbereichs Provenienzforschung am  
Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste

### Moderation **Christian Freiesleben**

Referent der Arbeitsgruppe Kultur und Medien  
der SPD-Bundestagsfraktion



/ Helge Lindh, Pélagie Gbaguidi, Prof. Dr. Lars-Christian Koch, Konradin Kunze und Dr. Uwe Hartmann im Gespräch mit Moderator Christian Freiesleben (v.l.n.r.).

## Kollektive Erinnerungen und Traumata

Das LAB beschäftigte sich vor allem mit der Frage, wie in der Kunst mit kolonialer Geschichte umgegangen werden kann. Die im Senegal geborene Künstlerin Pélagie Gbaguidi setzt sich in ihrem künstlerischen Schaffen mit der Frage auseinander, welchen Einfluss bestimmte geschichtliche Ereignisse auf die Gegenwart im 21. Jahrhundert haben. Im Rahmen ihrer künstlerischen Werke thematisiert sie kollektive Erinnerungen und Traumata. Die Künstlerin nimmt eine „kollektive Amnesie“ wahr, die es erforderlich mache, Wissen über die Geschichte zu bewahren und neu zu reflektieren. Ein Ziel ihrer künstlerischen Arbeit ist es, Narrative aus gelebten Erfahrungen zu beschreiben und der Nachwelt zu übermitteln. Dies geschieht im Medium der Malerei, die ihrer Ansicht nach einen Raum zur Dekonstruktion von Geschichte mittels Kunst öffnet.

Ein wichtiges Thema ihrer künstlerischen Arbeit ist die Geschichte der Sklaverei und Kolonialisierung, die sie als Ausdruck eines Versagens der Menschheit und Menschlichkeit interpretiert. Dies zeigt sich aus ihrer Sicht besonders deutlich am „Code Noir“, einem Dekret des französischen Königs Ludwig XIV. von 1685, das den Umgang mit Sklaven und Sklavinnen durch Verhaltensregeln festlegte. Zum „Code Noir“ hat Gbaguidi 40 Malereien geschaffen, die den



/ Die Künstlerin Pélagie Gbaguidi erinnert daran, koloniales Erbe weltweit zu hinterfragen.

/ Der Umgang mit kolonialen Kulturgütern muss sensibel erfolgen, so das Fazit von Konradin Kunze (links) und Dr. Uwe Hartmann (Mitte).







/ Prof. Dr. Lars-Christian Koch (links) und Konradin Kunze.

/ Helge Lindh berichtet aus der politischen Praxis. Neben ihm Pélagie Gbaguidi.





individuellen und globalen Untergang der Menschlichkeit illustrieren sollen. Der Verhaltenskodex zeigt aus ihrer Sicht Verbindungen zu anderen historischen Ereignissen, wie zum Beispiel zum Umgang mit jüdischen Menschen in der NS-Zeit, zu Genoziden in Südafrika, zum Israel-Palästina-Konflikt oder zum Krieg in Syrien. All diese Ereignisse haben für Gbaguidi dieselben Wurzeln und führen sie immer wieder zur zentralen Frage, wie solche Tragödien identifiziert und verhindert werden können. Daran schließt sich die Frage an, wie solche Themen mit künstlerischen Mitteln bearbeitet werden können.

Im Hinblick auf Kulturgüter aus der Kolonialzeit hält es Pélagie Gbaguidi für wichtig, kritisch mit diesem Erbe umzugehen, das sich zu 95 Prozent außerhalb der Herkunftsstaaten befindet. Ein Problem sei, dass ein großer Teil der Menschheit keine Möglichkeit hat, an den Diskussionen über das koloniale Erbe teilzunehmen oder sogar vom Diskurs ausgeschlossen ist. Das koloniale Erbe müsse jedoch weltweit von den Menschen hinterfragt und diskutiert werden, nicht nur in Europa. Eine wichtige Aufgabe sieht die Künstlerin darin, die Geschichte gemeinsam zu schreiben. Es sei an der Zeit, das globale Wissen neu zu betrachten und dabei die Dominanz des Imperialismus im Diskurs aufzubrechen.

## Umgang mit kolonialen Kulturgütern

Dr. Uwe Hartmann, Leiter des Fachbereichs Provenienzforschung am Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste<sup>12</sup>, stellte fest, dass es im Umgang mit kolonialen Kulturgütern noch viele offene Fragen gibt, auch wenn teilweise auf Erfahrungen aus Forschungen zum NS-Raubgut zurückgegriffen werden kann. Nach Hartmann ist es wichtig, bei der Aufarbeitung der Kolonialgeschichte eine effektive Forschungsstruktur aufzubauen und Expert\_innen außerhalb von Europa einzubeziehen, insbesondere aus den Herkunftsländern der Objekte und Exponate.

Auch die Transparenz in Museen sei sehr wichtig. Jüdische Organisationen hätten zum Beispiel gefordert, dass jedes Objekt digitalisiert wird, damit jede Person, die nach ihren geraubten Besitztümern sucht, auch eine realistische Möglichkeit hat, diese zu finden. Eine digitale Erfassung sei auch deshalb sinnvoll, weil die überwiegende Anzahl der Objekte in Depoträumen lagert und sich nicht in ständigen Ausstellungen befindet. Bei den weiteren Forschungen muss es nach Hartmann darum gehen, bestehende Netzwerke auszubauen

<sup>12</sup> Das Deutsche Zentrum für Kulturgutverluste fördert seit 2019 Projekte der Provenienzforschung zu Kultur- und Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten sowie thematische Grundlagenforschung. Vgl. <https://www.kulturgutverluste.de/Webs/DE/Forschungsfoerderung/Projektfoerderung-Bereich-Kulturgut-aus-kolonialen-Kontext/Index.html> (10.9.2019).

und die Erwartung der jüdischen Organisationen ernstzunehmen, nicht über, sondern mit den Menschen oder Nachfahren zu sprechen. Die verschiedenen Interessenlagen der Beteiligten sollten wahrgenommen, diskutiert und schließlich in ein gemeinsames Forschungsinteresse integriert werden. Diese Aufgabe sei beim Thema koloniale Kulturgüter noch erheblich komplexer als beim Thema NS-Raubkunst.

## Künstlerische Reflexion

Im Rahmen der Tagung wurde ein Dokumentarfilm von Flinn Works zum Theaterstück „Maji Maji Flava“ gezeigt – ein deutsch-tansanisches Kunstprojekt, in dem der Maji Maji-Aufstand (1905-07) gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Ostafrika künstlerisch aufgearbeitet wird.<sup>13</sup> Auch in der Lecture Performance „Schädel X“, einer Flinn Works Produktion in Koproduktion mit den Sophien-sälen Berlin, wird ein wichtiger Teil der deutsch-tansanischen Kolonialgeschichte künstlerisch reflektiert.<sup>14</sup> Der Schauspieler Konradin Kunze, der nicht nur das Konzept entwickelt hat, sondern das Stück auch aufführt, berichtete davon, wie in der Performance Fakten und Fiktion eine Verbindung eingehen. Im Zentrum der Geschichte steht ein Schädel aus der ehemaligen afrikanischen Kolonie, um den die Biografien einer Person in Deutschland und einer Person in Tansania kreisen. Der historische Hintergrund des Stücks ist, dass in deutschen Institutionen zahlreiche Schädel Sammlungen aus ehemaligen Kolonien lagern, die als Trophäen nach Deutschland kamen. Hundert Jahre später werden immer mehr Stimmen laut, diese menschlichen Überreste würdevoll zu behandeln und die Schädel an die Nachfahren zurückzugeben.

Kunze berichtete, dass viele Menschen in Tansania sehr daran interessiert sind, die Schädel wiederzubekommen. Häufig sei es jedoch sehr schwierig, in Deutschland die notwendigen Informationen zu erhalten oder die Schädel einem Individuum zuzuordnen. Wichtig ist aus seiner Sicht, für jeden individuellen Fall einen adäquaten Umgang zu finden. Kunze kann sehr gut verstehen, dass Angehörige ein Interesse daran haben, die Schädel ihrer Vorfahren zurückzuerhalten, da diese keine bloßen Objekte seien, sondern „Teile von gewesenen Menschen.“

<sup>13</sup> Vgl. <https://flinnworks.de/de/projekt/maji-maji-flava> (10.9.2019).

<sup>14</sup> Vgl. <https://flinnworks.de/de/projekt/sch%C3%A4del-x> (10.9.2019).

## Wissenschaftliche Aufarbeitung

Prof. Dr. Lars-Christian Koch, Abteilungsleiter im Ethnologischen Museum der Staatlichen Museen zu Berlin, betonte die Bedeutung der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Kolonialgeschichte wie dem Maji Maji-Krieg. Hier bestünde bereits ein intensiver Kontakt von deutschen Forscher\_innen zu Forscher\_innen in Tansania. Nach Auffassung der Wissenschaftler\_innen aus Tansania sei es im Rahmen von Ausstellungen wichtig, das Kriegseignis in den gesamten historischen Kontext der Geschichte Tansanias und der Beziehungen zwischen Tansania und Deutschland einzuordnen. Es müsse deutlich werden, dass es eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Zukunft gibt. Koch wies darauf hin, dass bei den Objekten und Kulturgütern allerdings berücksichtigt werden muss, dass in den beiden Ländern verschiedene Werte auf materieller, ideeller und emotionaler Ebene bestehen. Ebenso seien Unterschiede in rechtlichen Fragen im Hinblick auf Urheberchaft, Eigentum und Besitz zu beachten. Insgesamt sei der Sachverhalt sehr komplex und bei der Aufarbeitung mit großen Herausforderungen verbunden. Gegenwärtig sei man dabei, Altakten zu digitalisieren, um damit mehr Transparenz und eine bessere Zugänglichkeit zu erreichen.

## Rolle von Politik und Gesellschaft

Helge Lindh, MdB und Mitglied der AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion, wies darauf hin, dass es in der großen Koalition unterschiedliche Wahrnehmungen zum Thema Kolonialgeschichte gibt. Dies betreffe insbesondere die Aussagen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der in allen Bereichen europäisches Handeln anmahnte. Bei unterschiedlichen kolonialen Geschichten und Umgangsformen sei eine gemeinsame Aufarbeitung in europäischer Perspektive jedoch eine komplexe Aufgabe, meinte Lindh. Man laufe Gefahr, eurozentristische oder deutsch-französische Sichtweisen in den Vordergrund zu stellen. Stattdessen müsse genau ergründet werden, welche Objekte und Kulturgüter sich europäische Länder kolonial angeeignet haben.

Im Rahmen von Provenienzforschung ist nach Lindh der Prozess der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichtlichkeit besonders wichtig. Es handle sich dabei um einen eminent politischen Prozess, bei dem Selbstreflexivität eine zentrale Rolle spielt. Diese Auseinandersetzung sei dringend notwendig, auch wenn verschiedene Widerstände in der deutschen Gesellschaft und Regierung zu erwarten seien. Die deutsche Gesellschaft müsse diesen Diskurs noch führen, doch sei das Bewusstsein für diese Notwendigkeit bisher nicht vorhanden. Die Bundesregierung habe auch noch nicht erkannt, dass es einer umfassenden wissenschaftlichen Aufarbeitung des Themas bedarf. Entscheidend ist nach Lindh, dass der Prozess des Ausstellens und Sammelns von kolonialen Kulturgütern von einer Beobachtung zweiter Ordnung begleitet wird.

Im Kern gehe es darum, die Umstände und Geschichte hinter den Objekten transparent zu machen. Darin liege der politische Auftrag.

## Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart

Pélagie Gbaguidi machte darauf aufmerksam, dass das Kolonialerbe ein „illegales Erbe“ ist, das auf einem „Genozid der Kultur“ in einem anderen Teil der Welt basiert. In den Herkunftsländern hätten die geraubten und fehlenden kulturellen Ressourcen zu Traumatisierungen geführt. Die Menschen dort hätten ein großes Bedürfnis, die komplexe Thematik zu reflektieren und sich mit Vertreter\_innen der ehemaligen Kolonialmächte darüber auszutauschen. Dabei gehe es auch darum, die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart transparent zu machen: Der Fokus auf dem „Humankapital“ und der „Ausbeutung von Körpern“ im gegenwärtigen Kapitalismus sollte mit einem Blick in die Geschichte verknüpft werden. Damit sind nach Gbaguidi wichtige Fragen verbunden, zum Beispiel: „Sind wir noch Subjekt oder schon Objekt?“ oder „Was bedeutet Kolonialerbe in der Gegenwart?“ Diese Reflexions- und Austauschprozesse seien eine „lange Reise“, wobei Künstler\_innen Initiator\_innen solcher Prozesse sein könnten. Auch sei es wichtig, den Erzählungen von Betroffenen zuzuhören, sie als Gedankenanstöße zu verwenden und weiterzuentwickeln. Diese Erkenntnis versuche sie auch ihren Studierenden zu vermitteln.

---

# LAB

## Kreativwirtschaft: Globale Vernetzung und lokale Anker

---

Diskutierende

**Christoph Backes**

Geschäftsführer des u-instituts und Projektleiter des  
Kompetenzzentrums Kultur und Kreativwirtschaft des Bundes

**Ela Kagel**

Gründerin SUPERMARKT BERLIN

**Prof. Karsten Henze,**

Vorstand Internationales Design Zentrum Berlin e.V. (IDZ)

**Tim Renner**

ehemaliger Berliner Kulturstaatssekretär für Kultur, Musikmanager

**Cigdem Uzunoglu**

Geschäftsführerin der Stiftung Digitale Spielekultur

Moderation **Thomas Friebel**

Kommunikations- und Politikwissenschaftler



/ Tim Renner, Cigdem Uzunoglu, Prof. Karsten Henze, Christoph Backes, Thomas Friebe und Ela Kagel, Moderation: Thomas Friebe (v.l.n.r.).

## Rolle der Kreativwirtschaft im Kulturbereich

Im Mittelpunkt des LABs stand die Frage, welche Bedeutung die Kreativwirtschaft im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung und den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt hat und welche Förderung in diesem Bereich gebraucht wird.

Ela Kagel ist Mitgründerin des Projekts „SUPERMARKT BERLIN“, einem unabhängigen Kulturort in Berlin-Kreuzberg, in dem Projekte, Workshops und Konferenzen rund um Digitale Kultur und alternative Ökonomien organisiert werden. In der MONEY TALKS-Serie werden zum Beispiel alternative Geldsysteme, Finanzutopien und Community-Währungen präsentiert. Kagel berichtete, im Gespräch mit Kulturpolitiker\_innen zu sein, doch sei es schwer, finanzielle Unterstützung für die Projektarbeit zu erhalten. Das Projekt könne als eine Art Hybrid aus den Bereichen Kultur und Wirtschaft betrachtet werden: zum einen, weil im SUPERMARKT BERLIN kulturelle Veranstaltungen organisiert werden, zum anderen, weil es sich dabei auch um ein Unternehmen handelt, das bisher nur von Wirtschaftsunternehmen gefördert wurde.

## Reformbedarf in der Förderung der Kreativwirtschaft

Nach Ansicht von Kagel wäre es wichtig, dass mehr „freie Orte“ wie der SUPERMARKT BERLIN öffentliche Kulturförderung erhalten. Die Bedingungen für die kulturpolitische Förderung von Projekten der Kreativwirtschaft müssten dringend reformiert werden. Christoph Backes, Projektleiter des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes, ist als Geschäftsführer des u-instituts<sup>15</sup> mit seinem Team an einer Schnittstelle zwischen Politik, Gesellschaft und Kreativen verortet. Auch er ist der Ansicht, dass es in der kulturpolitischen Förderung der Kreativwirtschaft einen Reformstau gibt, der zum Beispiel in einer langsamen Verwaltung, wenig sprechfähigen Politiker\_innen und Inkompetenz an vielen Stellen seinen Ausdruck findet. Die Kreativwirtschaft sei zudem schlecht organisiert, habe keine wirkungsmächtige Lobby und könne sich auch nicht auf eine gute Verbandsstruktur stützen. Backes forderte einen neuen „Kreativpakt“ zwischen Kreativen und Politiker\_innen, der die besondere Bedeutung der Kreativwirtschaft für die Gesellschaft widerspiegeln und Strukturen zu ihrer Stärkung vorantreiben sollte. Mit den traditionellen Instrumenten könne dieses Ziel aber nicht erreicht werden. Nach Ansicht von Backes besteht in der Verwaltung großer Innovationsbedarf. Hier sollte künftig mehr auf Deregulierung und Kreativität gesetzt werden.

## Potenziale der Kreativwirtschaft für die Gesellschaft

Welchen Mehrwert könnte die Kreativwirtschaft für die Gesellschaft entwickeln, wenn sie angemessen unterstützt wird? Prof. Karsten Henze, Vorstand des Internationalen Design Zentrums Berlin e.V. (IDZ), hob den sozialen Auftrag der Kreativwirtschaft hervor und reflektierte ihre internationale und nationale Wahrnehmung am Beispiel des Bereichs Design. Auch das Internationale Design Zentrum und die dortige Arbeit seien eine Art Hybrid: Das IDZ agiere als Kommunikator an der Schnittstelle zwischen verschiedenen Industrien und der Politik. Henze merkte kritisch an, dass die Vertreter\_innen der Politik den Wert und den Mehrwert von Design für die Gesellschaft immer noch nicht erkannt hätten und erläuterte, wie sich der Begriff des Designs in den zurückliegenden Dekaden verändert hat: Design sei heute nicht mehr nur darauf ausgerichtet, dass etwas „gut aussieht“, sondern es spiegele eine Denkhaltung wider, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Entsprechend stünden

<sup>15</sup> Das u-institut für unternehmerisches Denken und Handeln an der Hochschule Bremen ist im Rahmen der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung als Kompetenzzentrum entstanden. Es versteht sich als Denkfabrik, Planungsbüro und Denkschmiede. Vgl. <https://u-institut.de/> (20.9.2019).

auch zunehmend die Endverbraucher\_innen und ihre Bedürfnisse im Fokus. Nach Ansicht von Henze wäre es notwendig, die veränderte Rolle und die gesellschaftlichen Funktionen des Designs wahrzunehmen und die Kulturpolitik darauf auszurichten. Nur dann wäre es möglich, die alten Strukturen in diesem Teil der Kreativwirtschaft aufzubrechen. Entsprechend forderte Henze eine ressortübergreifende Neugestaltung der Verwaltung, die dem Querschnitts- bzw. hybriden Charakter von Kreativwirtschaft gerecht werden kann.

Auch in der Spielebranche hat ein Wandel stattgefunden, der mit der Entwicklung in der Designbranche vergleichbar ist. Darauf verwies Cigdem Uzunoglu, Geschäftsführerin der Stiftung Digitale Spielekultur. Sie erläuterte die veränderten Funktionen und die neue Rolle der Spielebranche, die heute einen gesellschaftlichen, ökonomischen, innovativen und technologischen Mehrwert habe. Spiele seien ein wichtiges Kulturgut und beförderten die Kompetenzen und Kreativität der Menschen.

Uzunoglu machte deutlich, dass Spiele in vielen Branchen zu einem unverzichtbaren Bestandteil von Innovation geworden sind, etwa im Gesundheitsbereich bei der Arbeit mit Alzheimerpatient\_innen oder in der Schule bei der Vermittlung von Wissen und Sprache. In der Spieleentwicklung tätige Firmen seien in der Regel international aufgestellt und spiegelten kulturelle Vielfalt wider. Ungeachtet dessen sei die Bereitschaft zur öffentlichen Förderung der Spielebranche in Deutschland oft geringer ausgeprägt als beispielsweise in Frankreich, Schweden oder in den baltischen Staaten.

## Gesellschaftliche Veränderungsprozesse

Tim Renner machte darauf aufmerksam, dass mit dem seit 2011 bestehenden „Kreativpakt“ zwischen Künstler\_innen, Kreativen und SPD-Politiker\_innen ein guter erster Schritt gemacht worden sei, um bessere Rahmenbedingungen für die Kunst- und Kreativwirtschaft zu schaffen.<sup>16</sup> Allerdings sei der gemeinsame Weg nicht konsequent fortgesetzt worden. In den letzten Jahren habe sich die technologische Entwicklung stetig beschleunigt und inzwischen tief greifende Auswirkungen auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Im Zuge dieses Prozesses verändere sich auch der Arbeitsmarkt gravierend, was mit neuen Fragen verbunden sei. Vor diesem Hintergrund müssten auch die Begriffe Arbeit und Beschäftigung neu definiert werden, meinte Renner. Viele zukunftsfähige Jobs seien in der Kreativwirtschaft und im sozialen Bereich zu finden. Doch seien gerade diese Bereiche derzeit noch von einer alarmierenden Unterbezahlung der Beschäftigten gekennzeichnet. Nicht zuletzt müssten

<sup>16</sup> Vgl. <https://www.spdfraktion.de/themen/kreativpakt-wird-revitalisiert>





/ Diskussion mit den Teilnehmer\_innen: Prof. Karsten Henze und Christoph Backes.

sich die umwälzenden gesellschaftlichen Veränderungen auch im Bildungssystem widerspiegeln, indem die Menschen neue Kompetenzen erlernen und für das digitale Zeitalter ausgebildet werden. Dies umfasse nicht nur Fähigkeiten im Umgang mit dem Computer, sondern auch persönliche und soziale Kompetenzen. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg wäre nach Renner, die institutionalisierte Förderung zu erhöhen und zugleich zu verbessern, indem sie auf die neuen Erfordernisse ausgerichtet wird.

Cigdem Uzunoglu betonte die Vorbildfunktion der genannten Hybride: In Zukunft würde die Intersektionalität zwischen Kultur, Kunst, Wirtschaft und Sozialem immer mehr an Bedeutung gewinnen. Das Denken müsse sich „weg vom Nebeneinander“ hin zu einem „Miteinander“ entwickeln. Allerdings würden diese wichtigen Hybride oft durch die Raster der Verwaltung fallen und dadurch keine Förderung erhalten. Deshalb bedürfe es hier dringend struktureller Reformen. Kagel ergänzte, dass es auch in den Ministerien an Wertschätzung dieser kulturellen Hybride fehle.

Ein Diskussionsteilnehmer bestätigte aus eigener Erfahrung die Probleme politischer Anerkennung und Unterstützung von Kreativen der „Off-Kultur“ und Hybridformen der Kunst. Backes meinte, dass er oft den Eindruck habe, dass die Politiker\_innen die tatsächliche Lage der Kreativwirtschaft noch nicht verstanden haben. Renner betonte dagegen die positiven Ansätze: Aus seiner Erfahrung seien die Gespräche zwischen Kulturwirtschaft und Politik oft fruchtbar verlaufen. In Berlin gebe es schon seit Anfang der 2000er Jahre viele positive Beispiele für eine gelungene Zusammenarbeit zwischen Kreativen und Politiker\_innen, was auch entscheidend zur Attraktivität der Stadt beigetragen habe. In den zurückliegenden Koalitionsverhandlungen habe er eine Art „Zukunftsministerium“ vorgeschlagen, das sich genau mit diesen Themen beschäftigen und das Thema Digitalisierung einbeziehen sollte. Bei der Frage der digitalen Transformation seien die deutsche Gesellschaft und Politik noch ziemlich zurückhaltend, meinte Uzunoglu. Sie setze ihre Hoffnung in Menschen, die Innovationen voranbringen, sei es mit unabhängigen Kulturprojekten, in der Spieleentwicklung oder als mutige Unternehmer\_innen. Henze ergänzte, dass das vorgeschlagene „Zukunftsministerium“ unbedingt interdisziplinär ausgerichtet sein sollte, um einen Querschnitt aus allen Ressorts zu repräsentieren.

## Aufgaben der Politik

Christoph Backes verwies auf die zahlreichen Studien über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Kulturwirtschaft. Somit würden die erforderlichen Daten vorliegen und die politischen Entscheider\_innen müssten nun ihrer Verantwortung nachkommen. Auch Tim Renner sieht die Politik in der Verantwortung, Antworten auf die wichtigen Fragen im Bereich der Kulturwirtschaft zu finden und die notwendigen Bildungs- und Arbeitsmarktreformen durchzuführen. Er stelle sich eine gesellschaftliche Utopie vor, die von Künstler\_innen und Politiker\_innen gemeinsam in einem kreativen Prozess erschaffen wird.

Cigdem Uzunoglu meinte, dass es bereits viele gelungene interdisziplinäre Projekte gibt, die von der Politik nun gefördert werden müssten. Karsten Henze wünschte sich, dass bereits vorhandene Ansätze von Interdisziplinarität, Selbstorganisation und Eigeninitiative an deutschen Hochschulen und Schulen befördert werden. Es sollte oberstes Ziel sein, neue Strukturen und Instrumente zu schaffen, mit denen die Kreativbranche wirksam unterstützt werden kann und Menschen gezielt in zukunftsfähige Jobs im Kulturbereich gebracht werden können.

Ela Kagel betonte, dass die Frage, wie wir miteinander leben wollen, für die Zukunft elementar sei und somit an erster Stelle stehen müsse. Die neuen Technologien würden erst an zweiter Stelle folgen und mögliche Antworten bereithalten, wie sie zur Verwirklichung dieser Gesellschaft beitragen können.

---





/ Kurze Pause zwischen den LABs. Auch das Wetter spielte mit.

/ Blind-Date! Eine Nummer entscheidet, wer an welchem Tisch sitzt.  
Viele interessante Begegnungen entwickelten sich daraus.





/ Ein Diskussionsbeitrag von Monika Griefahn, Fachpolitikerin für Kultur und Medien.

/ Arne Lietz (rechts) im Gespräch mit Professor Gert Weisskirchen, ehem. MdB.







/ Barbara Hendriks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit a.D.  
im Gespräch mit Dr. Roland Schmidt. Neben ihnen die Bundestagsabgeordneten  
Marianne Schieder und Martin Rabanus.

/ Die Zwischentöne gestalteten am 1. Tag Charles Frechette (Gitarre) und Roland Satterwhite (Violine).





/ Eindruck aus dem LAB „Institutionen im Wandel“.

/ Kino der ZwischenRäume mit Filmen von Juliane Ebner und Julia Gechter.







/ Vorstellung der Stiftung Digitale Spielekultur in den Zwischenräumen

/ Reger Austausch zwischen den Referent\_innen und den Teilnehmer\_innen auch in den Pausen.





/ Katharina Uppenbrink, Initiative Urheberrecht, mit Nina George, Schriftstellerin.

/ ZwischenTöne gab es von Tal Ardit (Gitarre), Roland Satterwhite (Violine) und George Donchev (Kontrabass).





/ Hanka Kliese, MdL und Vorsitzende des Kulturforum der Sozialdemokratie Sachsen e.V.  
mit Kulturexperte Egmont Elschner im Gespräch.

/ Einen Einblick über den Ablauf und zum Rahmenprogramm  
der Tagung gaben Franziska Richter und Nele Lämmer.







/ Für einen reibungslosen Ablauf der Tagung sorgte das Organisations-Team.

/ Die Pausen boten Raum zur Stärkung und Vernetzung.





**II.**

## **Neue Wirklichkeiten und Aktionsräume**

# LAB

## Neue Wirklichkeit Europa: Kultur verbindet? Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

---

### Diskutierende

#### **Klaus Dörr**

Künstlerischer Direktor Schauspiel Stuttgart

#### **Filip Florian**

Autor, rumänischer Autor, Berliner Künstlerprogramm des DAAD

#### **Prof. Dr. Verena Metze-Mangold**

Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission

#### **Martin Pairet**

Network Manager European Alternatives

#### **Dr. Babette Winter**

Staatssekretärin für Kultur und Europa in der Thüringer Staatskanzlei

### Moderation **Alexandra Gruber**

Kulturmanagerin und wissenschaftliche Referentin



/ Die Moderatorin Alexandra Gruber im Gespräch mit Filip Florian (direkt neben ihm die Dolmetscherin), Prof. Dr. Verena Metzke-Mangold, Martin Pairet, Dr. Babette Winter und Klaus Dörr (v.l.n.r.).

## Europäisches Projekt und kultureller Kitt

Die Melodie der offiziellen Hymne der Europäischen Union stammt aus der Neunten Symphonie, die Ludwig van Beethoven 1823 als Vertonung der von Friedrich Schiller verfassten „Ode an die Freude“ komponiert hat. In der universellen Sprache der Musik soll die Hymne die europäischen Werte Freiheit, Friede und Solidarität zum Ausdruck bringen.<sup>17</sup> In der zweiten Strophe heißt es „Seid umschlungen, Millionen!“ Doch was genau ist das bindende Element, der „kulturelle Kitt“, der die knapp 500 Millionen Einwohner\_innen der Europäischen Union zusammenhält? „You cannot fall in love with the single market – Europe needs a soul“, hatte einst der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament gesagt. Damit hatte er ein Thema angesprochen, das auch heute noch viele Europäer\_innen beschäftigt: Kann die Union mehr sein als nur die kühle Wirtschafts- und Währungsunion, die die Herzen der Menschen nicht erreicht? Kann sie vielleicht sogar Emotionen wecken, um die Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität zu unterstützen?

<sup>17</sup> [https://europa.eu/european-union/about-eu/symbols/anthem\\_de](https://europa.eu/european-union/about-eu/symbols/anthem_de)





/ Prof. Dr. Verena Metze-Mangold, Martin Pairet, Dr. Babette Winter und Klaus Dörr (v.l.n.r.)

/ Kulturfestivals als Ideenschmiede für europäische Politik –  
für Klaus Dörr ein vielversprechendes Format. Neben ihm Dr. Babette Winter.



## Positive Entwicklungen und Bedrohungen

In der Diskussion wurde deutlich gemacht, dass es in der aktuellen Situation positive Entwicklungen und Hoffnungen auf eine Stärkung der EU gibt, aber auch Bedrohungen des europäischen Projekts wahrzunehmen sind. Optimistisch stimmen zum Beispiel die jüngsten Erhebungen des Eurobarometers<sup>18</sup>. Demnach zeigt sich besonders bei jungen Europäer\_innen eine wachsende Zustimmung zur Europäischen Union, die in neuen politischen Aktionsformen ihren Ausdruck findet. Dazu gehört zum Beispiel die Initiative „Pulse of Europe“, bei der ein verbindliches Bekenntnis zur europäischen Einheit auf die Straßen Europas getragen wird. Doch ist auch eine Art „Rollback“ zu erleben, das in populistischen, nationalistischen und zum Teil anti-europäischen Bewegungen und Parteien seinen Ausdruck findet.

Doch nicht nur auf politischer Ebene scheint es diese Polarisierung zu geben: Nach Ansicht des rumänischen Autors Filip Florian zeigt sich auch in der Kulturbbranche eine Kluft zwischen einer neugierigen, weltoffenen Strömung und einer bewahrenden, an alten Traditionen festhaltenden Gruppe Kulturschaffender. In Rumänien habe dieser Überzeugungskampf ein solches Ausmaß angenommen, dass sich die Lager feindselig gegenüberstehen. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Identitätsfrage die Menschen in Europa auf vielen Ebenen bewegt und ihre politische, kulturelle und alltägliche Lebenswirklichkeit prägt.

## Politische Dimension der Kultur

Martin Pairet, Network Manager der Non-Profit-Organisation European Alternatives, setzt sich mit seinen Mitstreiter\_innen dafür ein, Europa nicht nur als einen Verbund von Nationalstaaten zu sehen. Für ihn und seine Organisation wird Europa dort lebendig, wo sich Menschen auf kommunaler Ebene zusammenschließen, über neue Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten von Bürger\_innen in der europäischen Politik nachdenken und diese Ideen umsetzen.

<sup>18</sup> <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm>  
(15.9.2019).



/ Filip Florian (daneben die Dolmetscherin), Prof. Dr. Verena Metze-Mangold und Martin Pairat (v.l.n.r.)

/ Wenn Europa zusammensteht, kann es vieles durchsetzen und schaffen, betont Prof. Dr. Verena Metze-Mangold.





/ Die Teilnehmer\_innen diskutieren angeregt mit. Im Bild Prof. Weißkirchen.

/ Der Autor Filip Florian beschreibt die Situation in Rumänien.



Dies könne auf vielfältige Weise geschehen, zum Beispiel in Form von selbstorganisierten Festivals oder regionalen Arbeitsgruppen. Auch die NGO European Alternatives hat sich aus dem Impuls eines Kunst- und Politikfestivals heraus konstituiert. Solche agilen Aktionsformate ermöglichen nach Martin Pairet, neue Visionen für Europa zu entwerfen, die nicht nur die intellektuelle, sondern auch die emotionale Ebene miteinbeziehen. Er berichtete, dass sich solche Ansätze in jüngster Zeit wachsender Beliebtheit erfreuen. Immer öfter würden Kulturinstitutionen auch dazu aufgefordert, Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu reflektieren und in den Mittelpunkt ihrer künstlerischen Auseinandersetzung zu rücken. So verwundere es auch nicht, dass die Verbindung von Kunst und Politik im Zentrum des internationalen Theaterfestivals „The Future of Europe“ stand, das im Juni 2018 in Stuttgart unter der Leitung von Klaus Dörr, dem Künstlerischen Direktor des Schauspiels Stuttgart, stattgefunden hat. In Rahmen dieses Festivals widmeten sich Künstler\_innen aus neun europäischen Ländern in einem offenen Prozess der Frage, wie die Menschen in Europa zukünftig zusammenleben wollen. Kulturfestivals als Ideenschmiede für europäische Politik sind für Klaus Dörr ein vielversprechendes Format, da auf diese Weise ergebnisoffene Räume geschaffen werden, die keiner getakteten Agenda folgen. Alle Beteiligten könnten völlig frei experimentieren. Durch die Verschmelzung kreativer Einflüsse und verschiedener Hintergründe könnten neue Pfade und Potenziale entdeckt werden.

In der Diskussion wurde darauf aufmerksam gemacht, dass auch in der Vernetzung junger Europäer\_innen noch ungenutzte Potenziale liegen. Bisher seien Jugendwerke überwiegend bilateral ausgerichtet, wie zum Beispiel das deutsch-französische oder das deutsch-polnische Jugendwerk. Künftig sollten auch europäische Jugendwerke gefördert werden, um die Begeisterung für die Idee Europa möglichst früh unter den jungen Menschen zu wecken und ein Gefühl der Gemeinschaft heranreifen zu lassen. Vor allem ein Förderprogramm für das Erlernen zusätzlicher europäischer (Fremd-)Sprachen könnte ein passendes Bindeglied für den interkulturellen Austausch sein.

## Narrative für Europa

Die Diskutierenden waren der Ansicht, dass identitätsstiftende Narrative für Europa nicht völlig neu erfunden werden müssen. Das habe auch das Europäische Kulturerbejahr 2018 gezeigt. Das Gemeinschaftliche und Verbindende europäischer Kultur könne auch im Bestehenden gefunden werden, wenn es wertgeschätzt und intergenerationell weitergetragen und verbreitet wird. Insbesondere viele historische Bauten würden heute noch Spuren tragen, die den Einfluss europäischer Kulturen auf regionales Erbe erkennen lassen. In diesem Zusammenwirken von diversen europäischen Einflüssen liege auch das Potenzial, Europa für die Menschen im Alltag erfahrbar zu machen und die historisch gewachsene Schicksals- und Wertegemeinschaft wieder in Erinnerung zu rufen.

Für Staatssekretärin Dr. Babette Winter ist es daher ein wichtiges Anliegen, den diversen und verbindenden Geist des europäischen Kulturerbes zu betonen und aufzuzeigen, dass eine gemeinsame europäische Kultur die regionalen und nationalen Identitäten keinesfalls verdrängen muss, sondern diese ergänzen und bereichern kann. Eine zentrale Rolle spielten die kulturellen Erbestätten, die mit den Herzen der Menschen verbunden seien. Winter betonte, dass man angesichts aktueller politischer Tendenzen nicht zulassen dürfe, dass Nationalist\_innen das Kulturerbe für ihre populistischen Interessen instrumentalisieren.

## Herausforderungen für die Kulturförderung

In der Diskussion wurde die emotionale Bindungskraft von kulturellen Erbestätten zwar anerkannt, aber zugleich darauf verwiesen, dass zur Erhaltung oft aufwändige Renovierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig sind, die hohe Kosten verursachen. Die ohnehin knappen Mittel für europäische Kulturpolitik könnten dann an anderer, dringend benötigter Stelle fehlen. Vor allem Künstler\_innenförderprogramme in Form von Stipendien und Auslandsaufenthalten seien für den kreativen Schaffensprozess essenziell, betonte Filip Florian, und sollten deshalb weiter ausgebaut werden. Zudem sollten Fördergelder weniger in Projekte fließen, die einen gewissen Kommerz versprechen, und stattdessen verstärkt der freien Kulturszene zugutekommen.



Wesentliche Barrieren für die Zugänglichkeit von Fördergeldern sieht Klaus Dörr in den oftmals starren inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen, die die Antragsstellenden erfüllen müssen. Diese Hürden müssten beseitigt werden, um die Förderung für einen möglichst großen Kreis Kulturschaffender zu erschließen, eine Vielfältigkeit der Kulturförderung sicherzustellen, eine höhere Teilhabe an Kulturangeboten zu erreichen und mit der Digitalisierung Schritt zu halten. Es sollten Strukturen und Plattformen bereitgestellt werden, die den kulturellen Austausch und den Zugang zu künstlerischen Werken erleichtern. So wäre es auch möglich, dem neuen Rezeptionsverhalten des Publikums gerecht zu werden und mehr Kulturbegleiter zu erreichen. Als vielversprechender Ansatz wurde das bis 2020 datierte Förderprogramm „Creative Europe“ betrachtet, das unter anderem auf eine bessere Vernetzung von Kulturschaffenden zielt.

## Gestaltungsrolle der Politik

Nach Ansicht von Prof. Dr. Verena Metze-Mangold, Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, braucht es nicht nur auf kultureller, sondern auch auf politischer Ebene die vereinten Kräfte der europäischen Gemeinschaft. Auch wenn die Europäische Union gegenwärtig zerstritten und handlungsunfähig erscheinen mag, dürfe das nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Gemeinschaft beachtliche Erfolge erzielt worden sind. Wie die kürzlich verabschiedete Europäische Datenschutzrichtlinie beweise, könne Europa, wenn es zusammensteht, seine Interessen auch gegen Weltkonzerne wie Facebook durchsetzen. Aus Erfolgen wie diesen sollte nach Verena Metze-Mangold auf europäischer Ebene eine gemeinsame Governance erwachsen, die sich durch neues Selbstbewusstsein und klugen Handlungswillen auszeichnet.

Andernfalls bestehe die Gefahr, dass die Politik angesichts einer rasant voranschreitenden Digitalisierung jeglichen Gestaltungsraum an die Global Player aus der freien Wirtschaft abgibt, warnte Metze-Mangold. Eine wirksame Gegenmaßnahme könnte sein, den kühlen Rationalismus vergangener Tage abzuschütteln und konkrete Vorschläge für eine europäische Sozialunion zu entwickeln. Wenn die Union eine ernst zu nehmende europäische Sozial- und Kulturpolitik umsetze, könnte sie zukünftig ihr emotionales Bindungspotenzial und eine neue Begeisterungsfähigkeit unter den Europäer\_innen entfachen, die endlich Millionen Menschen umschließt, wie es sich schon Friedrich Schiller gewünscht habe.

---





# LAB

## Neue Wirklichkeit Ostdeutschland: Was wir aufheben

---

Diskutierende

**Juliane Ebner**

Künstlerin und Filmmacherin

**Hanka Kliese**

MdL, Vorsitzende des Kulturforums der Sozialdemokratie in Sachsen

**Prof. Dr. Axel Klausmeier**

Direktor der Stiftung Berliner Mauer

**Tobias Knoblich**

Kulturdirektor der Stadt Erfurt  
und Vizepräsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

**Elske Rosenfeld**

Künstlerin und Autorin

Moderation **Franziska Richter**

Referentin für Kulturpolitik und Politik in Ostdeutschland,  
Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)



/ Eine besondere Atmosphäre: In einem Halbkreis formieren sich die Gesprächspartner\_innen. Um sie herum – aber auch irgendwie mittendrin – die Teilnehmer\_innen des LABs.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, „was wir aufheben“ – gemeint im Sinne der Hegelschen Dialektik, was wir in unserer Erinnerung aufheben, was wir aufwerten und für wichtig erachten. Das schließt die Frage ein, was wir loslassen und hinter uns lassen wollen. Konkret wurden die Erinnerung an das Leben in der DDR thematisiert sowie das Gedenken an wichtige historische Ereignisse wie die Friedliche Revolution und den Mauerfall. Auch die gesellschaftspolitischen Besonderheiten Ostdeutschlands wurden diskutiert. Eine zentrale Frage war dabei, wie stärker als bisher eine gemeinsame Geschichte der Wiedervereinigung entwickelt werden kann, die Ost und West miteinander verbindet.

## Gesellschaftspolitische Besonderheiten in Ostdeutschland

Franziska Richter, Referentin für Kulturpolitik und Politik in Ostdeutschland bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, wies darauf hin, dass sich in ganz Deutschland bereits seit vielen Jahren ein tief greifender Transformationsprozess vollzieht, der durch Globalisierung, demografischen Wandel, anhaltende Migrations- und

Fluchtbewegungen sowie durch Technologisierung und Digitalisierung hervorgerufen wird. Diese gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen treffen nach Franziska Richter in Ostdeutschland auf bestimmte Prägungen und Erfahrungen, zum Beispiel auf das Gefühl fehlender Anerkennung von Lebens- und Transformationsleistungen seit der Wiedervereinigung, wenig Erfahrungen im Umgang mit einer diversen Gesellschaft und Weltoffenheit sowie ein anderes Demokratieverständnis. In Bezug auf die Erinnerungskultur würden viele Ostdeutsche zudem eine Kluft zwischen medialer Berichterstattung und individueller Erinnerung an das Leben in der DDR wahrnehmen. Viele Geschichten aus der DDR-Zeit blieben unerzählt, obwohl das Bedürfnis der Menschen in Ostdeutschland groß sei, diese prägenden Erfahrungen mitzuteilen und zu reflektieren. Wichtige historische Zäsuren seien dabei die Zeit der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls.

## **Friedliche Revolution und Mauerfall**

Im LAB wurden zwei künstlerisch-reflexive Ansätze zum Thema Erinnern präsentiert. Die freie Künstlerin und Filmemacherin Juliane Ebner zeigt in ihrer filmischen Trilogie „Klack“ zur neueren deutschen Geschichte, wie ihre persönlich erlebte Geschichte in die Geschichte der deutschen Teilung und die gesellschaftlichen Brüche der letzten 27 Jahre eingebettet ist. Sie erzählt somit nicht nur von ihren individuellen Erfahrungen, sondern vom Leben der Menschen vor, während und nach dem Fall der Mauer, die Ost- und Westdeutschland trennte. In ihrem Experimentalfilm „Landstrich“, für den Juliane Ebner 2018 den Deutschen Kurzfilmpreis erhielt, erzählt sie in hunderten Zeichnungen vom Schicksal einer deutschen Familie zwischen Kriegsende und Mauerfall. Wie alle Filme der Künstlerin ist auch dieser Film biografisch inspiriert und auf die individuelle Erinnerung gerichtet, die die offizielle Geschichtsschreibung ergänzen soll.

Auch die Autorin und Künstlerin Elske Rosenfeld beschäftigt sich in ihrer Arbeit mit der deutsch-deutschen Geschichte. In einem Projekt erinnert sie an das prägende historische Ereignis der „Friedlichen Revolution“ vor dem Mauerfall. Elske Rosenfeld berichtete, dass sich ihre Motivation für dieses Projekt aus dem fundamental prägenden Erlebnis von 1989 ergeben hat, als sie im Alter von 15 Jahren Zeugin des politischen Umbruchs wurde. Die Erfahrung der „radikalen Unterbrechung“ habe sie bis heute nicht vergessen, auch wenn dieser aufwühlende Moment schnell wieder im Strudel der Geschichte versunken sei. Damals schien alles möglich, meinte Rosenfeld. Es seien Wahlen organisiert und eine neue Verfassung entworfen worden. Doch würden diese wichtigen Ereignisse und Entwicklungen heute kaum noch erinnert.

Diese Beobachtung wurde zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit „A Vocabulary of Revolutionary Gestures“, in der sie Videoaufnahmen vom Zentralen Runden Tisch am 7. Dezember 1989 künstlerisch verarbeitet. Der Zentrale Runde Tisch war im Zuge der Friedlichen Revolution in der DDR eingerichtet worden. An diesem Tag hatten sich Vertreter\_innen der DDR-Blockparteien, Kirchen und Opposition zum ersten Mal an einem Tisch im Raum einer Kirchengemeinde in Berlin-Mitte versammelt, um über die politische Zukunft des Landes zu beraten. Als sich auf der Straße vor dem Gebäude Demonstrant\_innen versammelten, hätten die Filmaufnahmen deutlich gezeigt, dass im Raum Hilflosigkeit herrschte. Auf der sprachlichen Ebene seien alle überfordert gewesen, aber körperlich sei viel Aussagekräftiges passiert. Die Künstlerin bearbeitete die Videoaufzeichnung, indem sie die Gesten und Bewegungen der Diskutierenden am Runden Tisch technisch wiederholte, verstärkte, beschleunigte oder verlangsamte. Diese Konzentration auf die Körpersprache ist in vielen Werken Rosenfelds zu finden. Manchmal imitiert sie auch selbst die Gesten, die sie bei verschiedenen Ereignissen beobachtet, etwa bei einer Demonstration vor einer Fabrik in Frankreich oder bei einer Fahrt über den Tahrir-Platz in Kairo.

Rosenfeld erläuterte die grundlegende Motivation ihrer Arbeit: Eine wichtige Triebfeder sei der erlebte Widerspruch, dass Ereignisse, die sie persönlich stark geprägt und ihr Leben grundlegend verändert haben, in der offiziellen Geschichtsschreibung oft gar nicht vorkommen bzw. im Nachhinein kleingeredet oder umgeschrieben werden. In ihren künstlerischen Werken wolle sie daher den Ereignissen, die für sie wichtig waren, einen öffentlichen Resonanzraum geben.

## Umgang mit DDR-Geschichte

Wie wird in Gedenkstätten an die Zeit der DDR erinnert? Nach Ansicht von Prof. Dr. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, sollte die Mauer „als ein durch Menschen gemachtes Objekt“ verstanden werden. Darauf soll auch die Bezeichnung „Mauer als Kulturlandschaft“ verweisen, die Klausmeier mitgeprägt hat. In der Forschung werde der Begriff der Kulturlandschaft traditionell auf historische Gärten angewendet, wie etwa die Parklandschaft um das Schloss Sanssouci. Entsprechend müssten auch die Grenzbefestigungsanlagen der DDR mit ihrer gesamten dahinterstehenden Planung, Logistik und Infrastruktur als „militärische Kulturlandschaft zur Fluchtverhinderung“ begriffen werden, meinte Klausmeier.

Ein wesentliches Ziel der Gedenkstätte Stiftung Berliner Mauer ist es, ein differenziertes Bild der DDR zu zeichnen und den Menschen bewusst zu machen, dass dieser Staat nicht nur „Stasi, Mauer und FKK“ war. Die Arbeit der Gedenkstätte widme sich deshalb erinnerungspädagogisch der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in vielfältigen Facetten. Jeden Tag kämen zahlreiche junge

Menschen aus aller Welt zur Mauer-Gedenkstätte an der Bernauer Straße in Berlin. Dabei zeige sich, dass die junge Generation heute oftmals keine Vorstellungen mehr davon hat, wie das Leben in der DDR ausgesehen hat. Besucher\_innen stellten zum Beispiel häufig die Frage, wie das Objekt „Mauer“ den Alltag der Menschen geprägt hat, aber auch Fragen wie „Was war ein HO-Betrieb?“, „Wie funktionierte die Überwachung der Menschen durch die Stasi im Alltag?“, „Wie funktionierte die Fluchtverhinderung?“, „Wie viel und welche Handlungsspielräume hatten die Menschen?“ Immer wieder gehe es auch um die „DDR als Nischengesellschaft“. Die jungen Menschen wollten erfahren, welche Möglichkeiten es gab, sich der (politischen) Normierung im Alltag zu entziehen.

Offenbar werde es immer schwieriger, sich das Leben in der DDR vorzustellen, meinte Klausmeier. Einen wichtigen Grund sieht er darin, dass es täglich weniger Zeitzeugen gibt. Umso wichtiger sei es, die Besucher\_innen in ihrer Vielfalt in unterschiedlichen Formaten „abzuholen“ und das Leben in der DDR möglichst anschaulich zu machen. Ein wesentliches Ziel der Gedenkstättenarbeit sei es, „die Grautöne des Alltags“ zu vermitteln.

Auch nach Auffassung von Hanka Kliese, MdL und Vorsitzende des Kulturforums der Sozialdemokratie in Sachsen, ist es von großer Bedeutung, ein Bewusstsein für die „Grautöne“ des Lebens in der DDR zu schaffen. Dazu gehörten ganz alltagspraktische Dinge, etwa dass viele Menschen ihre eigene Kleidung genäht haben, weil die Auswahl begrenzt war und die Bevölkerung lernen musste, sich selbst zu helfen. Viele Aspekte im DDR-Staat seien inzwischen ausführlich wissenschaftlich aufgearbeitet. Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk habe deshalb einmal gesagt, dass es inzwischen mehr Bücher über Punks in der DDR gebe als tatsächlich Punks in der DDR. Wenig aufgearbeitet sei jedoch noch der Alltag in der DDR. In diesem Zusammenhang hat die Gedenkstättenarbeit nach Klausmeier eine wichtige Funktion, da die persönlichen Geschichten von Zeitzeugen und Opfern dadurch für die Zukunft „aufgehoben“ werden. Dabei sei es wichtig, den Blick nicht nur auf die Unterschiede von Demokratie und Diktatur zu richten, sondern verstärkt den Alltag in der DDR in den Blick zu nehmen. Allerdings müssten die in Ostdeutschland sozialisierten Menschen auch noch „üben“, über ihre alltäglichen Erfahrungen in der DDR zu sprechen, meinte Kliese.

## Formate der Vermittlung

Nach Hanke Kliese bedarf es einer gewissen Sensibilität, wenn der jungen Generation Wissen über die DDR-Vergangenheit vermittelt werden soll. Es bedürfe eines alters- bzw. zielgruppengerechten Ansatzes und sollte die Freiheit des eigenen Denkens in den Mittelpunkt stellen. In der politischen Bildung sollte es nicht darum gehen, „Wahrheiten“ zu präsentieren, sondern die jungen Menschen dazu zu befähigen, eigene Schlussfolgerungen auf der Grundlage einer soliden Wissensbasis zu ziehen. Eine Instrumentalisierung der Erinnerungskultur für politische Zwecke wäre aus Sicht von Kliese höchst problematisch.

In der Diskussion wurde angemerkt, dass bei der Erinnerungsarbeit oft die passenden Formate fehlen, um sich mit komplexen Prozessen der Geschichtsaufarbeitung auseinanderzusetzen, etwa der Zeit des Nationalsozialismus oder der DDR. Diese Teile deutscher Geschichte ließen sich nicht durch Gedenkstättenbesuche oder die Lektüre einzelner Bücher nachempfinden. Vielmehr bedürfe es einer intensiven Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Ereignissen über eine längere Zeit auf verschiedenen Wegen und unter Einbezug unterschiedlicher Perspektiven. Dafür müssten allerdings noch geeignete Formate des Dialogs und der Vermittlung entwickelt werden.

## Gesamtdeutsche Geschichtsschreibung

Tobias Knoblich, Kulturdirektor der Stadt Erfurt und Vizepräsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., plädierte dafür, die Lebens- und Transformationsleistungen der Ostdeutschen stärker als bisher anzuerkennen. Viele Ostdeutsche hätten die Wendezeit und die sich anschließenden Transformationsjahre als „Kolonialisierung“ durch die BRD erlebt und den neuen Alltag als Demütigung empfunden. Zudem würden in der deutschen Kulturgeschichte bis heute die individuellen Geschichten der DDR-Bürger\_innen weitgehend ausgeblendet, was ein Skandal sei. Viele Aspekte der DDR seien in den alten Bundesländern überhaupt nicht bekannt, etwa dass die DDR auch in der UNESCO aktiv war und 1968 für die Menschen in der DDR auch ein sehr wichtiges Ereignis war. Knoblich hält es für unverzichtbar, die Geschichte der DDR strategisch in die Erzählung Gesamtdeutschlands einzubringen: Vierzig Jahre DDR-Geschichte seien eine wichtige Kollektiverfahrung, die nicht einfach ignoriert werden könne, sondern in die gesamtdeutsche Geschichtsschreibung zu integrieren sei.

In der Debatte wurde darauf hingewiesen, dass sich in den letzten Jahrzehnten auch in den alten Bundesländern Transformationsprozesse vollzogen haben, die für die dort lebenden Menschen mit stark prägenden Erfahrungen verbunden waren, etwa im Zuge des Strukturwandels im Ruhrgebiet. Ein wich-

tiger Unterschied zu den neuen Ländern sei jedoch, dass das Tempo dieser Veränderungen sehr viel geringer war. In der DDR habe die Umstellung von einer zentralen Planwirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen System quasi über Nacht stattgefunden und die Menschen hätten die damit verbundenen Herausforderungen sofort bewältigen müssen. Dagegen habe zum Beispiel die Schließung der Zechen in Nordrhein-Westfalen über einen längeren Zeitraum stattgefunden und die Folgen seien umfassend sozial abgefedert worden. Ein Ergebnis der Diskussion war, dass die zeitliche Komponente bei der Bewertung von Transformationsprozessen und der damit verbundenen Herausforderungen ganz entscheidend ist.

Juliane Ebner machte deutlich, dass sich durch den Umbruch 1989/90 in der DDR selbst die alltäglichsten Dinge in kürzester Zeit verändert haben. So verschwanden zum Beispiel Gegenstände, mit denen die Menschen groß geworden und sehr vertraut waren, wie beispielsweise Telefonzellen, Milchtüten oder Straßenbahnen. Klausmeier betonte, dass es sich bei der deutschen Wiedervereinigung um einen weltweit einmaligen Prozess handle. Diese Tatsache müsse bei der Einschätzung der Transformationsprozesse berücksichtigt werden. Häufig seien bei Menschen im Westen des Landes enttäuschte Erwartungen anzutreffen, da sie den Eindruck haben, die Ostdeutschen seien nicht dankbar für ihre neue Lebenssituation und würden die Errungenschaften der demokratischen Staatsform und die neuen Freiheiten nicht ausreichend würdigen. Dabei werde aber oft außer Acht gelassen, dass die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht nur positive Auswirkungen für die Menschen in der DDR hatte, sondern auch wichtige Erinnerungen und prägende Erfahrungen verloren gingen, etwa mit der Währungsunion. Klausmeier erzählte, dass ihm seine Großmutter früher einen 20-Mark-Schein immer mit den Worten überreicht hatte: „Hier haste einen mit die Geige.“ Der Wechsel von der Ostmark zur D-Mark sei auch mit einem Verlust solcher Kindheitserinnerungen einhergegangen, sodass manche DDR-Bürger\_innen stark emotional reagierten und bei der Einführung der D-Mark sogar weinten.

## Elitentransfer von West nach Ost

Tobias Knoblich thematisierte ein weiteres strukturelles Problem in den neuen Bundesländern: Ab 1990 habe sich ein erheblicher Elitentransfer von West nach Ost vollzogen, dessen Auswirkungen bis heute spürbar seien. Insgesamt zeige sich eine fehlende Repräsentanz von Ostdeutschen in Ämtern, Unternehmen und bei den Eliten in der gesamten Bundesrepublik. Bei den Ostdeutschen führe dies zu Gefühlen mangelnder Selbstwirksamkeit in der repräsentativen Demokratie und einem geringeren Vertrauen in demokratische Politik.

Häufig zeigten sie auch einen „subalternen Habitus“ gegenüber der „Eloquenz der Westdeutschen“ und würden sich manchmal als „nicht anschlussfähige Lehrlinge im eigenen Land“ fühlen. Aus Sicht vieler ostdeutscher Bürger\_innen fehle es an Gesichtern und Stimmen, denen sie ihre Bedürfnisse anvertrauen können und die ihre Interessen vertreten. In den letzten Jahren habe sich der Elitentransfer von West nach Ost auf Führungspositionen in Ostdeutschland zwar reduziert, doch sei er keinesfalls beendet.<sup>19</sup> Auch im Kulturbereich habe ein erheblicher Elitenaustausch stattgefunden, erläuterte Knoblich. Gerade hier wäre es aber von Vorteil, wenn dort vor allem Menschen arbeiten, die eine örtliche Sozialisation erfahren haben.

Ein wichtiges Ergebnis der Diskussion war, dass sich die Machtnetzwerke in Ostdeutschland immer noch tendenziell aus westdeutschen Eliten rekrutieren und damit eine Repräsentanzlücke besteht. Dieser Prozess habe für die Zukunft Ostdeutschlands und den Gestaltungseinfluss der Menschen in den neuen Bundesländern große Konsequenzen. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, eine angemessene Repräsentation der ostdeutschen Bürger\_innen zu erreichen.

<sup>19</sup> Nach den Ergebnissen einer Studie im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer liegt der Prozentsatz von Führungskräften aus Ostdeutschland bundesweit nur bei 1,7 Prozent, obwohl der Anteil der Ostdeutschen an der Gesamtbevölkerung bei 17 Prozent liegt. In der Verwaltung besetzen Ostdeutsche etwa vier bis fünf Prozent der gesamtdeutschen Spitzenpositionen. In den ostdeutschen Bundesländern kommen lediglich 13,3 Prozent der Richter\_innen aus der ehemaligen DDR. Von 22 Hochschulrektor\_innen im Ostdeutschland wurden lediglich drei dort geboren. In den hundert größten ostdeutschen Unternehmen wird etwa ein Drittel der Spitzenpositionen von ostdeutschen Führungspersonen besetzt. Vgl. Deutsche Gesellschaft e.V., Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (Hrsg.): Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven. Berlin 2017, [https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/2017-pb-ostdeutsche-eliten/Deutsche\\_Gesellschaft\\_eV\\_Broschuere\\_Ostdeutsche\\_Eliten.pdf](https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/2017-pb-ostdeutsche-eliten/Deutsche_Gesellschaft_eV_Broschuere_Ostdeutsche_Eliten.pdf) (15.9.2019).



## Plattformen des Austauschs und Begegnung zwischen Ost und West

Eine weitere Frage war, wie eine gemeinsame Erzählung von West- und Ostdeutschen für die Wiedervereinigung gefunden werden kann. Auch 27 Jahre nach der Wiedervereinigung seien die Unterschiede zwischen Ost und West durch andere Prägungen und Erfahrungen immer noch sehr groß, meinte Hanka Kliese. Diese Unterschiede habe man lange Zeit nicht beachtet bzw. es sei fälschlicherweise angenommen worden, dass sie gar nicht existierten. So sei zum Beispiel das „Schweigen“ in Ost und West völlig anders zu interpretieren: Während Schweigen in Westdeutschland meistens als Zustimmung interpretiert werde, sei es im Osten eher mit Ablehnung konnotiert. Dieser Bedeutungsunterschied habe einen historischen Erfahrungshintergrund: Da die Menschen in der DDR ihren Widerspruch bei Versammlungen nicht öffentlich äußern konnten, ohne mit Nachteilen rechnen zu müssen, wurde Schweigen oft als Akt des Widerspruchs praktiziert und von den anderen auch so verstanden.

In Ostdeutschland gehe dieses Schweigen zudem mit einer „Scheu vor Kontroversen“ einher, meinte Hanka Kliese. Diese Haltung veranschaulichte sie an einem Beispiel, das ein einschneidendes Erlebnis für sie war: In ihrer Schulzeit hätte ein Lehrer zu ihr gesagt, ihre Meinung sei falsch. Diese Aussage hätte sie damals sehr frappiert, da sie dachte, dass eine Meinung doch niemals falsch sein könne. Die geringer ausgeprägte „Lust an der Kontroverse“ in Ostdeutschland ist nach Kliese ein Parallelbefund zu dem dort ebenfalls schwach ausgeprägten Bedürfnis, sachlich Probleme zu diskutieren. Kliese nimmt in Ostdeutschland eine besondere Empfindlichkeit im Diskurs über „Political Correctness“ wahr, da viele Ostdeutsche die Forderung nach einem politisch korrekten Sprachgebrauch schnell als „Sprach- und Sprechverbote“ interpretierten. Aus Klieses Sicht wäre es wichtig, Begriffe in ihren jeweiligen historischen Kontext einordnen zu können und sie bewusst zu benutzen. Doch stünden dem in Ostdeutschland noch zwei Hindernisse entgegen: die fehlende Lust an kritischer Auseinandersetzung und der fehlende Stolz auf die 1989 geschaffene Möglichkeit zur freien Artikulation. Sehr wichtig wären nach Kliese deshalb Veranstaltungen, die freie Artikulationsräume eröffnen und Grautöne thematisieren, aber auch neue aktivierende und beteiligungsorientierte Formate politischer Bildungsarbeit, um die Herausbildung einer positiven Debattenkultur zwischen Ost- und Westdeutschen zu befördern.

Die Frage „Wie kann gesprochen werden?“ sei sehr eng mit der Frage „Wer spricht?“ verbunden, ergänzte Elske Rosenfeld in diesem Zusammenhang. Exemplarisch sei dafür der Ausdruck „hinter der Mauer“, der aus westlicher Perspektive auf den Osten schaue, und zwar von „diesseits der Mauer“. Diese westliche Sicht sei im Diskurs begrifflich übernommen worden, meinte Rosen-



/ Dr. Axel Klausmaier zeigt die Relevanz gegenwartsorientierter Vermittlung der DDR-Geschichte auf.

/ Elske Rosenfeld will mit ihrem künstlerischen Schaffen den für sie prägenden Ereignissen ihrer individuellen Geschichtsschreibung einen Resonanzraum geben.



feld. Dagegen ist aus Sicht von Ebner der Ausdruck „hinter der Mauer“ nicht nur westlich geprägt. Entscheidend sei vielmehr gewesen, ob sich die Menschen durch die Mauer eingesperrt und von der Welt abgeschnitten fühlten oder nicht. Wenn DDR-Bürger\_innen das Gefühl des Eingesperrtseins durch die Mauer hatten, hätten sie auch selbst davon gesprochen, „hinter einer Mauer“ zu leben.

Aus Sicht von Rosenfeld sind auch die Begriffe für die Ereignisse von 1989/90 durch die Medien der Bundesrepublik stark geprägt. Zunächst sei dafür der Begriff der „Wende“ von dem SED-Generalsekretär Egon Krenz übernommen worden, erst etwa 2009 sei der Terminus der „Friedlichen Revolution“ hinzugekommen. Seit 2014 werde fast ausschließlich vom „Mauerfall“ gesprochen und auch vorrangig an dieses Ereignis erinnert. In den letzten zwei Jahren würde die Begrifflichkeit der „Friedlichen Revolution“ wieder an Bedeutung gewinnen. Rosenfeld findet es interessant, diese begrifflichen Veränderungen im historischen Verlauf zu beobachten. Die Reflexion dieser Entwicklung führe immer wieder zur Frage, „wie und in welchen Begriffen wir miteinander sprechen können“.

Besonders die Zeit von 1989 bis 1990 ist nach Rosenfeld durch sprachliche Leerstellen gekennzeichnet. Dadurch könne nicht angemessen beschrieben werden, warum es sich damals um einen Moment der Selbstermächtigung und der Hoffnung handelte und auf was sich die Hoffnung der Menschen genau richtete. Eine Folge dieser Leerstellen sei eine sprachliche Selbstzensur, etwa durch den Nachsatz „Wir waren aber naiv“. Solche sprachlichen Formeln seien letztlich auf eine fehlende Sprachlichkeit und Wertschätzung zurückzuführen. Die zentrale Frage lautet deshalb nach Rosenfeld: „Wer spricht und wie kann über eine historische Erfahrung gesprochen werden?“

Ebner ergänzte, dass das gegenseitige Zuhören eine unverzichtbare Basis ist, um das Zusammenleben von Ost und West zu verbessern. Dazu gehöre, eine gegenseitige Akzeptanz für andere Alltagserfahrungen und unterschiedliche Prägungen zu schaffen und die Menschen in ihren individuellen Bedürfnissen und Erfahrungen ernst zu nehmen. Das aufmerksame Zuhören und die Aufmerksamkeit gegenüber der Unterschiedlichkeit seien von großer Bedeutung, um das Zusammenwachsen zwischen Ost- und Westdeutschland zu befördern. Ein Diskussionsteilnehmer regte an, dass hier besonders Stiftungen tätig werden könnten, um die notwendigen Erzähl- und Zuhörprozesse zu organisieren und neue Formate der Begegnung zwischen Ost- und Westdeutschen zu schaffen.

## Formate politischer Bildungsarbeit

Franziska Richter wies darauf hin, dass das Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bereits einige erprobte Formate des Austauschs zu diesem Thema konzipiert und durchgeführt hat, zum Beispiel die Wanderausstellung „... und dann sind wir an die Ostsee gefahren. DDR-Geschichte im Gespräch der Generationen“<sup>20</sup>. Im Rahmen dieses Projekts wurden 15 ostdeutsche Familien aus unterschiedlichen sozialen Milieus befragt, wie sie sich in den verschiedenen Generationen an die DDR erinnern. In der Zusammenschau von Diktaturerfahrung und Lebenswelt zeigten sich in der Ausstellung differenzierte Bilder erlebter Geschichte in den ostdeutschen Familien. Franziska Richter berichtete, dass bei den Veranstaltungen zur Ausstellung sehr oft die interviewten Familienmitglieder anwesend waren und mit den Teilnehmenden in intensive Gespräche über das Leben in der DDR kamen, sowohl über die Zeit der Friedlichen Revolution als auch über die Transformationsprozesse danach. In der Veranstaltungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung „Freiheit beginnt zwischen den Ohren“ diskutierten Schüler\_innen, Referendar\_innen und Lehrer\_innen mit Zeitzeugen vertieft über bestimmte Zeitspannen der DDR, beispielsweise über die Anfangsjahre der DDR oder zu den Motiven der Bürgerrechtler\_innen in der Zeit der Friedlichen Revolution.<sup>21</sup>

## Kulturelles Erbe der DDR

Die Diskutierenden waren sich einig, dass das kulturelle Erbe der DDR sehr groß und vielfältig ist und eben nicht auf Kleinigkeiten wie das Ampelmännchen oder den Rechtsabbiegepfeil reduziert werden kann. Wichtige Errungenschaften der DDR seien zum Beispiel eine kulturelle Infrastruktur mit zahlreichen Theater- und Kulturhäusern, aber auch die Kinder- und Jugendliteratur in Ostdeutschland, die zu wichtigen Bestandteilen der gesamtdeutschen Kulturlandschaft geworden seien. Auch würden Elemente der DDR-Kunst im öffentlichen Raum wieder an Präsenz gewinnen, meinte Knoblich.

<sup>20</sup> <https://www.fes.de/forum-berlin/politik-in-ostdeutschland/wanderausstellung-ddr-geschichte> (23.9.2019).

<sup>21</sup> <https://www.fes.de/forum-berlin/veranstaltung/freiheit-beginnt-zwischen-den-ohren> (23.9.2019).

Ebner betonte die Bedeutung des Sprechens über bestimmte Erfahrungen – diese Sprechfähigkeit sei unbedingt „aufzuheben“ bzw. in die Zukunft mitzunehmen. Für Rosenfeld ist es wichtig, dass Differenzen zwischen Ost und West weiterhin zugelassen und sichtbar gemacht werden. Bei der Diskussion über ostdeutsche und westdeutsche Prägungen und Erfahrungen dürften keine pauschalen Bewertungen vorgenommen werden. Ziel sollte es sein, differenzierten Betrachtungen Raum zu geben – vor allem im Hinblick auf die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten der Menschen in Deutschland.

## **Differenzierte Betrachtung der Lebenswirklichkeiten**

Eine Diskussionsteilnehmerin verwies auf die große gesellschaftspolitische Herausforderung, die derzeit vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland abzubauen. Dabei handle es sich um tiefer gehende Strukturprobleme, die konkrete politische Maßnahmen erforderten. Erstens bedürfe es einer veränderten Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, die Ostdeutschland stärker als bisher fördert. In den ostdeutschen Ländern sei vielerorts Resignation über die wirtschaftlich schlechte Situation anzutreffen. Viele Menschen gingen dann dorthin, wo ihnen eine bessere wirtschaftliche Zukunft versprochen wird: in die westdeutschen Länder. Dies sei aber keine nachhaltige Lösung. Dringend notwendig sei zweitens eine neue Wirtschaftspolitik, die einen Auf- und Ausbau der ostdeutschen Wirtschaftsstrukturen beinhaltet und auch Möglichkeiten für eine bessere Kapitalausstattung von Ostdeutschen beinhaltet. Zudem müsse drittens eine zukunftsfähige Sozialpolitik für die junge Generation in Ost und West umgesetzt werden. Dafür sei auch eine stärkere Übernahme von Führung und Gestaltungsmacht der ostdeutschen Bürger\_innen notwendig. Nur wenn die Ostdeutschen über ausreichend „Kapital und Einfluss“ verfügten, könnten sie Gesamtdeutschland mitgestalten.

---



## Neue Wirklichkeit Gleichstellung: Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbetrieb

---

### Diskutierende

#### **Dr. Cornelia Kunkat**

Referentin im Projektbüro „Frauen in Kultur & Medien“  
des Deutschen Kulturrates

#### **Katja Lucker**

Geschäftsführerin der Musicboard Berlin GmbH

#### **Josephine Ortleb**

MdB, SPD-Bundestagsfraktion

#### **Tanja Schmoller**

WHO'S THAT GIRL – Female Artist Platform, Kultur- und Kreativpiloten  
2017

#### **Jasmin Tabatabai**

Schauspielerinnen und Mitglied von Pro Quote Film

### Moderation **Dr. Hanna Klimpe**

Journalistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin für digitale  
Kommunikation



/ Dr. Cornelia Kunkat, Jasmin Tabatabai, die Moderatorin Dr. Hanna Klimpe, Josephine Ortleb und Katja Lucker (v.l.n.r.)

## Repräsentation von Frauen im Kulturbetrieb

In der Diskussion stand das Thema „Sichtbarkeit und Repräsentanz von Frauen im Kulturbereich“ im Mittelpunkt: Inwieweit ist Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbetrieb erreicht? Dr. Cornelia Kunkat, Referentin im Projektbüro „Frauen in Kultur & Medien“ des Deutschen Kulturrats<sup>22</sup>, verwies auf die Ergebnisse einer Studie über die Repräsentanz von Frauen in unterschiedlichen Positionen im Kulturbereich.<sup>23</sup> Es seien einzelne positive Tendenzen feststellbar, etwa ein

<sup>22</sup> Der Kulturrat ist der Dachverband von acht bundesweiten Spartenvereinigungen wie dem Musikrat, der Literaturkonferenz oder dem Medienrat. Das Projektbüro „Frauen in Kultur & Medien“ wurde im Juli 2017 ins Leben gerufen. Seine Initiierung geht auf die gleichnamige Studie des Deutschen Kulturrates zurück. Die Arbeitsfelder des Projektbüros: Mentoring-Programm für karrierebewusste Frauen, Gremien- und Netzwerkarbeit, Dossiers und weitere Datenreports. Vgl. <https://www.kulturrat.de/thema/frauen-in-kultur-medien/>

<sup>23</sup> Gabriele Schulz/Carolin Ries/Olaf Zimmermann: Frauen in Kultur und Medien. Ein Überblick über aktuelle Tendenzen, Entwicklungen und Lösungsvorschläge. Berlin 2016, <https://www.kulturrat.de/wp-content/uploads/2016/12/Frauen-in-Kultur-und-Medien.pdf>





/ Mädchen und junge Frauen haben keine entsprechenden weiblichen Vorbilder im kulturellen Bereich, wie beispielsweise in Filmen – so ein Resümee der Runde.

geringer Anstieg des Frauenanteils in Führungspositionen im Kulturbereich seit 1996. Doch sei noch lange kein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht. Das zeige zum Beispiel ein Blick in die Hochschulen: In den Jahren 2011/2013 waren in den Sprach- und Kulturwissenschaften 75 Prozent der Studienabsolvent\_innen und 55 Prozent der Promovierenden weiblich, aber nur etwa 35 Prozent der Professuren mit Frauen besetzt.<sup>24</sup> Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass auch bei der Leitung von Kunst- und Musikhochschulen der Anteil von Frauen nach wie vor sehr gering ist. Frauen würden zwar alle erforderlichen Qualifikationen erreichen, um obere Führungspositionen zu übernehmen, seien dort aber kaum vertreten, erläuterte Kunkat. Dabei zeigten sich Unterschiede in den einzelnen Sparten: So liegt zum Beispiel in den Bereichen Komposition und Oper die Repräsentanz der Frauen bei einem Anteil von null bis drei Prozent, während im Bereich der Orchesterarbeit beide Geschlechter fast gleichwertig vertreten sind. Kunkat betonte den dringenden Handlungsbedarf, mit konkreten Maßnahmen für mehr Gendergerechtigkeit im Kulturbereich zu sorgen.

<sup>24</sup> Ebd., S. 78.

## Gleichstellung im Kunstbetrieb

Katja Lucker, Geschäftsführerin der Musicboard Berlin GmbH, berichtete von der Situation in der Musikbranche. Auf nationalen und internationalen Musikfestivals seien nach wie vor überwiegend männliche Musiker vertreten. Auch die mediale Aufmerksamkeit sei für Musikerinnen erheblich geringer als für Musiker. In ihrer Position als Geschäftsführerin habe sie es oft erlebt, wie sich männliche Kollegen wunderten, dass sie als Frau diese Position besetzt.

Die Schauspielerin Jasmin Tabatabai bestätigte die mangelnde Geschlechtergerechtigkeit aus ihren Erfahrungen im Filmbetrieb. Frauen hätten aufgrund der Machtstrukturen in vielen Bereichen geringere Karrierechancen als Männer. So sei es beispielsweise für Debütantinnen viel schwieriger als für Debütanten, Förderungen für ihren ersten Film zu bekommen. Laut einer kürzlich erschienen Studie gingen etwa 85 Prozent der Fördergelder an Männer. Als Mitglied von Pro Quote Regie und Pro Quote Film wisse sie sehr genau, dass diese Ergebnisse nicht auf die Qualität der Filme zurückgeführt werden können, sondern Ausdruck einer strukturellen Ungleichheit sind. Als weitere Hürden benannte Tabatabai die hohe Risikoaversion der Filmindustrie, die sich auf Frauen besonders negativ auswirkt: Frauen gelten als größeres Risiko, weil ihnen weniger zugetraut wird, ein Filmprojekt erfolgreich durchzuführen. Eine wichtige Ursache liege darin, dass Erfolg in der Filmbranche mit stereotypen Zuschreibungen von „männlichen“ Fähigkeiten und Eigenschaften konnotiert ist, wie Durchhaltevermögen, Durchsetzungsfähigkeit, Selbstdarstellung oder die Fähigkeit zum Netzwerken.<sup>25</sup>

## Gründe für strukturelle Unterrepräsentanz von Frauen

Welche Gründe werden für die Unterrepräsentanz von Frauen im Kulturbereich gesehen? Kunkat sieht einen der Hauptgründe in der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf in vielen Bereichen des Kulturbetriebs. Ein weiterer Grund seien die stark hierarchischen Strukturen, etwa im Theaterbetrieb. Hinzu komme die Dominanz einer männlichen Kultur der Macht mit Netzwerken und Seilschaften. Aus persönlichen Gesprächen in Theaterhäusern wisse sie, dass viele Frauen nicht mehr in solch einem Umfeld arbeiten wollten und sich flachere Hierarchien wünschten.

<sup>25</sup> Vgl. Gender und Film. Rahmenbedingungen und Ursachen der Geschlechterverteilung von Filmschaffenden in Schlüsselpositionen in Deutschland. Hrsg. v. FFA Filmförderungsanstalt. Berlin 2017, <https://www.ffa.de/index.php?gender-und-film-rahmenbedingungen-und-ursachen-der-geschlechterverteilung-von-filmschaffenden-in-schlüsselpositionen-in-deutschland> (15.9.2019).

Neben den „machoartigen“ Gepflogenheiten einiger männlicher Kollegen spielt nach Jasmin Tabatabai auch der Aspekt des Protegierens eine große Rolle. Männer würden von Vernetzungsstrategien profitieren und sich oft die offenen Positionen zuspieren. Lucker meinte, dass die beruflichen Benachteiligungen von Frauen im Kulturbereich auf zwei wesentliche Ursachen zurückzuführen seien: Zum einen seien sie Ausdruck eines tief sitzenden strukturellen Problems, zum anderen fehle es aber auch an weiblichen Vorbildern in Führungspositionen sowie an Kulturangeboten, die gesellschaftliche Entwicklungen widerspiegeln, etwa Themen der Gleichstellung und Diversität. Gegenwärtig seien sehr viele Kulturprogramme noch anachronistisch und würden einem selbstbewussten Frauenbild entgegenwirken. Tabatabai bestätigte diese Beobachtung aus der Filmbranche: Lediglich 20 Prozent der im Film gezeigten Frauen seien berufstätig; die große Mehrheit der Frauenrollen werde über die Rolle der Männer definiert. In der deutschen Filmbranche sei die Regie ein Bereich, in dem die Frauen besonders stark unterrepräsentiert sind: Bei 65 herausragenden Filmen sei keine einzige Regisseurin vertreten. Filme, in denen Frauen Regie führen, seien jedoch sehr wichtig, da sie ein anderes Selbstverständnis von Frauen aufzeigten und eine wichtige Vorbildfunktion hätten.

## Notwendige Maßnahmen

Diskutiert wurde auch über die Frage, wie der strukturellen Ungleichheit entgegengewirkt werden kann. Die SPD-Abgeordnete Josephine Ortleb hält eine Quotierung für sinnvoll. Nur so können ein struktureller Wandel und eine nachhaltige Verbindlichkeit auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter erreicht werden. Hier bedürfe es eines besonderen Engagements der Politik, die sich in allen gesellschaftlichen Bereichen für die Gleichstellung einsetzen müsse, nicht nur im Kulturbereich. Im Koalitionsvertrag werde an mehreren Stellen das Ziel betont, die gesellschaftliche Stellung der Frau zu stärken, doch komme dieser Prozess nur sehr langsam voran. Deshalb sollte die Quote gesetzlich festgeschrieben werden und mit Sanktionen einhergehen. Der Staat habe die dringende Aufgabe, sich verstärkt für das Ziel der Gleichstellung einzusetzen und klare Regularien zu schaffen.

Wichtig ist nach Ortleb auch eine begleitende öffentliche Debatte, die zu einer größeren und dauerhaften Sichtbarkeit von Frauen in der Gesellschaft beitragen kann. Um die Präsenz von Frauen im öffentlichen Diskurs zu stärken, müssen nach Ansicht von Tanja Schmoller vom Team WHO'S THAT GIRL alle Medien einbezogen werden. WHO'S THAT GIRL versteht sich als Female Artist Platform, die sich für Gleichberechtigung in der Kreativbranche einsetzt und eine größere Sichtbarkeit der Kunst von Frauen anstrebt. Um die mediale Präsenz von Künstlerinnen zu erhöhen, sollten neben Fotos, Filmen und Texten auch die neueren Medien mit eingebunden werden.

Kunkat forderte eine verpflichtende Dokumentation der Besetzung von Rollen und Stellen im Hinblick auf Frauen und Männern in allen Bereichen der Kultur. Nach Lucker sollten in Firmen und Institutionen alle Positionen in Bezug auf das Geschlecht transparent gemacht werden, um sichtbar zu machen, wie stark Frauen und Männer an welchen Positionen repräsentiert sind.

Im Zuge einer zunehmend diversen Gesellschaft müsse der Abbau struktureller Benachteiligungen von Frauen im Kulturbereich ergänzt werden durch Maßnahmen, die auf eine angemessene Repräsentation von LGBTQ-Menschen<sup>26</sup> und People of Colour zielen. Zudem müsse darauf geachtet werden, dass Panels, Podien und Konferenzen stärker als bisher die gesellschaftliche Diversität widerspiegeln, um Gleichstellungsthemen wirksam voranzubringen.

Ein Diskussionsteilnehmer thematisierte die Rolle des Mannes im emanzipatorischen Prozess der Frau. Viele Männer seien bereit, Genderfragen und Gleichstellung zu reflektieren und Frauen in diesen Belangen zu unterstützen. Deshalb sei es wichtig, diese Männer konstruktiv in die Debatte mit einzubeziehen, damit strukturelle Veränderungen gemeinsam erreicht werden können. Im Ermächtigungsprozess von Frauen dürfe es nicht darum gehen, einen Kampf gegen Männer zu führen.

## Instrumente zur Gleichstellung

Tabatabai und Lucker merkten dazu an, dass kein Kampf gegen die Männer geführt werde, sondern gegen die tradierten und festsitzenden Strukturen im Kulturbetrieb. Verschiedene Studien belegten, dass die meisten Führungspositionen nach wie vor von Männern besetzt sind. Um das Ziel einer geschlechtergerechten Besetzung zu erreichen, sei die Quote ein wirksames Instrument. Allerdings müssten weitere Maßnahmen hinzukommen, um nachhaltige Fortschritte zu erzielen. Es gelte, männerdominante Strukturen aufzudecken und geschlechterfeindliche Inhalte und Komplizenschaften zu bekämpfen. Dieser Prozess sollte begleitet werden durch mehr Gendersensibilisierungsseminare und den Aufbau von Strukturen, die eine stärkere Vernetzung von Frauen unterstützen. Gleichstellungsarbeit müsse in allen politischen und kulturellen Bereichen ressourcenübergreifend und Gesamtstrategisch immer mitgedacht werden.

Schmoller verwies auf bereits erreichte Fortschritte beim Thema Gleichstellung im Kulturbetrieb. So arbeite zum Beispiel WHO'S THAT GIRL mit dem Festival Nation zusammen, die einen „dritten Floor“ für Newcomer\_innen ins Leben gerufen hat, auf dem zur Hälfte Frauen als DJs auflegen. Aus ihrer Sicht ist die

<sup>26</sup> Abkürzung für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, queere, intersexuelle und asexuelle Menschen.

häufig beobachtbare nicht-paritätische Verteilung von Männern und Frauen auf Festivals nicht immer das Ergebnis einer bösen Absicht, sondern rühre oft aus alten Gewohnheiten her. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass Festivalveranstalter\_innen auf entsprechende Hinweise oft sehr positiv reagierten. Tabatabai und Lucker berichteten ebenfalls von spürbaren positiven Veränderungen, die unter anderem durch das Engagement ihrer Initiativen bzw. Vereine befördert wurden.

Eine Diskussionsteilnehmerin bestätigte, dass Formate und Angebote, die eine Vernetzung von Frauen unterstützen, sich sehr positiv auf ihre Arbeit und berufliche Karriere ausgewirkt haben: Je normaler es werde, dass Frauen sich organisieren und gegenseitig unterstützen, desto größer sei auch der Zusammenhalt von Frauen und steigere ihre Präsenz und Durchsetzungskraft in allen Bereichen der Arbeitswelt.

---



# LAB

## Neue Wirklichkeit Kulturelle ArbeitsWelt(en): Zwischen Avantgarde und Prekariat

---

Diskutierende

**Katharina Beitz**

Assoziierte Forscherin am Humboldt-Institut  
für Internet und Gesellschaft

**Tanja Dückers**

Journalistin und Schriftstellerin

**Andreas Lübbers**

Dramaturg, Mitglied art but fair e.V.

**Theresa Pommerenke**

Verein Libken e.V. Brandenburg

**Burkhard Blienert**

Politikwissenschaftler und ehem. MdB

Moderation **Stephan Behrmann**

Dramaturg, Theaterwissenschaftler und Autor



/ Burkhard Blienert, Tanja Dückers, der Moderator Stephan Behrmann, Andreas Lübbers, Theresa Pommerenke und Katharina Beitz (v.l.n.r.).

## Gesellschaftliche Bedeutung und prekäre Lebensverhältnisse

Der Dramaturg und Theaterwissenschaftler Stephan Behrmann betonte zunächst die Relevanz von Künstler\_innen in der Gesellschaft sowie ihr Potenzial, gesellschaftlichen Wandel zu reflektieren und künstlerisch zu verarbeiten. Die Auswirkungen der Digitalisierung seien mit erheblichen Herausforderungen für Kunstschaffende verbunden. Diese zeigten sich insbesondere in neuen Formen der Arbeitswelt und einer anderen Organisation innerhalb des Kunstbereichs. Besonders in der freien Szene sei zu beobachten, dass viele innovative Wege eingeschlagen werden, um auf die Veränderungen der Arbeitswelt zu reagieren. Insgesamt sei jedoch festzustellen, dass die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen von Kunstschaffenden oft im Gegensatz zu ihrer großen gesellschaftlichen Bedeutung stehen.

Auch aus Sicht von Tanja Dückers sind die Arbeitsverhältnisse von Kunstschaffenden in Zeiten der Digitalisierung einem starken Wandel unterworfen. Durch neue Kommunikationswege im Zuge der digitalen Transformation sei der Handlungsspielraum von Kreativen erweitert worden. Gleichzeitig sei aber



auch die Erwartung enttäuscht worden, dass die digitalen Möglichkeiten das unabhängigere Arbeiten und eine bessere Entlohnung von selbstständigen Kunstschaffenden automatisch befördern. Vielmehr habe sich gezeigt, dass die durch Digitalisierung geprägte Arbeitswelt von einem stetigen Wechsel zwischen Selbstständigkeit und Angestelltenverhältnis gekennzeichnet ist, der die Kunstschaffenden häufig in finanziell prekäre Arbeits- und Lebenssituationen bringe. Erschwerend komme hinzu, dass in der Öffentlichkeit aufgrund der hohen Präsenz und Relevanz einzelner Künstler\_innen davon ausgegangen werde, dass im Kunstbereich hohe Summen verdient werden und insofern eine verzerrte Wahrnehmung ihrer Einkommenssituation vorherrsche. Die Realität sehe jedoch für die meisten Künstler\_innen ganz anders aus. Unstete Arbeitsverhältnisse sowie ein fehlendes öffentliches Bewusstsein über die schlechte Entlohnung vieler Kunstschaffender führe dazu, dass ein Großteil der kulturellen Avantgarde unbemerkt im Prekariat lebe, bilanzierte Frau Dückers.

## Kreativwirtschaft und Digitalisierung

Die Wissenschaftlerin Katharina Beitz betonte das besondere Potenzial der Kreativwirtschaft in Zeiten fortschreitender Automatisierung und Künstlicher Intelligenz. Kreative seien zum Beispiel in der Lage, komplexe und komplizierte Sachverhalte zu erfassen und für die Öffentlichkeit verständlich aufzubereiten. Diese Kompetenz mache sie für Wirtschaft und Wissenschaft zu interessanten und unentbehrlichen Partnern. Wichtig sei zudem, dass die kreativen Tätigkeiten nicht durch Maschinen oder Automatisierungsprozesse ersetzt werden können, was die Bedeutung von Kreativschaffenden in der Gesellschaft weiter erhöhe. Aus diesem Grunde ist es nach Katharina Beitz elementar wichtig, die Kreativwirtschaft stärker als bisher zu fördern und in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung als zukunftssträchtigen Wirtschaftszweig zu rücken. Für die Umsetzung dieses Vorhabens müssten sich Kreative und Politiker\_innen gleichermaßen engagieren.

## Neue Arbeits- und Produktionsräume

Diskutiert wurde auch über die Frage, wie sich die Arbeits- und Produktionsräume von Kulturschaffenden verändern. Theresa Pommerenke vom Verein Libken e.V. in Brandenburg berichtete von der Arbeit dieser Initiative. Sie betonte die Notwendigkeit, Kulturangebote auf dem Land zu ermöglichen und aufrechtzuerhalten, ging aber auch auf die damit verbundenen Schwierigkeiten und Herausforderungen ein. Libken e.V. ist ein Denk-, Produktions- und Lebensort für Künstler\_innen in der Uckermark, der ein vielfältiges Kultur- und Bildungsprogramm anbietet. Der Verein öffnet sich in das regionale Umfeld und arbeitet auch mit lokalen Initiativen und Vereinen zusammen. Theresa Pommerenke verdeutlichte, dass die Arbeit des Vereins viele Menschen – ins-

besondere der jungen Generation – anzieht und eine neue kulturelle Infrastruktur schafft. Dadurch werde das ländlich geprägte Umfeld in Brandenburg wesentlich gestärkt – eine Region, die sonst durch Abwanderung und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet ist. Pommerenke merkte kritisch an, dass der Verein keinerlei staatliche Unterstützung oder Förderung erhält, obwohl er mit seiner Tätigkeit wichtige soziale und kulturelle Funktionen in der Region erfülle und zu einem bedeutenden Teil des sozialen Gefüges der Dorfgemeinschaft geworden sei. Die Rahmenbedingungen für die Arbeit des Vereins könnten als katastrophal bezeichnet werden. Letztlich sei die wichtige Arbeit nur zum Preis von Selbstausbeutung und prekären Lebensweisen der engagierten Mitarbeiter\_innen möglich. Die Einnahmequellen des Vereins bestünden ausschließlich aus Spenden von privaten Initiativen, Stipendien von Künstler\_innen oder privat verdientes Geld aus Nebentätigkeiten. Somit hänge die Existenz des Vereins – trotz seiner immens positiven Auswirkungen für die Gemeinschaft – vom privaten Engagement Einzelner ab. An diesem Beispiel zeige sich sehr deutlich, dass Kulturschaffende oft in Eigeninitiative oder mit minimaler Förderung auskommen müssten – ganz unabhängig davon, wie groß der Nutzen des Kulturangebots für die Gesellschaft ist.

Auf die unzureichende Förderung solcher kultureller Initiativen ging auch Burkhard Blienert ein, der sich als ehemaliger Bundestagsabgeordneter und Berichterstatter zum Thema „Soziale Lage von Kulturschaffenden“ der AG Medien und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion mit dieser Frage vertieft beschäftigt hat. Blienert verwies auf die enorme Bandbreite der Kreativszene, besonders der freien Kunstszene, die eine generelle Förderung erschwere. So müsse derzeit immer im Einzelfall geprüft werden, ob ein Projekt dem Allgemeinwohl diene oder nicht. Aus seiner Sicht sollten Einzelfallprüfungen reduziert und zunehmend konzeptbasierte Förderansätze umgesetzt werden, die den langfristigen Aufbau einer kulturellen Infrastruktur ermöglichen. Außerdem sei es wichtig, die sozialen Sicherungssysteme für Kulturschaffende auszuweiten und den Zugang dazu zu vereinfachen.



/ Burkhard Blienert (links), Tanja Dückers im Gespräch mit Moderator Stephan Behrmann.  
 / Die unsteten Arbeitsverhältnisse und das fehlende öffentliche Bewusstsein über die schlechte Entlohnung von Kulturschaffenden führe dazu, dass ein Großteil der kulturellen Avantgarde unbemerkt im Prekariat lebe. Die Teilnehmenden diskutierten diese These von Tanja Dückers.



## Gesellschaftliche Wahrnehmung von Kunst und Kultur

Diesen Wandel kann die Politik nach Ansicht von Blienert aber nicht alleine vorantreiben. Es brauche ein verändertes gesellschaftliches Verständnis über die Funktion und den Nutzen von Kreativität, Kunst und Kultur. In der Öffentlichkeit werde Kunst und Kultur immer noch zu häufig als persönliche Selbstbeschäftigung und selbst zu verantwortendes Risiko betrachtet. Weit verbreitet sei noch die klischeehafte Vorstellung des „armen Poeten“, in der die schlechten oder prekären Lebensbedingungen von Kreativschaffenden als natürlich gegeben und nicht veränderbar erscheinen. Um die Arbeitsverhältnisse in Kunst- und Kulturberufen zu verbessern, müsse deshalb das öffentliche Bewusstsein über die gesellschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur erhöht werden. Zum Bild des „armen Poeten“ merkte der Dramaturg Andreas Lübbers an, dass diese Wahrnehmung nicht nur eine Zuschreibung von außen sei, sondern auch dem Selbstverständnis vieler Künstler\_innen entspreche. Eine Folge davon sei, dass sich Kunst- und Kulturschaffende viel zu wenig für ihre Interessen und die Verbesserung ihrer eigenen Arbeitsverhältnisse einsetzen würden.

## Interessenvertretungen von Kreativschaffenden

Lübbers ist Mitglied bei „art but fair“, einer Interessenvertretung von Kreativschaffenden, die sich für faire Arbeitsbedingungen und angemessene Gagen in den darstellenden Künsten und der Musik einsetzt. Die Politik müsse ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in der Kulturförderung gerecht werden, meinte Lübbers. Der Staat habe als Auftrags- und Impulsgeber in der Kultur- und Kulturförderung eine unverzichtbare Rolle. Lübbers wies darauf hin, dass Interessenvertretungen wie „art but fair“ die notwendigen Prozesse der gesellschaftlichen Bewusstwerdung über die Arbeitsverhältnisse in Kulturberufen einleiten und begleiten. Vor allem ihr Appellcharakter versetze sie in die Lage, Handlungsspielräume in öffentlichen Debatten zu erweitern und Bewusstseinsentwicklung durch gezielte Aktionen zu unterstützen. Ein wichtiges Werkzeug der Interessenvertretungen seien die sozialen Medien. Sie könnten öffentliche Debatten anregen und einem breiten Publikum die prekären Arbeitsverhältnisse von Künstler\_innen näherbringen, dienten aber auch der besseren Vernetzung der Interessenvertretungen untereinander.

## Aufgaben des Staates

Welche Möglichkeiten hat die Politik, die Bezahlung von Kulturschaffenden zu verbessern? Tanja Dückers forderte, dass der Staat – als bedeutender öffentlicher Auftraggeber – Honorare und Stipendien von Kunstschaftenden finanziell aufstocken sollte. Dies würde nicht nur den Künstler\_innen direkt helfen, sondern auch eine Signalwirkung in der Öffentlichkeit haben. Auch sollte eine Vereinheitlichung der Förderung von Künstler\_innen in den verschiedenen Bundesländern angestrebt werden. Pommerenke betonte die Notwendigkeit, von einer projektbezogenen, kurzfristigen Förderung wegzukommen. Die Förderung sollte in Zukunft stärker an Künstler\_innenbiografien ausgerichtet sein und darauf zielen, langfristige Finanzierungsstrukturen zu schaffen und zu stärken.

Ein Diskussionsteilnehmer meinte, dass die föderale Struktur der Kulturförderung unbedingt reformiert werden sollte. Nach Blienert sind entsprechende Reformen aber nur äußerst schwierig umzusetzen und bleiben in politischen Grabenkämpfen oft auf der Strecke. Einzelne, groß angelegte Bundesprogramme würden zwar länderübergreifend Kulturprojekte fördern, doch seien bisher noch keine nachhaltigen Reformen der föderalen Kulturförderung in Sicht. Ein erster Schritt in Richtung tief greifender Reformen wäre nach Blienert die Gründung einer Enquete-Kommission, die eine umfangreiche Erhebung zur Situation der Kulturlandschaft in Deutschland vornehmen sollte. Die Befunde und Schlussfolgerungen der Kommission könnten dann eine fundierte Basis für die erforderliche Gesetzesreform bilden.

Die Diskutierenden waren sich einig, dass das größte Hindernis zur Beseitigung prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen von Kunst- und Kulturschaffenden in der öffentlichen Wahrnehmung liegt. Diese spiegeln weder die problematischen Arbeitsverhältnisse noch die bedeutenden Beiträge wider, die Künstler\_innen und Kreative für die Gesellschaft leisten. Allerdings hätten die Kunst- und Kulturschaffenden auch selbst die Aufgabe, sich stärker für bessere Arbeitsbedingungen im Kulturbereich einzusetzen. Darüber hinaus müsse die staatliche Förderung nicht nur erhöht, sondern auch in vielen Bereichen reformiert werden. Ein zentrales Ziel sollte sein, kurzfristige Projektförderung zunehmend durch langfristige Strukturen zu ersetzen. Besonders auf dem Land, wo weniger Kulturangebote vorhanden sind, sei es von großer Bedeutung, eine kulturelle Infrastruktur zu schaffen, in der sich Kunst und Kultur auf vielfältige Weise entfalten kann.



# Abschlussdiskussion

## Kulturpolitik als Welt(en) Wandler? Was wir dafür brauchen ...

---

### Diskutierende

#### **Dr. Carsten Brosda**

Senator für Kultur und Medien, Hamburg

#### **Lena Krause**

Sprecherin Allianz der Freien Künste (AFK)

#### **Raisan Hameed**

Fotograf, Irak, Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung

#### **Bartosz Wielinski**

Journalist, Gazeta Wyborcza, Polen

### Moderation **Tanja Samrotzki**

Journalistin und Moderatorin



/ Bartosz Wielinski, Dr. Carsten Brosda, Lena Krause, Raisan Hameed und die Moderatorin Tanja Samrotzki (v.l.n.r.)

In der Abschlussdiskussion wurden die Themen der vorangegangenen LABs aufgegriffen und in manchen Aspekten vertieft.

## Neue Wirklichkeit Europa

Wie kann Kultur den aktuellen Fliehkräften innerhalb der EU entgegenwirken? Der polnische Journalist Bartosz Wielinski betonte die dringende Notwendigkeit zum gemeinsamen europäischen Handeln, das über Wirtschaftsfragen hinausreichen müsse. Angesichts verschiedener Bedrohungen durch rechtsgerichtete Parteien in Europa forderte er ein größeres Engagement der demokratischen Kräfte. Europäische Bürger\_innen und Künstler\_innen müssten diesen besorgniserregenden Tendenzen etwas entgegensetzen und sich stärker für europäische Ideen und Werte einsetzen.

Nach Ansicht des aus dem Irak geflüchteten Fotografen Raisan Hameed könnte ein interkultureller Austausch zur Stärkung demokratischer Werte einen wichtigen Beitrag leisten. Kultur könne als Brücke zwischen verschiedenen Welten, Kulturen und Sprachen fungieren. Er sei optimistisch, dass dies auch gelingen kann: So nehme er in Europa zum Beispiel ein großes Interesse an arabischen



Kunst- und Kulturformen wahr, was in zahlreichen Austauschprojekten seinen Ausdruck finde. Solche Initiativen sollten unbedingt verstetigt werden.

Lena Krause, Sprecherin Allianz der Freien Künste (AFK), wies darauf hin, dass künstlerisches politisches Engagement für die Stärkung Europas zwar sehr wichtig sei, doch dürfe es auch nicht zu einer „Verzweckung“ der Künste für politische Ziele kommen. Man müsse sich immer darüber bewusst sein, dass Kunst zur Reflexion gesellschaftlicher Herausforderungen wie der „Flüchtlingskrise“ oder Bildungsungleichheiten beitragen kann, diese Probleme aber nicht lösen könne. Dr. Carsten Brosda, Senator für Kultur und Medien in Hamburg, plädierte für ein kluges dialektisches Denken, mit dem eine „Verzweckung“ der Kunst vermieden werden könne: Kunst müsse um ihrer selbst willen gefördert werden. Kunst entfalte nämlich genau dann ihre gesellschaftliche Produktivität, wenn man sie nicht direkt von ihr verlange.

Lena Krause kritisierte, dass die aktuellen Förderprogramme auf EU-Ebene häufig an den Bedürfnissen der freien Kunst- und Kulturschaffenden vorbeigingen. Hinzu komme, dass der Zugang zu den Fördermitteln durch eine extrem aufwändige Bürokratie bei Antragstellung, Mittelverwendung und Verwendungsnachweisen erschwert sei. Nach Ansicht von Krause wäre es deshalb notwendig, solche Programme zu evaluieren und eine vertiefte Diskussion mit den verschiedenen Interessenvertretungen über mögliche Alternativen zu führen. Brosda ergänzte, dass selbst staatliche Stellen mit den bürokratischen Anforderungen von europäischen Kulturförderprogrammen oft überfordert seien. Es müsse darauf hingewirkt werden, die Förderprogramme weniger kompliziert aufzubauen.

## **Aufarbeitung von Geschichte und Erinnerungspolitik**

Im Bereich Erinnerungspolitik steht die Politik nach Auffassung von Brosda vor einer großen Aufgabe. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte sei genauso komplex und anspruchsvoll wie die Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte. Bezüglich einer gelungenen Aufarbeitung kolonialer Geschichte nannte Brosda das Humboldt-Forum als nationales Referenzprojekt für die Art und Weise, wie mit musealen Objekten in der Praxis umgegangen werden könnte.

Gegenwärtig sind in Polen starke politische Eingriffe in Erinnerungspolitik und Museumsarbeit festzustellen, etwa durch das neu eingeführte „Holocaustgesetz“. Nach Ansicht des polnischen Journalisten Bartosz Wielinski wird die Geschichtspolitik durch die derzeitige Regierung zerstört: Sie instrumentalisieren Geschichte und stelle Polen als „ewiges Opfer“ dar, um innen- und außenpolitische Interessen zu bedienen. Deutschland würde zum Beispiel in der neueren polnischen Geschichtsschreibung einseitig als „historischer Verbrecher“ dargestellt und Polen als reines „Opfer“, dem andere Staaten wie Frankreich, Großbritannien und die USA keinerlei Unterstützung zukommen ließen. Diese „inst-

umentelle Kommunikation“ äußert sich nach Wielinski in einem „zweifachen Opfertum“: zum einen im Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit nach dem Umbruch 1989/90, zum anderen in der Art der Auseinandersetzung Polens mit dem Zweiten Weltkrieg.

Die aktuelle Regierung übt nach Ansicht von Wielinski eine Politik der Gleichschaltung aus, die dazu führt, dass die polnische Erinnerungspolitik nicht mehr souverän und unabhängig betrieben, sondern an die Parteilinie angepasst wird. Ziel ist es, den „ewigen Opfermythos Polens“ in allen Politik- und Gesellschaftsbereichen zu festigen. Konkret zeige sich diese Entwicklung auch beim Danziger Museum des Zweiten Weltkriegs, das viele Jahre allgemein relevante historische Inhalte im Rahmen einer international anerkannten Ausstellung präsentiert hat. Nun bestehe die derzeitige Regierung darauf, das „polnische Leiden und Opfertum“ besonders hervorzuheben.

Für Brosda ist es von großer Bedeutung, die Instrumentalisierung der Erinnerungskultur vor einem derartigen Zugriff durch Regierungshandeln zu schützen. Angesichts von wachsendem Rechtspopulismus und Anfeindungen des demokratischen Systems in Europa sei die Arbeit an Narrativen und neuen Erzählweisen essenziell, die demokratische und freiheitliche Werte stärken können.

Die Errungenschaften der Demokratie müssten deutlich benannt und verteidigt werden. So sollte zum Beispiel hervorgehoben werden, dass das gegenwärtige Deutschland eine der freiheitlichsten, offensten, vielfältigsten und demokratischsten Gesellschaften ist. Auch andere historische Ereignisse müssten öffentlich reflektiert werden, um das gesellschaftliche Bewusstsein über ihre große Bedeutung zu stärken, wie zum Beispiel das hundertjährige Bestehen des Frauenwahlrechts oder die nachholende Demokratisierung durch die 1968er-Bewegung. Es sei wichtig, eine klare Haltung zu diesen Themen zu entwickeln und demokratische und freiheitliche Werte selbstbewusst zu vertreten. Vor 10 bis 15 Jahren habe in diesen Fragen noch ein eindeutiger Konsens in der Gesellschaft bestanden, doch heute müssten diese Werte in ihrer Bedeutung wieder ins gesellschaftliche Bewusstsein gerufen und neue Erzählungen dafür gefunden werden. Nach Brosda besteht eine erinnerungspolitische Verantwortung, Möglichkeitsräume für den freiheitlichen Ausdruck in Gesellschaften zu schaffen, was den Bereich der Kultur im Besonderen betreffe. Um diesen Prozess voranzutreiben, seien sowohl Künstler\_innen als auch politische und zivilgesellschaftliche Akteur\_innen unverzichtbar.



/ Dr. Carsten Brosda: „Kunst kann produktiv sein, wenn man es nicht von ihr verlangt.“

/ Impulse aus dem Publikum.





/ Künste dürften nicht „verzweckt“ werden, betont Lena Krause.  
 Neben ihr Dr. Carsten Brosda (links) und Raisan Hameed.

/ Raisan Hameed und Tanja Samrotzki.





/ Die Moderatorin der Eingangs- und Abschlussrunde Tanja Samrotzki

/ Diskussionsbeitrag von Klaus Dörr, künstlerischer Direktor  
Schauspiel Stuttgart / Interimsdirektor der Volksbühne Berlin.







/ Bartosz Wielinski und Dr. Carsten Brosda im Gespräch

/ Austausch nach der Abschlussdiskussion:  
Dr. Carsten Brosda, Lena Krause und Franziska Richter (v.l.n.r.).



## Gleichstellung im Kulturbetrieb

Lena Krause verdeutlichte, dass die mangelnde Sichtbarkeit von Frauen im Kulturbetrieb nicht nur auf einem Gefühl der Ungleichheit basiere. Die Ergebnisse der Studie des Deutschen Kulturrats belegten eindeutig mit Daten, dass hier eine problematische reale Ungleichheit besteht. Die Zahlen verwiesen auf einen dringenden Handlungsbedarf. Definitiv nötig wäre eine Quote in den Aufsichtsgremien und den Jurys des Kulturbereichs. Im derzeitigen Koalitionsvertrag der Bundesregierung sei jedoch lediglich vom vagen Ziel einer „ausgewogenen Besetzung“ die Rede.

Brosda berichtete, dass in Hamburg ein Gremienbesetzungsgesetz gilt, demzufolge Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen – und damit auch vieler Kultureinrichtungen – ausgewogen besetzt werden müssen. Grundsätzlich sei zu beachten, dass dem Anspruch auf Gleichberechtigung immer der Anspruch auf Kunstfreiheit gegenübersteht und daher zwischen verschiedenen Prinzipien abzuwägen ist. Umso notwendiger seien deshalb gemeinsame Absprachen und ein konzertiertes Vorgehen aller Beteiligten.

Als Negativbeispiel nannte Brosda die Intervention einer schwedischen Universität, die grundsätzlich quotierte Autor\_innenlisten vorschreibt. Diese Quote sollte auch im Falle eines Kurses durchgesetzt werden, in dem der Aufstieg des Rechtsextremismus und Faschismus um die Wende des zwanzigsten Jahrhunderts behandelt werden sollte. Im betreffenden Fall sei gegen den Willen des zuständigen Professors unter anderem ein Text der Philosophin und Genderwissenschaftlerin Judith Butler auf die Liste gesetzt worden. Als Butler davon erfuhr, habe sie das Vorgehen der Universität jedoch vehement kritisiert und die Freiheit der Lehre verteidigt. Ein positives Beispiel aus der Politik ist nach Brosda der kanadische Premierminister Justin Trudeau, der in seinem Kabinett auf eine möglichst hohe Repräsentation von Vielfalt und Gleichstellung setzt. Auf die Frage nach seiner Motivation habe dieser umstandslos mit „because it's 2016“ geantwortet. Diese Selbstverständlichkeit kann nach Brosda als Vorbild dienen: Es gelte, Schritten in Richtung Gleichstellung den Nimbus des Besonderen zu nehmen und einfach das Notwendige zu tun.

Raisan Hameed brachte in der Diskussion zu Gleichstellung eine weitere Perspektive ein: Im Irak entstünden gesellschaftliche Probleme aus der Geschlechterhierarchie, in der Männer „oben“ und Frauen „unten“ verortet seien. In den unteren Gesellschaftsstufen würden die Bereiche Kultur und Kunst als „haram“, als verboten gelten. Insofern hätten Frauen kaum Zugang zu den Künsten und in der Folge auch nur selten Gelegenheit, ein wertschätzendes Verhältnis zu den freien Künsten als mögliches Berufsfeld aufzubauen bzw. in diesen Bereichen Fuß zu fassen. Im Kontext der Integrationspolitik in Deutschland müsse dieser Aspekt unbedingt berücksichtigt werden.

## Soziale Sicherungssysteme für Kulturschaffende

Krause wies darauf hin, dass nicht alle freischaffenden Künstler\_innen und Kunstschaffenden anstreben, in Institutionen tätig zu sein. Freie Kunst sei nicht immer eine Zwischenlösung, sondern oft auch eine frei gewählte Arbeitsform und Arbeitsrealität. Auch hybride Erwerbsformen und Arbeitsrealitäten aus kurzfristigen, zeitlich begrenzten Anstellungen und selbstständiger Arbeit seien längst Realität. Auf diese Entwicklungen sei das Sozialsystem der Bundesrepublik aber noch nicht eingestellt. Kulturpolitik auf Bundesebene müsse auch als Sozialpolitik wahrgenommen bzw. definiert werden. Die erforderlichen politischen Maßnahmen der sozialen Absicherung dürften nicht der Landesebene überlassen werden.

Kultursenator Brosda verwies auf verschiedene Komplexe sozialstaatlicher Rahmungen. Ein Austausch mit Verbänden über Förderbedingungen fände bereits statt. Dringend verbessert werden müsse jedoch die Absicherung für freie Tätige, die nicht in einem klassischen Normalerwerbsverhältnis stehen. Kurzfristige Verträge und Honorare seien im Augenblick noch nicht immer mit der Arbeitslosenversicherung kompatibel. Ein wichtiger Grund liege darin, dass innerhalb der gesetzlichen Rahmenfristen die notwendigen Beschäftigungsdauern nicht erreicht werden, um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erhalten. Hier habe sich die Situation durch Ausnahmeregelungen zwar ein wenig verbessert, doch sei noch keine grundsätzliche Regelung zur dauerhaften Verbesserung der Situation sogenannter unstet Beschäftigter erreicht worden. Mit Blick auf die Altersversorgung sei weiterhin die Integration in die Rentenversicherung das Ziel. Die Künstlersozialkasse (KSK) müsse weiterhin als ein gut funktionierendes Scharnier sozialer Absicherung erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden.

---



# Ausblick

## „Kulturpolitische Aufgaben: Wege in die Zukunft“

---

Dr. Carsten Brosda  
Senator für Kultur und Medien, Hamburg

/ Es gilt das gesprochene Wort /



/ Dr. Carsten Brosda

Im Vorfeld zu dieser Tagung habe ich mir vorgenommen, keine Rede zu schreiben, sondern auf die Debatten und Gespräche zu reagieren. Ich möchte versuchen, mit Ihnen ein paar Bruchstücke jener Gedanken zu teilen, die uns miteinander in den letzten zwei Tagen bewegt haben.

Das Thema der Tagung – „Kulturpolitik im Welt(en)Wandel und die Rolle von Kunst und Kultur“ – gehört eigentlich viel zentraler ins Bewusstsein auch des politischen Prozesses, als das momentan und in den letzten Jahren und Jahrzehnten der Fall ist. Das hat vielleicht auch damit etwas zu tun, dass wir in den Modus des Selbstverständlichen geraten sind und viele Dinge einfach für gegeben halten und jetzt wieder feststellen, dass das nicht unbedingt so ist.

Wir befinden uns deshalb in einer Zeit, die nach grundsätzlicheren Diskussionen verlangt. Ich habe ehrlicherweise, anders als der Kollege aus dem Bundestag, der sich vorhin zu Wort gemeldet hat, auch gar keine Sorge, wenn das einmal kurzzeitig in der Analyse und in der Aufarbeitung grundsätzlich kritisch, theoretisch und auch ein bisschen abstrakter wird. Auf Basis einer solchen Analyse können diese Prozesse dann wieder praktisch-politisch operationalisiert werden. Aber ich würde nicht mit der Komplexitätsreduktion schon

bei der Analyse des Problems anfangen, sondern erst bei der Entwicklung der Antwort darauf. Dies sei an den Anfang gestellt.

Jeder von uns besitzt sicherlich eine ganze Reihe von Büchern, die man mit sich herumschleppt, in die man aber seit Jahrzehnten nicht mehr hineingesehen hat. Ich habe mich im Rahmen meiner Doktorarbeit umfassend mit der Theorie von Jürgen Habermas beschäftigt, weil ich versucht habe, daraus eine Journalismustheorie zu entwickeln. Es ist zumindest ein Buch herausgekommen, das von alleine steht; ob die Theorie etwas taugt, müssen andere entscheiden. Ich habe damals jedenfalls den gesamten Textkorpus von Habermas gelesen; unter anderem ein Buch, das mir vor eineinhalb Jahren wieder einmal in die Hand gefallen ist, mit dem schönen Titel „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ von 1978. Darin beschreibt Habermas unter anderem – und dies finde ich hochgradig instruktiv – gesellschaftliche Krisenverläufe.

## Krisenspirale in modernen Gesellschaften

Er beschreibt eine Krisenspirale in modernen Gesellschaften, die einem beim Wiederlesen erstaunlich aktuell vorkommt – auch wenn dieses Buch vor 40 Jahren geschrieben wurde. Er beschreibt, durchaus in Kongruenz zu Claus Offe und anderen, die ähnlich in der Sozialforschung dazu gearbeitet haben, wie aus ökonomischen Verteilungskrisen politische Legitimationskrisen, dann gesellschaftliche Zusammenhalts- und Integrationskrisen und am Ende kulturelle Sinnkrisen werden können – und zwar in einer sich verschärfenden Krisenspirale.

Wenn wir uns anschauen, welche Fragen wir in unserer Gesellschaft heute diskutieren, dann können wir feststellen, dass es den einen oder anderen Moment gibt, an dem wir auf dieser vierten Ebene der Spirale angekommen sind. Das muss uns alle miteinander aufrütteln: sowohl diejenigen Künstlerinnen und Künstler, die sich sowieso mit kulturellen Sinnfragen beschäftigen, weil damit genuin die Fragen angesprochen werden, mit denen sie sich auseinandersetzen; als auch politische Akteure, die sich nicht auf den Satz zurückziehen können: „Das liegt jenseits dessen, was ich bearbeiten kann; ich bin nur bei der Frage der legitimen Machtanwendung dabei und alles, was dahinterkommt, müssen andere lösen“. Das reicht nicht.

Insofern habe ich ein bisschen gestutzt beim Untertitel der heutigen Tagung, weil „Zusammenhalt und Teilhabe“ für mich eigentlich Aspekte sind, die auf die dritte Krisenebene gehören. Dazu gehören Fragen danach, wie integrativ unsere Gesellschaft ist: Haben Bürgerinnen und Bürger eigentlich die Möglichkeit zur Teilhabe? Dazu gehören auch Fragen danach, wie wir gesellschaftlichen Zusammenhalt und kongruentes gesellschaftliches Zusammenleben gewährleisten können.

Kulturelle Fragen sind eher Zusammenhangs-Fragen und nicht Zusammenhalts-Fragen. Die beiden Aspekte bedingen einander natürlich. Aber die Frage „Was organisiert eigentlich den Zusammenhang, was sorgt für Kohärenz in dem, was wir miteinander haben?“ lenkt den Blick auf die Themen, mit denen wir uns intensiver auseinandersetzen müssen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das Wichtige dabei ist, dass uns angesichts der Feststellung, dass Kultur auf diese Art und Weise in politischen Debatten wieder neu virulent wird, nicht der Fehler unterlaufen darf, Kultur deswegen funktional mit Erwartungen zu befüllen.

Es gibt ein aktuelles Buch des marxistischen Literaturtheoretikers Terry Eagleton mit dem schönen klassischen Titel „Kultur“, in dem er einmal quer durch die aktuellen Themen pflügt und sagt: Passt auf! Viele von den Fragen, die ihr gerade der Kultur rüberschiebt, sind Fragen, die ihr sozialpolitisch, verteilungspolitisch oder bildungspolitisch lösen müsst. Das kann Kultur für euch nicht leisten! Wenn ihr Kultur zum Beispiel damit belastet, für die Integration einer kulturell vielfältigen Gesellschaft zu sorgen, und zwar im Sinne des Aufschließens von Teilhabemöglichkeiten für die Neuhinzugekommenen, dann überfordert ihr die Künstlerinnen und Künstler und diejenigen, die kulturelle Zusammenhänge professionell produzieren. Eagleton fordert uns stattdessen auf, dafür zu sorgen, dass Kunst und Kultur ausreichend Freiräume haben, um vielleicht am Ende genau diese zweckfreien Zwecke dialektisch dann doch erfüllen zu können. Dies ist in einem von demokratischen Legitimationsfragen durchtränkten System manchmal etwas schwer auszuhalten! Vor allen Dingen gegenüber Parlamenten, die verlangen, dass sie mittels Kennzahlen darüber informiert werden, wie das Geld ausgegeben wurde und was genau damit passiert ist.

Aber das muss man miteinander aushalten, weil man häufig den Zweck von Kunst vorher gar nicht definieren kann – außer indem man sagt: Da wird schon etwas Gutes dabei herkommen.

Vor diesem Hintergrund haben wir derzeit – darauf weist der Titel „Welt(en) Wandel“ natürlich hin – ziemlich dramatische Veränderungsprozesse, die als Chiffren immer durch die Debatten schwirren und die alles in unserer Gesellschaft berühren und damit natürlich auch die Frage der Rolle von Kulturpolitik. Sie sind auch bei dieser Tagung zur Sprache gekommen: Wir haben über Migration ebenso gesprochen wie über demografischen Wandel, von globaler Vernetzung, über Digitalisierungstendenzen oder die Entmaterialisierung von Kulturproduktion. Alles Themen, die wir noch nicht genau durchdrungen haben, die sich aber alle vor der Folie einer immer stärkeren und immer tiefergehenden transkulturellen Vernetzung in unserer Welt vollziehen.

Auch das ist etwas, das wir noch einmal klar markieren müssen. Diejenigen, die heute populistisch in die Debatten einsteigen, hängen oft einem Kulturverständnis an, das in einer spezifischen Dimension tatsächlich zutiefst deutsch ist. Es geht zurück auf die Herder'sche Idee des Nationalstaats und seiner nationalen Kultur. Herder hat damals geschrieben, dass der Staat und seine Kultur in sich selbst ruhend wie eine Kugel funktionieren würden. Die Kugel erzeugt, wenn sie bei sich selbst ist, Ruhe und Harmonie und sorgt dafür, dass Bürgerinnen und Bürger mit sich selbst im Reinen sein können. Das führt dann bei der Begegnung zweier Kulturen dazu, dass es ähnlich wie in einem Billardspiel zugeht: Sie stoßen aneinander und stoßen sich wieder ab. Und wenn jede wieder für sich liegt, dann ist alles wieder gut. Dieses Bild ist analytisch so weit weg von dem, was wir tatsächlich in unseren Gesellschaften erleben, wie es nur sein kann. Das müssen wir markieren und verdeutlichen: Die Vielfalt innerhalb unserer Gesellschaften, das Aushalten von Differenz und die Potenzialität – wie Adorno einmal gesagt hat –, ohne Angst verschieden sein zu können, das ist es eigentlich, worum es in unseren Gesellschaften heute gehen muss und was wir verteidigen müssen. Und das wir auch dadurch verteidigen können, dass wir Vielfalt gewährleisten.

### **„Ohne Angst verschieden sein können“ (Adorno)**

Diese Erkenntnis stellt einen sehr wichtigen Aspekt in der kulturpolitischen Arbeit dar: Wir können nicht – und das zieht sich durch die Statements beinahe aller kulturpolitischen Akteure der verschiedenen Panels und LABs dieser ein-einhalb Tage – selber formulieren, was wir erwarten. Wir können nicht sagen: Das soll das Ergebnis sein. Oder: Wir wollen, dass ihr euch mit diesen Fragen beschäftigt. Schon das ist zu viel.

Aber wir können und wir müssen mit Kulturpolitik die Räume und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass andere Fragen gestellt und andere Produktionen gewährleistet werden können, die kulturelle und gesellschaftliche Verständigungsprozesse initiieren können.

Dazu müssen wir – um ein Beispiel zu nehmen – herauskommen aus diesem, mittlerweile fast reflexhaft artikulierten Gegensatz zwischen den klassischen Kulturinstitutionen einerseits und den freien Produktionen andererseits. Wir brauchen beides. Natürlich erleben wir seit Längerem eine gravierende Ungleichverteilung der finanziellen Mittel und müssen stärker darauf schauen, dass die freie Szene größere Unterstützung erhält. Das ist eine Aufgabe der nächsten Jahre. Gleichzeitig kann es aber nicht bedeuten, dass wir zulassen, dass die Institutionen, die über hundertfünfzig Jahre aufgebaut wurden, jetzt langsam vor sich hindämmern. Wir brauchen beides und müssen auch beides hinbekommen. Unser Ziel muss sein, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen und auch jedes in seinem Recht anzuerkennen. Zudem ist eine Ver-



/ Dr. Carsten Brosda: Theater als Institutionen und die freien Projekte haben das Potenzial, Räume und Kristallisationspunkte für die intellektuelle und künstlerische Beschäftigung mit den Fragen unserer Zeit zu schaffen.

netzung ganz spannend, weil sowohl die Theater als Institutionen als auch die freien Projekte das Potenzial haben, Räume und Kristallisationspunkte für die intellektuelle und künstlerische Beschäftigung mit den Fragen unserer Zeit zu schaffen. Diese Räume zu ermöglichen, ist eine der zentralen Aufgaben von Kulturpolitik – ebenso wie die Bereitschaft, sich dann auch mit Lust und Leidenschaft in die intellektuellen Debatten hineinzubegeben, die sich daran kristallisieren.

## Räume öffnen

Räume öffnen – dazu haben wir viel gehört. Das fängt schlicht bei der Frage an: Gibt es Orte in der Stadt, die bezahlbar sind, um dort Kunst zu machen? Es hört aber nicht auf bei der Frage: Gibt es eigentlich Räume, in denen Gesellschaft sich spontan als Gesellschaft begegnet? Auch das ist eine Frage, bei der wir gerade in großen Städten oder auch auf dem Land, in den Regionen feststellen müssen: Diese Räume ergeben sich nicht mehr aus sich selbst heraus. Sie sollten sich aber ergeben, weil wir die Debatten miteinander führen müssen.

Ich fand die Diskussion im Eröffnungspanel diesbezüglich partiell ein bisschen skurril, als es um die Frage ging: „Muss ich jetzt mit denen reden, die nicht meiner Meinung sind?“ Die Antwort ist für mich ganz klar: ja, natürlich. Aber mit einer wichtigen Ergänzung: Ich breche dann den Diskurs ab, wenn jemand infrage stellt, dass es den Diskurs geben darf. In einer pluralistischen Gesellschaft gibt es divergierende Meinungen, darin müssen wir uns einig sein. Die kritische Differenz entsteht dann, wenn jemand nicht mehr bereit ist anzuerkennen, dass man sich verständigen will. Diese manchmal fiktionale Annahme braucht es. Habermas spricht von der kontrafaktischen Unterstellung der Verständigungsorientierung. Das bedeutet praktisch: Ich erzähle Ihnen hier nur etwas, weil ich glaube, dass Sie mir zuhören und sich damit auseinandersetzen wollen. Würde ich davon ausgehen, dass Sie alle jetzt lieber am Plötzensee oder in der Jungfernheide im Freibad sitzen würden und mir schon gar nicht mehr zuhören und gedanklich die Tasche packen, müsste ich hier auch nicht mehr sprechen.

Insofern: Ich unterstelle Ihr Interesse, selbst wenn es nicht stimmen sollte. Denn nur auf der Basis dieser Unterstellung reden wir miteinander. Das kann man auch abtragen bis runter ins Beziehungsgespräch. Da ist das genauso. Wenn ich morgens übers Frühstücksei etwas verhandle, tue ich das auch nur, weil ich glaube, dass meine Tochter der Meinung ist, dass es sinnvoll ist, mir zuzuhören.

Solche qualitativen Debatten müssen wir gesellschaftlich führen. Mit Blick auf die Rechtspopulisten machen wir vielfach allerdings einen Fehler, wenn sie mit am Tisch sitzen: Wir betrachten sie dann häufig als Phänomen an sich und diskutieren über den Rechtspopulismus und nicht mehr über die Sache. Damit reifizieren wir den Rechtspopulismus, machen ihn selber stark, indem wir ihn thematisieren, statt in den Einzelthemen festzustellen: Jenseits des Ressentiments und der schlechten Laune finden wir dort oft gar keine Argumente oder Ideen. Das muss ich dekuivrieren. Das kann ich aber nur im Gespräch. Wenn wir die Rechtspopulisten ausschließen, dann bleibt ihnen die Verschwörungstheorie, dass sie ja die besseren Ideen hätten, diese aber nicht einbringen können in die allgemeine Debatte. Das sollten wir uns alle miteinander als Menschen, die in der Kultur das Streiten gelernt haben, auf keinen Fall antun. Damit machen wir den ersten Fehler, mit dem wir diese Leute stark machen, statt sie zu stellen und zu entlarven.

Ich will noch einen weiteren Gedanken hinzufügen, der vor dem Hintergrund der erweiterten Vielfalt unseres Landes wichtig und wesentlich ist. Wir hatten vor ein paar Monaten in der Kulturstiftung der Länder eine sehr interessante Diskussion darüber, was eigentlich das kulturelle Erbe unseres Landes ausmacht. Diese Diskussion hat mir wieder einmal klargemacht, warum ich politisch in dem Laden bin, indem ich bin, und nicht in einem anderen, als es nämlich um die Frage ging, welchen Effekt eigentlich die Tatsache der Einwan-

derung auf die Definition des kulturellen Erbes unserer Gesellschaft hat. Das ist hochspannend, weil man feststellt, dass bei manchen Konservativen das Framing ist: „Wir müssen das anders vermitteln. Die Geschichte ist ja so, wie sie ist. Sie hat das kulturelle Erbe produziert, so wie es da ist. Und jetzt kommt es darauf an, denjenigen, die neu in unsere Gesellschaft hinzugekommen sind, zu vermitteln, wie wir so geworden sind, wie wir sind.“ Eine progressive Geschichte aber klingt ganz anders:

Eine Gesellschaft konstituiert sich aus den Menschen, die gerade Teil der Gesellschaft sind. Die Erfahrungen und die kulturellen Heritages aller Menschen, die hier leben, konstituieren das kulturelle Erbe dieser Gesellschaft.

Und wenn wir auf einmal Menschen muslimischen Glaubens hier haben, wenn wir Menschen aus anderen Weltregionen hier haben, dann konstituieren sie das kulturelle Erbe dieser Gesellschaft mit. Es geht nicht nur um die Frage: „Wie vermitteln wir ein statisches kulturelles Erbe?“, sondern es geht darum: „Wie erkennen und definieren wir eigentlich, was unser gemeinsames kulturelles Erbe ist?“ Das ist eine fundamental andere Auffassung davon, wie wir Gesellschaftlichkeit verstehen – nämlich als einen kontinuierlichen Prozess, in dem wir immer wieder neu miteinander aushandeln, welche Werte und Normen unsere gemeinsame Grundlage des Miteinanders sind – und wie wir Kulturpolitik am Ende konkret umsetzen.

## Gesellschaftlichkeit als kontinuierlicher Prozess

Auch da lohnt es sich, durchaus auch aus einer linken Position heraus, klar kulturpolitisch Position zu beziehen, die Differenz auszuhalten und auszufechten, weil wir nur auf dieser Grundlage eine offene, eine freiheitliche und eine bunte Gesellschaft auf Dauer werden gestalten können. Ansonsten haben wir das Herder'sche Kugelmodell wieder, weil wir dann die deutsche Kugel definieren, die wir den anderen meinen in die Tasche legen zu müssen. Das hielte ich für grundfalsch.

Lassen Sie mich noch einen abschließenden Gedanken äußern. Es gibt ein Buch, in dem wir vieles von dem finden, was wir hier diskutiert haben. Ein Buch, das im letzten Jahr viel gelesen worden ist und das auch der Lektüre lohnt: „Gesellschaft der Singularitäten“ von Andreas Reckwitz. Wenn man es ganz kurz zusammenfasst, sagt der Soziologe und Kulturwissenschaftler, dass der Grundmodus unserer Gesellschaft heute der ist, dass man auf individueller Ebene seine Einzigartigkeit belegen muss, um daraus das soziale und kulturelle Kapital für die eigene Stellung innerhalb unserer Gesellschaft zu (be)ziehen. Da ist ja etwas dran. Die Gründe dafür reichen bis zur Digitalisierung. Digitale Kommunikationsangebote funktionieren schließlich vielfach nur noch nach Individualkategorien. Das ist im Prinzip das, was nach dem Individualismus-



diskurs der 90er Jahre und der frühen Nullerjahre kommt: Ich muss mich selber distinguieren vom Rest, und aus meiner Einzigartigkeit heraus bekomme ich dann meinen sozialen Status. Das funktioniert aber nicht für alle 82 Millionen Menschen in unserer Gesellschaft. Und das erleben wir. Denjenigen, für die es nicht funktioniert, bleibt aber die entscheidende Frage: Habe ich Identifikationsräume und Identifikationsmöglichkeiten, mich trotzdem als Teil dieser Gesellschaft zu begreifen oder werde ich dann, als quasi nicht ausreichend mit kulturellem Kapital zur Teilhabe ausgestattet, an den Rand gedrängt? Ein solches Integrationsangebot an diejenigen, die das Gefühl haben, sie sind in diesem Distinktionswettbewerb nicht ausreichend beteiligt, machen aktuell die Rechtspopulisten.

Hier liegt eine wichtige Herausforderung für die Linke, die ja früher selbst solche Gruppenerlebnisse geschaffen hat. Wir brauchen positive Identifikationsmöglichkeiten. Wir sollten miteinander darüber nachdenken, wie Identifikationsmöglichkeiten und Teilhabemöglichkeiten sowie Zusammenhaltsoptionen auf Basis einer gemeinsamen Vorstellung davon, wie unsere Gesellschaft aussehen soll, entwickelt werden könnten – und zwar aus einem sozialen und demokratischen Gesellschaftsverständnis heraus. Ich glaube, da liegt eine große Aufgabe, die auch wiederum etwas mit Kultur zu tun haben kann. Kultur als eine nicht rationale, nicht diskursive, sondern häufig mimetisch wirkende Kraft kann hier viel leisten, weil sie viel unmittelbarer und emotionaler ist.

Wir haben im Rahmen der 6. Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung viele Heimatdefinitionen gehört. Lassen Sie mich noch abschließend eine hinzufügen: Der amerikanische Dichter und vierfache Pulitzer-Preisträger Robert Frost hat einmal gesagt: Heimat ist „der Ort, wo sie einen hereinlassen müssen, wenn man wiederkommt“.

Das ist ein Heimat-Begriff, mit dem ich sehr viel anfangen kann und den ich sehr pragmatisch finde.

In diesem Sinne wünsche ich jetzt allen viel Spaß beim Zurückkehren in die jeweiligen Heimaten. Und die Hoffnung, dass der Schlüssel in der Tasche steckt.

Schönen Dank!

---



## Impressum

### Herausgeber

Forum Berlin  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin

### Verantwortlich

Franziska Richter  
Referentin für Kulturpolitik  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

### Redaktion

Franziska Richter  
Nele Lämmer  
Dr. Angela Borgwardt

\* Die Inhalte der Beiträge sind aus Protokollen der 6. Kulturpolitischen Jahrestagung entstanden und enthalten Meinungen der Redner\_innen. Diese sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

### Kontakt

franziska.richter@fes.de

### Gestaltung

dia° Netzwerk für Kommunikation  
diaberlin.de

### Fotos

Jens Schicke

### Illustration

istock

### Druck

Druckerei Brandt

© 2019 Forum Berlin  
Friedrich-Ebert-Stiftung





